

KB Unser Weg

72

Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

Nr. 23

Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der 'KPD'

Verlag Arbeiterkampf

In den letzten Wochen ist es verschiedentlich zu einem gemeinsamen Vorgehen von „KPD“ und KB gekommen, nämlich u.a.;

Absprache und gemeinsames Vorgehen am 1. Mai in Hamburg – Beteiligung an der Demonstration der Gewerkschaftsjugend mit eigenen Parolen, Protest gegen die Rede von Brandt auf der Abschlußkundgebung, dann eigene Demonstration und Kundgebung; außerdem gemeinsame Durchführung einer Informations- und Diskussions-Veranstaltung gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse einige Tage vor dem 1. Mai.

Absprache und gemeinsames Vorgehen am 1. Mai in Hannover und in Göttingen.

Aufstellung einer gemeinsamen Liste vom Sozialistischen Studentenbund und KSV zu den Fachschaftsrats-Wahlen am Pädagogischen Institut (Lehrerausbildung) in Hamburg, wodurch es gelang, die dreijährige Herrschaft von MSB/SHB zu brechen und den Fachschaftsrat zu erobern.

Aus öffentlichen und 'privaten' Äußerungen der „KPD“-Genossen geht hervor, daß sie diese Zusammenarbeit als längerfristig angelegt betrachten, was wir begrüßen würden.

Wir verstehen diese Zusammenarbeit nicht als Ausdruck einer politisch-ideologischen „Annäherung“ zwischen KB und „KPD“. Man kann auch nicht sagen, daß die „KPD“ in der Gesamtheit ihrer theo-

retischen und praktischen Politik dem KB sozusagen „näher“ stünde, daß es hier mehr Gemeinsamkeiten gäbe, als das bei anderen Organisationen der Fall ist.

Vielmehr ist es so, daß wir grundsätzlich der Meinung sind, daß solche Beziehungen solidarischer Zusammenarbeit ohne Verwischen bestehender Meinungsverschiedenheiten zwischen kommunistischen Organisationen im engeren und demokratischen Organisationen im weiteren Sinn bestehen sollten.

Dieser Wille zum gemeinsamen Handeln, den wir seit langem betont haben, beruht auf der Meinung, daß wir Kommunisten und kämpferischen Demokraten, trotz aller zum Teil sehr tiefen taktischen und strategischen Meinungsverschiedenheiten, doch im Kampf gegen den Kapitalismus alles andere als Feinde sind. Über tatsächliche Meinungsverschiedenheiten gilt es, sich scharf und kompromißlos im Wesentlichen auseinanderzusetzen, aber vermieden werden muß, daß künstliche Gräben aufgerissen werden, die ihre Grundlage nicht in wirklichen politischen Meinungsverschiedenheiten haben, sondern auf kleinlicher Eifersüchtelei zwischen verschiedenen Gruppierungen, auf demagogischer Entstellung „feindlicher“ Standpunkte usw. beruhen – also das typische „Zirkel-Hickhack“.

Die von uns angestrebte Zusammenarbeit verstehen wir in doppelter

Weise: taktisch geht es darum, zu einzelnen Anlässen Abmachungen über ein gemeinsames Vorgehen zu treffen. Strategisch geht es darum, auch längerfristig solidarische Beziehungen zu schaffen und zu festigen. Dies, wie gesagt, nicht speziell gegenüber den Genossen der „KPD“, die allerdings gegenwärtig mehr als andere zu solchen Beziehungen bereit scheinen, sondern in der Perspektive auch gegenüber den Genossen des KBW, die aber bisher solche Beziehungen mit größter Arroganz ablehnen.



INHALT

„Selbstkritik“ Marke KBW

Einige Anmerkungen zum Aktionismus des KBW/Hamburg anläßlich des 25. Jahrestages der BRD-Verfassung

... und jetzt ist der KBW völlig übergeschnappt

Propaganda der Faschisten

Arbeitsordnung bei Blohm & Voss

Berufsausbildung in Stufen

Zur Westeuropäischen Chile Konferenz in Frankfurt



Bekanntlich hat das ZK des KBW in diesem Jahr ein *g e n e r e l l e s* Verbot ausgesprochen, am 1. Mai Aktionseinheiten mit anderen Gruppen einzugehen. Als Begründung wird z.B. gern demagogisch erklärt, es komme doch gar nicht auf die Aktionseinheit der Kommunisten an, sondern auf die „breiteste Aktions-einheit“ der Massen. Demagogisch ist dies deshalb, weil die Alternative überhaupt nicht so steht. Die *h e u t e* *m ö g l i c h e* Aktionseinheit zwischen kommunistischen und anderen kämpferisch demokratischen Organisationen kann nicht gegen eine *z u k ü n f t i g e* „breiteste Aktionseinheit der Massen“ ausgespielt werden, die es erst zu schaffen gilt, und wofür die Aktionseinheit der Kommunisten (und im weiteren Sinn auch anderer demokratischer Organisationen) eine nicht unwesentliche Voraussetzung ist. Es ist nicht damit gedient, lärmend zur „breitesten Aktionseinheit der Massen“ aufzurufen oder gar feierlich die „Einleitung“ von (selbstverständlich nicht stattfindenden) „Massenkämpfen“ zu proklamieren (wie es der KBW während der „Ölkrise“ tat), und dann doch bloß im organisatorischen Alleingang 200 - 300 Studenten und „Angehörige der werktätigen Intelligenz“ stellvertretend für die demnächst kommenden „Massen“ demonstrieren zu lassen.

Sicher wäre es auf der anderen Seite falsch, *n u r* oder jedenfalls *v o r w i e g e n d* die Seite der ‚kommunistischen Aktionseinheit‘ zu sehen, diese Seite zu überschätzen, sich damit mehr oder weniger zufriedenzugeben und die einmal erreichte ‚kommunistische Aktionseinheit‘ sektiererisch nach außen abzukapseln. Vielmehr muß die einmal erreichte Stufe der Aktionseinheit aktiv genutzt werden, um weitere Kräfte zu mobilisieren, um neue Kräfte von der Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens zu bestimmten Punkten des antikapitalistischen und demokratischen Kampfes zu überzeugen.

Aktionseinheit bedeutet, wie von uns immer betont und praktiziert, nicht das Verwischen bestehender Meinungsverschiedenheiten. Vielmehr bietet eine praktische Zusammenarbeit eine wesentliche *V o r a u s - s e t z u n g* für eine fruchtbare politisch-theoretische Auseinandersetzung. Zum einen trägt sie dazu bei, die erwähnten ‚künstlichen Gräben‘ von Eifersüchtelei, Gruppen-Egoismus, von Mißtrauen und bewußtem „Nicht-Verstehen“ zu überwinden und die *w i r k l i c h e n* politisch-theoretischen Fragen in den Mittelpunkt zu rücken. Zum zweiten ist die praktische Zusammenarbeit auch der beste Boden, um die unterschiedlichen Standpunkte nicht bloß abstrakt zu messen (wer hat Marx und

Lenin besser gelesen), sondern in der konkreten Anwendung zu erproben.

Wir haben deshalb immer gesagt, daß Auseinandersetzung und Zusammenarbeit für uns eine dialektische Einheit bilden.

Was die Beziehungen zu den Genossen der „KPD“ angeht, so mag man sich daran erinnern, daß die „Rote Fahne“ der „KPD“ im Januar 1973 schrieb: „Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß dieser Klüngel (der KB! – Anm. UW) keine Kommunisten oder fortschrittlichen Menschen sind, sondern kleinbürgerliche Intriganten, Feinde der Arbeiterklasse, die Verwirrung stiften“. (RF 2/73). Dies mag genügen, um zu zeigen, daß die gegenseitigen Beziehungen in der Vergangenheit alles andere als herzlich waren. Dies hat sich erst geändert, seit es anlässlich der Angriffe der Bourgeoisie erst gegen die „KPD“ (im Mai 73) und einige Monate später gegen ihren Studentenverband KSV zu gemeinsamen Kampfaktionen zwischen KB und „KPD“ kam.

Selbst wenn man etwa den nach dem 1. Mai dieses Jahres geschriebenen Artikel „Zur Hamburger Aktionseinheit“ in der „Roten Fahne“ 19/74 liest (den wir im Anhang nachdrucken), ist zu sehen, daß die Genossen zwar möglicherweise den guten Willen zur solidarischen Auseinandersetzung haben, aber unsere Positio-

nen entweder oberflächlich abtun oder sogar falsch darstellen, woraus man zumindest schließen muß, daß die Genossen auf der gemeinsamen Diskussionsveranstaltung, wo diese Dinge klargestellt wurden, nicht besonders gut zugehört haben.

Wir wollen hier versuchen, wesentliche Kritikpunkte an Theorie und Praxis der „KPD“ darzustellen. Dies ist unserer Auffassung nach nicht leicht, weil die Genossen der „KPD“ bisher in ihren theoretischen Aussagen allzu schematisch und wenig präzise und konkret sind. Eine Auseinandersetzung über die *p r a k - t i s c h e* Politik ist zunächst ohnehin fast unmöglich, da die „KPD“ in Hamburg fast gar keine betriebliche Arbeit macht und wir andererseits über die Arbeit der Genossen z.B. bei Ford in Köln nicht aus eigener Anschauung urteilen können.

Dies kann also nicht mehr als ein erster Versuch sein, einige Meinungsverschiedenheiten zusammenfassend aufzuzeigen, die zweifellos erst im Verlauf einer intensiveren Auseinandersetzung – auch von Seiten der „KPD“ – in ihrer wirklichen Bedeutung genau herausgearbeitet werden könnten.

Wir haben uns zunächst an den in diesem Jahr vorgelegten Programm-Entwurf der „KPD“ gehalten, dann aber auch einige andere Äußerungen zugezogen.

Anzeige

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND | SONDERNUMMER

Verlag Arbeiterkampf

Aktionseinheit oder „Partei“laden-Politik?

1. Internes Papier des , Regionalkomitee Wasserkante der KPD' gegen den KB
2. Brief der Bündniskommission des KB/Gruppe Hamburg an das Komitee ,Kampf den Berufsverboten...'
3. Offener Brief der Leitung des KB an die Mitglieder und Sympatisanten der „KPD“



Preis DM—,50

EINSCHÄTZUNG DER LAGE

Im schon erwähnten Artikel der „RF“, „Zur Hamburger Aktionseinheit“ findet sich an erster Stelle der Vorwurf, der KB habe eine insgesamt viel zu pessimistische Einschätzung der Lage, sei „kleinmütig“ und leugne „jede vorwärtstreibende Perspektive“.

Auf der Basis dieses Artikels dürfte eine Diskussion allerdings zunächst kaum zu führen sein, da die Genossen auf der Ebene der ganz oberflächlichen und unbewiesenen Behauptungen stehen bleiben, unsere Einschätzung sei „im übrigen nicht richtig“, ohne – was doch eine Voraussetzung für eine ernsthafte Auseinandersetzung wäre – konkret darauf einzugehen und ohne alternativ etwas dagegenszusetzen.

Es ist ja auch nicht so, daß man einfach mal z.B. in den Programm-Entwurf der „KPD“ zu blicken braucht, um dort eine Einschätzung der Lage aus der Sicht der Genossen zu finden. Man kann zwar im Programm-Entwurf jenes unangenehme, dick aufgetragene Eigenlob zum Ruhme der „KPD“ finden („unlöslich mit dem Wirken der großen deutschen Revolutionäre Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann verbunden“, „verkörpert in sich alle jene revolutionären Eigenschaften – die Solidarität, den Mut, die Disziplin und die Schöpferkraft, die die Klasse auszeichnen“ usw.) und man erfährt, daß der Programm-Entwurf den Weg zur Revolution weist, daß er historische und internationale Erfahrungen einbezieht usw.

Was man nicht erfährt, ist eine konkrete Analyse einer konkreten Situation. Was stattdessen angeboten wird, sind vielfach Phrasen mit Ewigkeitswert.

Hierfür zwei besonders deutliche Beispiele. Auf S.33 heißt es: „Die Proletariat aller Länder und die Völker der Welt halten auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus fest zusammen“.

Das ist keine Beschreibung der Wirklichkeit, sondern vorläufig ein „frommer Wunsch“. Selbst international ist festzustellen, daß der proletarische Internationalismus noch ungenügend entwickelt ist, daß der Aufruf „Proletariat aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!“ noch nicht erfüllte Wirklichkeit, sondern eine Aufgabe ist. Erst recht gilt das für die besondere Situation in der BRD. Es ist offensichtlich, daß von einem „festen Zusammenhalt“ zwischen den Arbeitern verschiedener Nationalität in der BRD noch nicht die Rede sein kann, daß es der Bourgeoisie z.T. sogar noch gelingt, Spaltung in die Reihen der Arbeiter zu

tragen mit Hetze gegen die türkischen Kollegen während der Ford-Streiks 1973, mit der Araber-Hetze während der „Öl-Krise“ u.a.m.

Ein weiteres Beispiel, auch auf S.33 des Programm-Entwurfs zu finden: „Alle Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen werden unter der Perspektive des Kampfes für die sozialistische Revolution vereint. Die Kommunistische Partei propagiert auch in den bürgerlichen Institutionen, einschließlich der Parlamente, dieses Ziel. Sie sind deshalb von heftigen Auseinandersetzungen zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Weltanschauung geprägt.“

Von welcher Realität mag hier wohl die Rede sein? Kennt die „KPD“ auch nur einen bürgerlichen Staat, dessen Institutionen, auch gerade das Parlament, von heftigen Auseinandersetzungen zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Weltanschauung geprägt sind...?

In Wahrheit gibt es, das mag man nun wieder für „kleinmütig“ halten, kein einziges Parlament irgendeines bürgerlichen Staates, in dem heute auch nur ein einziger Kommunist anwesend wäre, der diesen Namen verdient (wir reden also nicht von den revisionistischen Parteien, die natürlich in manchen Parlamenten sogar recht stark vertreten sind, aber dort natürlich nicht ausgerechnet die proletarische Weltanschauung vertreten). Selbst für die einzige bürgerliche Institution, in der Kommunisten in der BRD bisher überhaupt eine Rolle spielen – die Schulen – wäre es böß übertrieben, wenn jemand ernsthaft behaupten wollte, sie seien von Auseinandersetzungen zwischen bürgerlicher und proletarischer Weltanschauung „geprägt“.

Um eine Analyse der Wirklichkeit handelt es sich offenbar auch hier nicht. Ähnlich ist der Satz zu bewerten: „Der Zusammenschluß des weltrevolutionären Lagers mit den Kommunistischen Parteien – an erster Stelle die Kommunistische Partei Chinas – als Kern, ist die Haupttendenz unserer Epoche“ (S.15). Auch hier wird mit einem Hinweis auf die „Haupttendenz“ die Frage nach dem aktuellen Zustand des ‚weltrevolutionären Lagers‘, nach der nationalen und internationalen Zersplitterung der revolutionären Linken, mehr oder weniger elegant umschifft. In einem ähnlichen Stil, wenn auch nicht immer so krass, ist der Programm-Entwurf der „KPD“ in seiner Gesamtheit gehalten.

Eine viel konkretere Einschätzung der Lage wird man aber z. B. auch im Mai-Aufruf der „KPD“ nicht finden können.

Dort erfährt man z. B., daß für die Arbeiter die Frage nicht mehr lautet, „Brandt oder Kohl“? – Das ist nur insoweit zutreffend, daß Brandt heute wirklich nicht mehr zur Wahl steht. – Es heißt: „Die Kämpfe der deutschen (westdeutschen? – Anm. AK) Arbeiter haben, wie die ihrer Klassenbrüder in Westeuropa, einen großen Aufschwung genommen.“ (Auf den qualitativen Unterschied zwischen den Klassenkämpfen in der BRD einerseits und etwa Italien und Frankreich andererseits wird nicht eingegangen). „Die Arbeiterklasse hat seit vier Jahren wieder eine Kommunistische Partei, die an vorderster Front der Kämpfe steht und ihnen die Richtung gibt.“ – „Weder eine offen reaktionäre Klassenherrschaft der Bourgeoisie, noch Brandt, noch eine erneute faschistische Diktatur wird ihren Wunsch nach Freiheit zum Erlöschen und ihre Kampfentschlossenheit, ihre Widerstandskraft zum Erliegen bringen!“ – Hier wird ausschließlich gesagt, daß das Proletariat „historisch“ doch irgendwann siegen wird, aber es wird weder gesagt, was der Faschismus für die Arbeiterklasse bedeuten würde, noch wird die Möglichkeit einer „offen reaktionären Klassenherrschaft“ oder einer „erneuten faschistischen Diktatur“ in irgendeine Beziehung zur aktuellen Entwicklung und zum aktuellen Stand der Klassenkämpfe gesetzt.

Die „KPD“ gibt also auch hier keine zusammenhängende Einschätzung der konkreten Situation, sondern beschränkt sich auf Allgemeinplätze, die in zehn Jahren noch so richtig sein mögen wie vor zehn Jahren, aber nicht dazu beitragen, in der konkreten Situation den Kampf gegen die Angriffe der Bourgeoisie mit der richtigen Stoßrichtung zu führen.

Nehmen wir eine naheliegende Frage aus dem Artikel „Zur Hamburger Aktionseinheit“. Dort wird uns ja vorgeworfen, daß wir den Streik-kämpfen des letzten Jahres „rundweg den Charakter der Selbständigkeit“ abgesprochen haben. Die „Rote Fahne“ zitiert uns so – und zwar ohne auf die Kürzung aufmerksam zu machen –, daß die Begründung für unsere Ansicht verlorengeht. Hier das Zitat aus unserem Mai-Aufruf '74 vollständig, die von der „RF“ zitierten Worte unterstrichen:

„Zwei Wellen spontaner Streiks in der Metallindustrie im Frühjahr und Herbst 73 bezeichnen einen gewissen Aufschwung der spontanen Arbeiterbewegung, eine Erneuerung der Streiks vom September 1969 in noch breiterem Maßstab. Diese Streik-kämpfe sind aber nicht als ‚selbstständig‘, sondern eben als spontan zu kennzeichnen, weil tatsäch-

lich von einer politisch und organisatorisch selbständigen Arbeiterbewegung in der BRD noch keine Rede sein kann, sondern diese Streikkämpfe gerade wegen ihres spontanen Charakters unter sozialdemokratischer und revisionistischer Kontrolle geblieben sind.“

Die Genossen von der „Roten Fahne“ machen sich gar nicht die Mühe, darauf konkret einzugehen, sondern begnügen sich mit der Versicherung, daß sie die Streikkämpfe für „selbständig“ halten.

Wir betrachten die Frage der „Selbständigkeit“, wie auch aus dem Zitat hervorgeht, unter zwei Gesichtspunkten:

1. Organisatorische Selbständigkeit
Es gab einige Streiks, die im wesentlichen als organisatorisch selbständig zu betrachten sind. So vor allem der Streik bei Ford, dann wohl auch bei Hella und einige andere. Hier gab es selbständige Streikleitungen. Unseres Wissens handelt es sich dabei in aller Regel um Streiks, die von ausländischen Kollegen vorwiegend getragen wurden. Typisch für die Streikbewegung des letzten Jahres sind diese Einzelfälle von organisatorisch selbständigen Streiks u. E. nicht. Wir halten einen Streik nicht für organisatorisch selbständig, bloß weil statt der DGB-Führung rechte Vertrauensleute der SPD und DKP die „Streikführung“ haben. Das wäre eine Illusion über die Rolle von SPD und DKP im Betrieb. – Zu den wenigen Fällen organisatorischer Selbständigkeit ist außerdem zu sagen, daß sie in der Regel unmittelbar auf den Streik bezogen waren, aber darüber hinaus wohl keinen Bestand hatten.

2. Politische Selbständigkeit
Hier sei an die Meinung Lenins erinnert: „... die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung führt eben zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie.“ („Was tun?“) Es ist daher ein u.E. äußerst schwerwiegender Fehler, die spontane Arbeiterbewegung zur „selbständigen“ Arbeiterbewegung hochzujubeln. Selbständig ist die Arbeiterbewegung dann, wenn sie sich eine revolutionäre Führung geschaffen hat, wenn sie die Fesseln der bürgerlichen Ideologie zerbrochen hat. Ein Streik ohne Zustimmung der Gewerkschaftsführer ist zweifellos ein sehr wichtiger Schritt, aber er bleibt doch auf der Ebene der spontanen Bewegung. Die Verklärung der spontanen Streiks zu einer „selbständigen“ Bewegung tendiert deshalb u.E. genau zu jener „Anbetung der Spontaneität“ und „Herabminderung der Rolle des ‚bewußten Elements‘, der Rolle der Sozialdemokratie“, von denen Lenin sagte, daß sie „ganz unabhängig davon, ob derjenige, der diese Rolle herabmindert, das wünscht oder nicht – die Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter bedeutet“.

Die Bedeutung der revolutionären Partei

Die Kernfrage ist für uns die der revolutionären Führung. Nur wo es eine solche revolutionäre Führung gibt, da gibt es auch eine selbständige Arbeiterbewegung.

Wir wissen nun allerdings, daß die Genossen der „KPD“ in ihrer Selbsteinschätzung nicht gerade bescheiden sind, wie es ja auch in ihrem Mai-Aufruf und in ihrem Programm-Entwurf zum Ausdruck kommt. Allerdings meinen wir, daß zwischen einer wohlmeinenden Organisation, die sich als „revolutionäre Kampfpartei der Arbeiterklasse“ empfiehlt und einer wirklichen Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse doch noch ein Unterschied ist. Wir wollen in diesem Zusammenhang nur kurz daran erinnern, wie Stalin die Kommunistische Partei definierte, nämlich erstens als Vortrupp der Arbeiterklasse. Stalin hebt dabei hervor, daß eine solche Partei „die besten Elemente der Arbeiterklasse“ in ihren Reihen haben muß und daß sie mit der revolutionären Theorie gerüstet sein muß.

Zweitens als organisierter Trupp der Arbeiterklasse, als „Teil der Klasse ... der durch sein ganzes Sein mit ihr fest verwurzelt ist“. „Die Partei kann die Klasse nicht führen, wenn sie nicht mit den parteilosen Massen verbunden ist, wenn es keine enge Verbindung zwischen Partei und parteilosen Massen gibt, wenn diese Massen ihre Führung nicht anerkennen, wenn die Partei bei den Massen keinen moralischen und politischen Kredit hat.“ (Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus)

Wir haben hier in den Worten Stalins einen sehr guten Maßstab, um Anspruch und Wirklichkeit daran zu messen. Wir meinen nicht, daß heute irgendeine kommunistische Organisation in der BRD ernsthaft beanspruchen kann, schon „die besten Elemente der Arbeiterklasse“ in ihren Reihen zu haben (außer der „KPD/ML“, die bekanntlich vom allerbesten Element der deutschen Arbeiterklasse persönlich gegründet wurde). Wir meinen weiterhin, daß die kommunistischen Organisationen heute erst dabei sind, sich mit der revolutionären Theorie zu rüsten, aufgrund ihrer sich entwickelnden Teilnahme an den Klassenkämpfen und in der politisch-theoretischen Auseinandersetzung untereinander und mit anderen Strömungen eine revolutionäre Strategie und Taktik für die BRD zu erarbeiten. Deshalb können die kommunistischen Organisationen der BRD heute erst in geringem Umfang die Rolle einer politischen Avantgarde spielen.

Zum zweiten Punkt, „Teil der Klasse ...“: auch das ist heute nur in geringem Maß der Fall. Nur in Ein-

zelfällen spielen in der BRD Kommunisten heute schon in den Kämpfen eine führende Rolle, und auch dann zeigt sich darin meist nicht der politische Kredit einer „Partei“ oder anderen Organisation bei den Massen, sondern das Vertrauen, das einzelne Kommunisten, nicht wegen ihrer Organisationszugehörigkeit oder wegen ihrer revolutionären Weltanschauung, sondern wegen ihres persönlichen Einsatzes, wegen ihres kollegialen Verhaltens u.ä. genießen.

Zwischen der Verkenntung dieser Situation durch die Genossen der „KPD“ und ihrer Fiktion einer „selbständigen Arbeiterbewegung“ (zum gegenwärtigen Zeitpunkt!) besteht u. E. ein logischer Zusammenhang.

Hier noch ein kleines Zitat, aus dem nochmals hervorgeht, wie die „KPD“ nicht nur sich selbst, sondern auch ihre „Bruderparteien“ einschätzt: An der Wiege der „KPD“ – damals noch „KPD/AO“ – spielte eine italienische Organisation namens „Unione“ eine Rolle. Diese „Unione“ hat sich inzwischen umbenannt in „PCmlI“. Im Februar dieses Jahres nun hoben „KPD“ und „PCmlI“ ihre (wahrscheinlich stets intensiven) Beziehungen feierlich in den Rang von „offiziellen Beziehungen“ (laut „Rote Fahne“ 7/74). In einem Kommuniqué heißt es dazu: „Das ist ein wichtiger Tag für die deutsche und italienische Arbeiterklasse: ihre beiden Vorhutorganisationen, die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und die Kommunistische (marxistisch-leninistische) Partei Italiens (PCmlI) haben brüderliche Beziehungen aufgenommen.“

Darin drückt sich u.E. eine erhebliche Selbstüberschätzung dieser Organisationen in ihrem Verhältnis zur Arbeiterklasse auch „auf internationalem Niveau“ aus.

Allgemein gesprochen hat in den letzten Jahren die Arbeiterbewegung international einen kräftigen Aufschwung genommen. Der Sturz des Faschismus in Portugal, die Novemberkämpfe in Griechenland, die Massenkämpfe in Dänemark, das Referendum in Italien, der Vormarsch der „Linksunion“ in Frankreich, die Streiks und Bauernaufstände in Äthiopien, der Vormarsch der Volksbefreiungskräfte in Indochina u.a. sind klare Zeichen dieses Aufschwungs.

Man darf jedoch u.E. diese Entwicklung der Klassenkämpfe nicht losgelöst von der Tatsache sehen, daß noch nirgends in einem imperialistischen Land die revolutionäre Linke einen nennenswerten Einfluß auf die Arbeiterbewegung ausübt. Nicht bloß für die BRD, sondern für die imperialistischen Länder allgemein ist das Fehlen einer Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse bezeichnend.

Die „ML“-Bewegung ist in unserem Land gut fünf Jahre alt (Gründung der „KPD/ML“ Ende 1968), in

manchen anderen Ländern noch wesentlich älter (Belgien seit 1962/63). Man vergleiche einmal die Entwicklung dieser Jahre mit der Entwicklung der Kommunistischen Internationale nach dem I. imperialistischen Krieg – z.B. die alte KPD fünf Jahre nach ihrer Gründung (das war zur Zeit des Hamburger Aufstands) mit dem Jammerhäufchen der „KPD/ML“ fünf Jahre nach ihrer Gründung, oder überhaupt mit der aktuellen Situation der kommunistischen Bewegung in der BRD.

Es ist eindeutig, daß sich die Entwicklung einer organisierten revolutionären Linken in den imperialistischen Ländern heute viel langsamer, schleppender vollzieht als in der Zeit der 3. Internationale. Weiterhin ist festzustellen, daß der Einfluß der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterbewegung aller imperialistischen Länder heute viel größer ist als etwa um 1930.

Man muß dies besonders betonen, weil die „Rote Fahne“ (12/74) nach den Hamburger Wahlen die absurde Behauptung aufstellte: „Die 3 000 (!) Stimmen, die die KPD/ML trotz ihres elend schlecht geführten Wahlkampfes erhielt, zeigen, daß die Suche nach einer wirklichen Alternative für das werktätige Volk zur Entscheidung für die Kommunisten drängt.“

Hier ist offensichtlich jeder realistische Maßstab verloren gegangen. 3.000 Stimmen (= 0,3%) zeigen bestimmt kein Drängen zu den Kommunisten. Zum Vergleich sei auch daran erinnert, daß z.B. die italienische Organisation „il manifesto“ bei den letzten Wahlen ganze 0,7 % bekam und daß bei den französischen Präsidentschaftswahlen die linke Kandida-

tin Laguiller (die nicht einmal Kommunistin ist) mit ihren 2,35 % zwar die DKP vor Neid blaß machen konnte, aber doch auch dieses Ergebnis noch recht bescheiden ist. Auf der Ebene von Wahlen drängt die Entscheidung wahrlich noch nicht zu den Kommunisten!

Auf dieser Ebene schlagen sich die spontanen Kämpfe heute im besseren Fall zugunsten reformistischer Schein-„Alternativen“ nieder – PCI und „historischer Kompromiß“ in Italien, „Linksunion“ in Frankreich. Im schlechteren Fall kann, wie in der BRD die CDU/CSU oder in Israel der Likud, die offen reaktionäre Partei des Kapitals erhebliche Stimmengewinne verzeichnen.

Eine „Einschätzung“, die diese Dialektik zwischen dem objektiven Aufschwung der spontanen Arbeiter- und Volkskämpfe und dem gegenwärtigen Zurückbleiben des subjektiven (revolutionären) Faktors nicht einbezieht, sondern sich der konkreten Analyse der Wirklichkeit mit allgemeiner „historischer“ Redensarten zu entziehen versucht, ist als Anleitung für revolutionäre Politik nicht tauglich und objektiv ein Betrug an der Arbeiterklasse.

Wir sind nicht Kommunisten, weil das leicht ist, weil unsere Kampfbedingungen so rosig sind. Wir sind allerdings auch nicht Kommunisten, um darüber zu jammern, daß alles so schrecklich ist und wahrscheinlich doch alles keinen Zweck mehr hat. Wir sind Kommunisten, weil wir auf Grundlage unserer Einsicht in die Wirklichkeit bereit sind, den Kampf zur Veränderung dieser Situation, zur Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuter„ordnung“ aufzunehmen.

widersprechen unserer Einschätzung, daß die Bourgeoisie „in der Offensive“ ist, ohne dem alternativ etwas entgegenzusetzen. Meinen die Genossen etwa, daß die Bourgeoisie nicht in der Offensive ist? Wie aber ist dann die Lage? Die Genossen umgehen anscheinend eine klare Antwort auf die Frage nach dem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis.

Was halten die Genossen der „KPD“ überhaupt vom Begriff der „Kapitaloffensive“, der ja eine bestimmte Geschichte hat (die Kommunistische Internationale sprach z.B. Ende der 20er Jahre von einer Kapitaloffensive)? Hält man es mit dem KBW-Führer J.S., der mit sophistischen, absolut unmarxistischen „Argumenten“ beweisen wollte, daß es eine Kapitaloffensive gar nicht geben kann?

Die „Rote Fahne“ argumentiert uns gegenüber ähnlich wie der KBW mit der Behauptung, daß die Bourgeoisie den Faschismus doch noch gar nicht nötig habe, weil die Klassenkämpfe noch nicht soweit entwickelt sind, daß sie die Bourgeoisie zum Faschismus „zwingen“.

Wir halten diese Argumentation für absurd – zumal bei Organisationen wie dem KBW und auch der „KPD“, die sonst kaum eine Gelegenheit auslassen, in fast prahlerischer Weise die Klassenkämpfe zu überschätzen und die Bourgeoisie als angstschlotternd, mit dem Rücken schon an der Wand etc. hinzustellen.

Entweder unterschätzen die Genossen in Wirklichkeit die allseitige Verschärfung und Zuspitzung aller Widersprüche, oder sie unterschätzen die Vorbereitungen der Bourgeoisie auf die aus dieser Verschärfung notwendigerweise entspringenden heftigen Klassenkämpfe. Es ist ja nicht so, daß die Bourgeoisie erst einmal abwartet, bis die revolutionären Kämpfe kommen, um dann plötzlich mit einem Mal den Faschismus „einzuführen“, sondern sie trifft schon in einer Zeit relativer Ruhe wichtige Vorbereitungen auf allen Ebenen.

Es ist doch offensichtlich, sollte man meinen, daß die Maßnahmen der Bourgeoisie gegenwärtig nicht Reaktion auf ein aktuelles Kräfteverhältnis sind, sondern daß es sich um vorbeugende Maßnahmen handelt, mit denen kommenden Klassenkämpfen begegnet werden soll. Um mit den Arbeiterkämpfen des Moments fertig zu werden, braucht die Bourgeoisie noch keine bis an die Zähne bewaffneten „MEK's (Terrortruppen der Polizei), braucht sie nicht die Aufrüstung des BGS als Bürgerkriegsarmee etc. Entsprechend gilt für die Berufsverbote im Öffentlichen Dienst, für die Gewerkschaftsausschlüsse, für die Verbotsdrohungen gegen kommunistische Organisationen, daß sie zwar die strategische Schwäche der Bourgeoisie

DIE FRAGE DER FASCHISIERUNG

In unserer Einschätzung der bürgerlichen Politik in der BRD als Faschisierung – bzw. in der Bestreitung dieser Einschätzung durch die „KPD“ – ist die Meinungsverschiedenheit zwischen KB und „KPD“ besonders klar.

Die Genossen der „KPD“ werden die Auseinandersetzung um diese Frage zukünftig etwas sachbezogener und politischer führen müssen als im Artikel „Zur Hamburger Aktionseinheit“ in der „Roten Fahne“, wo es demagogisch heißt: Es sei „wohl so, daß der KB selbst weniger mit einer bevorstehenden Errichtung des Faschismus rechnet, als vielmehr mit dieser Parole sein praktisches Verhalten im Klassenkampf begründet.“

Damit wird uns also unterstellt, wir würden unseren Kampf gegen

die Faschisierung nicht aus einer bestimmten Einschätzung (sei sie nun richtig oder falsch) herleiten, sondern wir hätten diese „Parole“ sozusagen nur erfunden, um damit ein nicht näher definiertes (offensichtlich aber wohl „opportunistisches“ etc.) „praktisches Verhalten im Klassenkampf“ zu rechtfertigen, für das wir in Wahrheit anscheinend ganz andere (nicht näher genannte) Gründe haben – ohne daß wir also selbst an die Faschisierung glauben würden.

Solchen indiskutablen Unterstellungen entspricht auch die Oberflächlichkeit, mit der in der „Roten Fahne“ diese Frage abgetan wird: die Genossen begnügen sich mit der Behauptung, daß unsere Einschätzung der Situation in der BRD „im übrigen nicht richtig“ sei. Sie

sie ausdrücken (ihre Angst vor der sozialistischen Revolution), aber doch auch ihre gegenwärtige faktische Stärke — die sich vor allem darin zeigt, daß sie diese Maßnahmen in einer Zeit relativer Ruhe und einer insgesamt defensiven Situation der Arbeiterklasse durchführen kann, wo sie noch nicht mit Widerstand auf Massenebene zu rechnen hat.

Die „KPD“ schreibt zwar richtig im Programm-Entwurf, daß das KPD-Verbot von 1956 erfolgte, „ohne daß die Arbeiterklasse einheitlichen Widerstand geleistet hätte.“ (S.20) Es kommt den Genossen aber anscheinend nicht in den Sinn, die Parallele zur Gegenwart zu ziehen. Den aktuellen Verbotsdrohungen wird vielmehr mit einer gewissen Kraftmeierei entgegengetreten. So schreiben etwa die Genossen von der „Liga gegen den Imperialismus“ (eine „Massenorganisation“ der „KPD“) in ihrem Mai-Aufruf: Die Verbotspläne gegen die „KPD“ seien „bisher gescheitert! Denn es bestand breite Sympathie und Empörung vieler Menschen und eine entschlossene Abwehrfront!“

Die Bourgeoisie führt langfristig angelegte Maßnahmen zu einem Zeitpunkt ein, wo sie das vorerst noch ohne größere Schwierigkeiten kann — das ist das Wesen der Sache. Die Bourgeoisie wäre ja „blöd“, wenn sie mit ihren Maßnahmen jeweils sozusagen „bis zum letzten Moment“ warten würde, wenn sie dann tatsächlich durch den Stand der Klassenkämpfe unmittelbar gezwungen wäre. Ihr Spielraum wäre in einer solchen Situation viel geringer, ihr Risiko viel größer als bei längerfristig geplanten, „vorbeugenden“ Maßnahmen.

Im Artikel der „Roten Fahne“ wird uns vorgeworfen, wir hätten die „Vorstellung eines linearen, mechanischen Prozesses einer schleichenden Einführung der offen terroristischen Diktatur über die Arbeiterklasse“.

Was in diesem Zusammenhang das Wort „mechanisch“ bedeuten soll, ist uns rätselhaft. Es handelt sich auch nicht um die „schleichende Einführung“ einer Diktatur, denn eine Diktatur kann letzten Endes natürlich nicht „schleichend eingeführt“ werden, sondern nur durch einen Akt offener Gewalt, dem aber in der Regel eine Reihe vorbereitender Schritte vorangehen.

Zum besseren Verständnis des Begriffs „Faschisierung“ sei hier Dimitroff zitiert: er betonte die „Bedeutung der Tatsache, daß vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsetappen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern. Wer

in diesen Vorbereitungsetappen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der erleichtert ihn vielmehr.“ (Rede auf dem VII. Weltkongreß der KI)

Wenn die Genossen von der „Roten Fahne“ dann gegen uns ein Zitat von Pjatnitzki gegen „das leichtfertige Gerede der KPD vom Faschismus“ als schweres Geschütz auffahren, so beruht das bestenfalls auf einem Mißverständnis. Denn der KPD ist allenfalls vorzuwerfen, daß sie zeitweise den Vorbereitungscharakter bestimmter reaktionärer Maßnahmen und bestimmter reaktionärer bürgerlicher Regierungen verkannte und vorschnell mit dem Begriff des „Faschismus“ (statt „Faschisierung“) dafür zur Hand war, daß sie also zeitweise die Maßnahmen der Faschisierung schon als den vollzogenen Faschismus hinstellte; ferner daß sie die Rolle der Sozialdemokratie bei der Einführung des Faschismus stark überschätzte (Theorie, daß der Faschismus in Deutschland als „Sozialfaschismus“ zur Macht kommen würde), und daß sie Begriffe wie „Sozialfaschisten“ und „Faschisierung der Gewerkschaften“ z.T. leichtfertig und undifferenziert gebrauchte.

Nicht um einen dieser Punkte aber geht es in Wahrheit bei der Meinungsverschiedenheit zwischen uns und der „KPD“.

Vielmehr geht es darum, daß die „KPD“ den reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie, die sie zum größten Teil ja sieht und bekämpft (Aufrüstung des staatlichen Unterdrückungsapparats, Verbotsdrohungen und -Vorbereitungen gegen kommunistische Organisationen, Berufsverbot und politische Entlassungen etc.) den Charakter von vorbereitenden Maßnahmen zum Machtantritt des Faschismus abspricht, daß sie diese Maßnahmen losgelöst von ihrer langfristigen Einordnung (im Rahmen der Faschisierung) sieht und auch nur so bekämpft.

Damit hängt es wohl zusammen, daß die „KPD“ die politisch-ideologische Seite der Faschisierung unterschätzt. So reduziert der Programm-entwurf die aktuellen Maßnahmen der Bourgeoisie auf die Punkte Aufrüstung des staatlichen Unterdrückungsapparats und Abbau politischer Rechte. Das ist auch gewissermaßen eine Voraussetzung dafür, um die Faschisierung zu leugnen, denn gerade die politisch-ideologische Vorgehensweise der Bourgeoisie bestimmt in hohem Maß den Charakter der bürgerlichen Politik als Faschisierung. Erinnert sei nur an die „Baader-Meinhof“-Kampagne, an die rassistische Hetze gegen ausländische

Kollegen während der spontanen Streiks im letzten Jahr, an die „Ölkrise“-Kampagne u.a., wo es allemal nicht bloß darum geht, „einfach“ irgendwelche reaktionären Maßnahmen durchzuziehen, sondern wo gleich Stimmung für die Jagd auf „Terroristen“ gemacht wird (wozu dann demnächst auch die Kommunisten gezählt werden), wo gegen die ausländischen Kollegen und gegen die Völker der Dritten Welt gehetzt wird, wo neben rassistischer Hetze nach außen die „Volksgemeinschaft“ nach innen propagiert wird. Erinnert sei auch an die Verbreitung von antikommunistischen Hetzbroschüren im reinsten Nazi-Stil in verschiedenen Gewerkschaften.

Es ist also keineswegs so, daß die faschistische Verhetzung nur von einigen unbedeutenden Gruppen wie NPD, ANR u.ä. getragen wird, sondern sie bildet bereits einen Bestandteil der allgemeinen bürgerlichen Politik. Wir verkennen dabei nicht den Unterschied, der zwischen z.B. der „Ölkrise“-Kampagne einerseits und der „traditionellen“ faschistischen Hetze besteht, wir verkennen nicht, daß mit der „Ölkrise“-Kampagne oder der Antikommunismus-Kampagne in den Gewerkschaften die Hetze noch längst nicht ihren Höhepunkt erreicht hat, daß sie sich in Zukunft zweifellos noch erheblich steigern wird. Wir meinen aber, daß hier eindeutig Schritte gemacht werden, um dem Volk, 30 Jahre nach dem Ende des Faschismus, wiederum faschistisches „Gedankengut“ nahe zu bringen.

Zu einem weiteren Punkt. Im Artikel „Zur Hamburger Aktionseinheit“ wird die Frage gestellt: „...warum richtet der KB dann nicht seine Arbeit ganz im Sinne des antifaschistischen Kampfes aus?“ Wir richten an die Genossen die Frage, was sie damit meinen.

Offensichtlich besteht ein Unterschied zwischen einer Situation der Faschisierung und einer Situation des Faschismus an der Macht. Beide Situationen bedeuten natürlich unterschiedliche Kampfbedingungen und unterschiedliche Anforderungen an die Politik der Kommunisten.

Was nun verstehen die Genossen der „KPD“ in diesen beiden Situationen darunter, daß Kommunisten ihre „Arbeit ganz im Sinne des antifaschistischen Kampfes“ ausrichten sollten? Wir wollen darüber nicht spekulieren, sondern warten die Antwort ab.

Für einen großen Fehler halten wir es, daß im Programm-Entwurf der „KPD“ der Faschismus als mögliche zukünftige Gefahr ausschließlich in Verbindung mit der SPD, also als möglicher „Sozialfaschismus“ auftaucht.

Über die CDU dagegen heißt es im Programm-Entwurf nur: „Die Herr-

schaft der CDU endete, als der westdeutsche Kapitalismus nach langer Prosperitätsperiode in die Krise geriet." (S.20) –

Man bedenke dabei, daß die „KPD“ schon 1972 – anlässlich des Mißtrauensvotums – „deutliche Anzeichen für die Existenzgefährdung (!) der CDU“ ernsthaft zu erkennen glaubte („Rote Fahne“, 3.5.72).

Das war offensichtlich eine Fehleinschätzung. Heute ist zu sehen, daß die CDU/CSU nicht nur die Niederlage von 1972 weitgehend „verdaut“ hat, sondern daß es ihr gelingt, aus der Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik der SPD/FDP zählbaren Vorteil zu ziehen.

In einem Artikel in der „Roten Fahne“ 19/74 („2500 auf der gemeinsamen Veranstaltung von KB und KPD“) wird uns vorgeworfen, unsere ‚These‘ von der Faschisierung sei „schematisch“ und „perspektivlos“ (?) und wird uns stattdessen die Notwendigkeit vorgehalten, „zur Bestimmung der revolutionären Strategie insbesondere eine genaue Analyse des Verhältnisses von Monopolkapital, Staatsapparat und SPD-Partei- und Gewerkschaftsführung zu geben.“

Was damit gemeint ist, wird auch durch die nachfolgende fettgedruckte (!) Binsenweisheit „Eine revolutionäre Beeinflussung der gewerkschaftsoppositionellen Bewegung kann nur erfolgen, wenn der Sozialdemokratismus politisch bekämpft wird“ nicht deutlicher. Wollen die Genossen uns etwa ernsthaft vorwerfen, daß wir den Sozialdemokratismus nicht politisch bekämpfen?

Hinter dem, was im obigen Zitat über die „genaue Analyse“ gesagt wird, vermuten wir eine Neuaufgabe der falschen Theorie, daß die SPD aufgrund besonderer Bedingungen („Verwachsen mit dem Staatsapparat“ etc.) die Hauptpartei des Monopolkapitals und daher auch – wenn überhaupt – die Partei einer faschistischen Wendung ist („Sozialfaschismus“-Theorie). Dieser Fehler der KPD wurde bereits durch die Geschichte widerlegt, was aber einer Neuaufgabe anscheinend nicht im Weg steht.

In einem Hamburger Flugblatt stellte die „KPD“ vor dem 1. Mai unserer Parole gegen die Faschisierung ausdrücklich und alternativ ihre Parole entgegen: „Gegen Monopolkapital- und Brandt-Regierung, Arbeitereinheit, Volkseinheit, für den Sozialismus!“ – Diese Parole verrät insofern eine neue Einsicht, weil im letzten Jahr die Parole noch gelaute hatte: „Gegen die arbeitfeindliche Brandt-Regierung – revolutionäre Arbeitereinheit, revolutionäre Volkseinheit!“

Inzwischen haben die Genossen sich also besonnen, daß auch der

Kampf gegen die Bourgeoisie in der Hauptparole erwähnt werden muß. Dennoch bleibt es u.E. auch in der Parole dieses Jahres eine Absurdität, unserer Parole gegen die allgemeine Richtung bürgerlicher Politik (die Faschisierung) eine Parole gegen eine Regierung des Kapitals entgegenzusetzen. Diese Absurdität wird dadurch besonders sichtbar, daß diese Regierung wenige Tage nach dem 1. Mai schon nicht mehr existierte, und zwar ohne daß dadurch für die Arbeiterklasse irgendetwas besser geworden wäre.

Es ist doch die Bourgeoisie selbst, die die bürgerliche Politik als eine Frage dieser oder jener Partei, dieser oder jener Regierung hinstellt, um die Illusion zu nähren, als würde sich für das Volk irgendetwas verbessern, wenn die SPD durch die Oppositionspartei, durch die CDU/CSU abgelöst wird.

Das genaue Gegenstück zur einseitigen Fixierung der „KPD“ gegen die SPD bildet übrigens die italienische ‚Bruderpartei‘ PCmlI (ehem. Unione), die einen ebenso einseitigen Kampf gegen die Christdemokratische Partei (DC) führt. So zum 1. Mai 1970 mit der Parole „Nieder mit der Mitte-Links-Regierung, dem Instrument der Kapitalisten“. 1971 mit der Parole „Für Reformen, gegen die Regierung“. 1973 führte die PCmlI eine gigantische Kampagne aus Anlaß eines Parteitags der DC und rief gar einen „politischen Streik“ aus, der allerdings nur von ihren Mitgliedern und engsten Anhängern befolgt wurde (500 !! Streikende in ganz Italien nach Angabe der PCmlI).

Die PCmlI wiederholte diesen u.E. krass sektiererischen Versuch Anfang 74, indem sie zum „politischen Streik“ für eine Reihe von Forderungen, darunter „Weg mit der Regierung Rumor!“, aufrief. (Laut „Roter Fahne“ 9/74 „waren es 4500, die den politischen Streik aktiv trugen und 15000, die ihn tatkräftig unterstützten“, wobei zu erwähnen ist, daß lt. „RF“ auch an 36 Schulen „gestreikt“ wurde).

Gerade Italien ist ein klares Beispiel dafür, wie unsinnig es ist, in einer nicht-revolutionären Situation die Forderung nach der Beseitigung einer bestimmten bürgerlichen Regierung aufzustellen, denn Italien hat seit der Befreiung vom Faschismus mehrere Dutzend Regierungen hintereinander gehabt, ohne daß sich daraus für die Arbeiterklasse ein Vorteil ergeben hätte.

Die praktische Wendung einer solchen verfehlten Politik hat zwar bei der „KPD“ einen scheinbar besonders „linken“ Anstrich, aber das italienische Gegenstück verdeutlicht den im Grunde recht opportunistischen Charakter einer Politik, die den Kampf gegen eine Partei

und eine Regierung der Bourgeoisie einseitig in den Vordergrund rückt und z.T. den Kampf gegen die Bourgeoisie sogar darüber „vergißt“ (wie in der Mai-Parole der „KPD“ 1973).

Am Rande bemerkt: die PCmlI, ‚Bruderpartei‘ der „KPD“, bezeichnete 1973 die damalige Regierung Andreotti als „klerikalfaschistisch“ und stellte die Parole auf: „Scudo crociato – fascismo di stato“ („Kreuzschild – Staatsfaschismus“; das Schild mit dem Kreuz ist das Zeichen der DC). Hier haben wir es doch wohl wirklich mit „leichtfertiger Gerede vom Faschismus“ zu tun?!

Auf zwei Unterstellungen oder falsche Darstellungen im Artikel der „RF“ „Zur Hamburger Aktionseinheit“ muß noch kurz eingegangen werden.

Da ist zum ersten die Behauptung von der „Selbstkritik (des KB) bezüglich der Wahlunterstützung der SPD 1972“. Wir haben keine solche Selbstkritik geübt und brauchen sie u.E. auch nicht zu üben, da unsere damalige Haltung richtig war.

Die Behauptung der „Roten Fahne“ bezieht sich offenbar auf den Artikel zum Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahlen in ARBEITERKAMPF 41. Wir empfehlen den Genossen der „KPD“, diesen Artikel (noch) einmal genau zu lesen. Hier die entscheidenden Sätze: „... In dieser Situation, wo breite Volksmassen, vor allem der Arbeiterklasse, ihre Hoffnung auf die SPD setzten und sich aktiv für diese Partei engagierten, war die Wahlempfehlung für die SPD ein wichtiger politischer Hebel, um die Faschisierung von Staat und Gesellschaft (verkörpert nicht nur in der CDU/CSU) und die Rolle der SPD im kapitalistischen Spiel aufzuzeigen.“

Die Situation war aber grundsätzlich anders in Hamburg (bei den Bürgerschaftswahlen), denn nunmehr befindet sich die SPD im Abschwung. Niemand braucht mehr der SPD Gelegenheit zu geben, abzuwirtschaften, denn das ist schon recht weitgehend geschehen.... Wir sehen allerdings keinen Vorteil darin, unter solchen (!) Umständen zur Stimmabgabe für die SPD aufzurufen.“

Die zweite falsche Darstellung in der „Roten Fahne“ betrifft die „Rechtsentwicklung“, wo uns vorgeworfen wird, wir würden „losgelöst von den Klassen in jeder ‚Rechtsentwicklung‘ der Bourgeoisie und ihres Staatsapparates... eine ‚Rechtsentwicklung‘ der gesamten Gesellschaft, zugleich eine ‚Rechtsentwicklung‘ der Massen“ sehen.

Dazu ist zu sagen, daß wir nicht in jeder ‚Rechtsentwicklung‘ des Staates eine ‚Rechtsentwicklung‘ der gesamten Gesellschaft sehen. Unsere Parole gegen die Faschisierung von

Staat und Gesellschaft besagt allerdings, daß die Faschisierung nicht auf den Staat beschränkt ist, sondern sich auch in der Entwicklung der bürgerlichen Parteien, der Gewerkschaften u.a. ausdrückt. Dabei ist zu beachten, daß der Faschisierung 'von oben' eine gewisse Linksentwicklung 'von unten' entgegensteht, vor allem in den Gewerkschaften, aber u.E. auch innerhalb der SPD.

Wir meinen weiterhin nicht, daß die 'Rechtsentwicklung' des Staates zugleich (also sozusagen automatisch) eine 'Rechtsentwicklung' der Massen bedeutet. Wir zitieren hier zum besseren Verständnis nochmals aus dem Artikel zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen (AK 41), auf den sich diese Behauptung der „Roten Fahne“ offenbar bezieht. Es heißt dort konkret auf das

Hamburger Wahlergebnis bezogen: „Es handelt sich also offensichtlich nicht nur um eine äußerliche Verschiebung von Stimmen zugunsten der CDU, sondern daneben auch um eine Rechtsentwicklung unter Teilen des Volkes, die diesen Parolen der CDU ihre Stimme gaben.“ (es waren zuvor die rechtsgerichteten Parolen erwähnt worden, mit denen die CDU in Hamburg den Bürgerschaftswahlkampf geführt hatte).

Damit wird also gesagt, daß die Stimmgewinne der CDU nicht nur als 'Denkzettel' an die SPD von Wählern zu verstehen sind, die statt der CDU eigentlich lieber die „KPD“ gewählt hätten, wenn diese nur schon kandidiert hätte; sondern daß in diesen Stimmgewinnen auch zum Ausdruck kommt, wie in Teilen des Volkes die extrem reaktionären, anti-

kommunistischen, chauvinistischen etc. Parolen der CDU wieder stärker verfangen, und zwar zum großen Teil gerade aufgrund der Regierungspolitik der SPD, die die 1969 und 1972 hochgespannten 'Reform'-Erwartungen diskreditiert hat und die selbst den reaktionären Parolen der CDU/CSU den Weg bereitet mit Berufsverboten, Gewerkschaftsausschlüssen, Verbotsdrohungen gegen kommunistische Organisationen, Jagd auf linke Jusos u.a.

Ob diese unsere Einschätzung richtig ist, darüber wollen wir gern mit den Genossen der „KPD“ streiten. Die Diskussion wird aber fruchtlos bleiben, solange sich die Genossen der „KPD“ nicht auf unsere tatsächlichen Standpunkte beziehen.

DIE GEWERKSCHAFTSFRAGE

Die „KPD“ hat zweimal ihre Hauptparole zur Gewerkschaftsarbeit geändert. Die erste Parole hieß: „Vorwärts im Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition!“ – Diese Parole wurde 1973 (Dortmunder RGO-Kongreß) ersetzt durch „Hinein in die Gewerkschaften – Stärkt die revolutionäre Gewerkschaftsopposition!“ – Diese Parole wurde in diesem Jahr wiederum abgelöst durch zunächst „Hinein in die Gewerkschaft – stärkt die revolutionäre gewerkschaftsoppositionelle Bewegung!“ („RF“ 13/74) bzw. dann durch die heute gebräuchliche Formulierung „Hinein in die Gewerkschaften – stärkt die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung!“ („RF“ 15/74).

Eine Veränderung von Parolen kann zur Ursache haben, daß sich grundlegende Bedingungen verändert haben und eine alte Parole daher nicht mehr als gültig zu betrachten ist. Dies ist aber keineswegs die Ursache für die Veränderungen, die die „KPD“ an ihrer Hauptparole zur Gewerkschaftsarbeit vorgenommen hat.

Vielmehr handelt es sich um Versuche, eine in der Praxis widerlegte sektiererische Vorgehensweise den Realitäten anzupassen. Dies wird durch die Begründungen der „KPD“ selbst für die Parolen-Wechsel bewiesen.

Die erste Veränderung (1973) wurde folgendermaßen begründet: „Gegenüber den Anfeindungen von Gewerkschaftsführern, von Reformisten und Revisionisten gilt es völlige Klarheit in der Organisationsfrage zu schaffen. Darum (!) soll die bislang oft verwandte Losung 'Vorwärts im Aufbau ... (usw.)' ersetzt werden durch 'Hinein ... (usw.)'.“ (aus dem Beschluß des Dortmunder RGO-Kongreß, zitiert nach „RGO“ Nr.

5/73, Zeitschrift der Gewerkschafts-
abteilung des „ZK“ der „KPD“).

Die zweite Veränderung (1974) wurde so begründet: „Um jedes Mißverständnis über die gegenwärtige Etappe und die gegenwärtigen Aufgaben zu beseitigen, um den Lügen der Gewerkschaftsführer den Boden zu entziehen, um die gegenwärtigen Aufgaben in der revolutionären Gewerkschaftsarbeit klarzumachen, sagen wir: Hinein in die Gewerkschaften – Stärkt die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung!“ (zitiert aus dem Artikel „Hinein ...“ in „RF“ 15/74).

Diese Begründungen sind offensichtlich beide mal defensiv: um Mißverständnisse zu vermeiden, um die Anfeindungen und Lügen der Gewerkschaftsführer zu entkräften.

Beidemale bleibt die Begründung an der Oberfläche, indem sie einen Wechsel des Etiketts ohne Veränderung des Inhalts zumindest vorspiegelt. Darin kommt u.E. zum Ausdruck, daß die Führung der „KPD“ mit ihrer Selbstkritik insgesamt doch noch sehr zaghaft ist und wenig Bereitschaft zeigt, gemachte Fehler alleinig aufzudecken und zu korrigieren.

Hierfür ein sehr deutliches Beispiel aus dem zuletzt genannten Artikel in „RF“ 15/74. Es heißt dort: Die Bedeutung der Gewerkschaftsführungen „für das Monopolkapital liegt eben darin, daß es ihnen gelingt, große Teile der Arbeiter an die Interessen der Monopolbourgeoisie – insbesondere über die Bindung an den Staat – zu fesseln ... In der Vergangenheit gab es bei manchen Genossen die Tendenz, diesen noch vorhandenen Manövrierspielraum zu unterschätzen.“

„Bei manchen Genossen“ ist eine sehr dezent Umschreibung der Tat-

sache, daß es sich hier um eine falsche Tendenz der „KPD“ insgesamt, und d.h. eben gerade auch ihrer Führung handelt. Zum Beleg mögen die folgenden beispielhaften Sätze aus der Resolution der 5. Parteikonferenz der KPD dienen: „... Unter diesen Bedingungen der verschärften imperialistischen Konkurrenz ist die Manövrierspielraum der Sozialdemokratie stark eingeschränkt ... Die Gewerkschaftsführung als Teil des sozialdemokratischen Parteiapparates ist selbst an den engen Manövrierspielraum der SPD gebunden ...“ (Zit. nach „RGO“ 5/73, S. 22). Nun, haben wir da nicht genau die „Tendenz, diesen noch vorhandenen Manövrierspielraum zu unterschätzen“?

Insgesamt bleibt die „KPD“ bei der leichten Wendung ihrer Gewerkschaftspolitik oberflächlich und abstrakt, deutet hier eine Fehleinschätzung „bei manchen Genossen“ an, ersetzt dort eine „mißverständliche“ Parole, ohne aber in die Tiefe eine konkrete und umfassende Einschätzung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu entwickeln, ohne ihre Gewerkschaftspolitik gründlich zu reflektieren.

Was ist nun von der neuen Hauptparole der „KPD“ zur Gewerkschaftsarbeit zu halten?

Der erste Teil, „Hinein ...“, soll offenbar ausdrücken, daß man in den Gewerkschaften zu arbeiten hat, daß es (gegenwärtig) nicht darum geht, eine „RGO“ neben den DGB-Gewerkschaften aufzubauen, soll Unorganisierte zum Eintritt aufrufen.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der BRD ist tatsächlich nicht sehr hoch. Andererseits ist er aber in den meisten Großbetrieben, wo die industrielle Arbeiterschaft be-

sonders konzentriert und kampfstark ist, eben doch sehr hoch, durchschnittlich sicher mehr als 75 %.

Wir halten daher den Aufruf „Hinein in die Gewerkschaften“ als Teil der Hauptparole für unsinnig, denn das hieße sozusagen „Eulen nach Athen tragen“. Denn die Hauptparole sollte sich natürlich an die Arbeiterklasse insgesamt und nicht bloß an den Teil der nicht gewerkschaftlich Organisierten richten.

Im zweiten Teil der Parole wird dazu aufgerufen, eine „revolutionäre Gewerkschaftsbewegung“ zu „stärken“. Der Begriff der „Gewerkschaftsopposition“ wurde also aus der Hauptparole herausgenommen. Aber wird dadurch die Sache besser? Gibt es diese „revolutionäre Gewerkschaftsbewegung“ schon, die da „gestärkt“ werden soll? Wie stark ist sie heute schon? Wir meinen allerdings, daß es heute zwar einige Hundert oder Tausend revolutionärer Gewerkschafter gibt, aber noch lange keine revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, und daß es daher irreführend ist, zur Stärkung einer solchen Bewegung aufzurufen. Hier werden Gegenwart und Zukunft, gewerkschaftsoppositionell und revolutionär, von der „KPD“ durcheinandergebracht.

Die Falschheit des Aufrufs zur „Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung“ wird dadurch unterstrichen, daß die „KPD“ als einzigen konkreten organisatorischen Schritt nur die Bildung von „Gruppen oppositioneller Gewerkschafter“ (GOG) angibt. Diese aber sind offensichtlich nicht identisch mit einer „revolutionären Gewerkschaftsbewegung“. Denn, wie die „Rote Fahne“ in dem Artikel „Hinein ...“ (RF 15/74) schreibt, stehen die Mitglieder solcher „GOG“ „nicht auf einer einheitlichen Stufe des Klassenbewußtseins“ und es sei Aufgabe der Kommunisten in diesen Gruppen, „im Kampf die revolutionäre Linie durchzusetzen“ und „die oppositionellen Gewerkschafter für den Kampf um den Sozialismus zu gewinnen“. Was also ist dann die „revolutionäre Gewerkschaftsbewegung“, wenn die „GOG“ es offenbar (noch) nicht sind?

Nehmen wir nun unsere Parole, die die „Rote Fahne“ für „illusionär“ erklärt, nämlich „Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse“. Wir haben 1970 erstmals von der „KPD/ML“ die Behauptung gehört, daß in dieser Parole die „Illusion von der Eroberung des Apparats“ enthalten sei. Ehrlich gesagt finden wir diesen Einwand heute noch genauso wenig geistreich wie damals. Wir sagen schließlich nicht: „Erobern wir den DGB!“, sondern: „Machen wir die Gewerkschaften...“ Dies beinhaltet den innergewerkschaftlichen (innerhalb des DGB) Kampf ebenso wie selbständige organisatorische Schritte im Fall einer Spal-

tung der Gewerkschaft durch die kapitalhörigen DGB-Führer. Es beinhaltet, daß wir so weit wie möglich den Kampf um die Gewerkschaften in den Gewerkschaften (nämlich im DGB) führen wollen, und daß nicht wir es sind, die von sich aus diesen Rahmen verlassen, indem sie eine Spaltung anstreben, sondern daß die kapitalhörigen DGB-Führer die Spalter sind.

Ist die „KPD“ etwa anderer Meinung? Im RF-Artikel „Hinein ...“ heißt es dazu: „... wenn die Masse der Mitglieder die Gewerkschaften wieder als revolutionäre Kampfinstrumente einsetzen will, dann werden die Gewerkschaftsführer die Organisationen spalten. Aber dann werden die Massen auf unserer Seite stehen und es wird wieder revolutionäre Gewerkschaften, einheitliche Klassenorganisationen der Arbeiter geben ...“

Die „KPD“ macht es sich hier zwar etwas sehr leicht, denn so glatt und automatisch wird es nicht zu erreichen sein, daß „die Massen auf unserer Seite stehen“, aber der prinzipielle Gedanke ist doch auch hier, daß es die Gewerkschaftsführer selbst, und nicht die Kommunisten sind, die die Gewerkschaften spalten. Unsere Parole berücksichtigt genau dies. Diese Parole spielt weder mit dem derzeit sektiererischen Begriff einer „revolutionären Gewerkschaftsopposition“ oder einer noch gar nicht existierenden „revolutionären Gewerkschaftsbewegung“, noch enthält sie andererseits Illusionen über eine „Eroberung des Apparats“. Unsere Parolen „Machen wir die Gewerkschaften ...“ faßt die Aufgaben der Arbeiterbewegung in allen Etappen des gewerkschaftlichen Kampfes, von der ersten Organisation gewerkschaftsoppositioneller Ansätze bis zu politischen selbständigen gewerkschaftlichen Organisationsformen der Arbeiterklasse zusammen. Das ist übrigens auch der Grund, warum wir nicht jedes Jahr eine neue Hauptparole aufzustellen brauchen.

Im Artikel der „RF“, „Zur Hamburger Aktionseinheit“ wird behauptet, daß der KB die „Bildung von Gruppen oppositioneller Gewerkschafter“ zum gegenwärtigen Zeitpunkt ablehnt, bzw. sie auf den Punkt einschränkt „wo Mitglieder ausgeschlossen werden, wo die Gewerkschaftsführung die Gewerkschaften spaltet“ (zit. aus AK 40) – woran die „Rote Fahne“ dann die zumindest nicht sonderlich intelligente Frage hängt, „ob der KB diesen Zeitpunkt schon für gekommen sieht“. Nicht sonderlich intelligent deshalb, weil wir diese Frage auch auf der gemeinsamen Veranstaltung mit der „KPD“ vom 1. Mai klar beantwortet haben, nämlich mit einem deutlichen „ja“ für bestimmte Fälle (in Hamburg z.B. bei Reichhold). Im Übrigen ist das auch am Zitat aus dem AK 40 abzulesen,

das in der „RF“ leider verstümmelt wurde – es heißt dort nämlich exakt: „... unmittelbar heute schon dort, wo Mitglieder ... (usw.)“. Exakt ist in dem Artikel in AK 40 auch nicht von der „Bildung von Gruppen oppositioneller Gewerkschafter“ die Rede, wie die „RF“ angibt, sondern von der „Bildung gewerkschaftsoppositioneller Gruppen und Organisationen“. Auch diese Formulierung läßt allerdings, wenn man sie isoliert betrachtet, Mißverständnisse zu. An dieser Stelle ist, wie aus dem Zusammenhang hervorgeht, von selbständigen gewerkschaftsoppositionellen Organisationsformen die Rede (also außerhalb des DGB!). In diesem Zusammenhang ist es auch logisch, solche Gruppen und Organisationen auf Fälle von Spaltung und größeren Ausschlüssen durch die kapitalhörigen DGB-Führer einzuschränken. Inzwischen wurde in Hamburg der selbständige „Verband ehemaliger Gewerkschafter der DGB-Gewerkschaften“ gegründet, der sich als Schutzorganisation für ausgeschlossene Gewerkschafter versteht. (vergl. dazu AK-45)

Natürlich machen wir solche Einschränkungen nicht für Gruppen oppositioneller Gewerkschafter, die sich im Rahmen des DGB bewegen.

Übrigens schreibt die „Rote Fahne“ in dem Artikel „Hinein ...“, daß die Kommunisten dort, wo es noch gewerkschaftliche Betriebsgruppen gibt, in diesen „oppositionell arbeiten“ sollten, aber „in der Regel keine (!) nach außen auftretenden Gruppen oppositioneller Gewerkschafter (GOG) bilden“ sollten. Dort, „wo es ... überhaupt keine gewerkschaftlichen Aktivitäten der Mitglieder im Betrieb gibt, ist es das Ziel, GOG's aufzubauen, um überhaupt wieder den gewerkschaftlichen Kampf aufzunehmen ... Sie müssen die Gewerkschafter des Betriebs dafür gewinnen, den Kampf um die Wiedereinrichtung gewerkschaftlicher Betriebsgruppen aufzunehmen.“

Muß man daraus nicht schlußfolgern, daß die „GOG“ im Sinn einer selbständigen Organisationsform nur dort angestrebt werden, wo es keine gewerkschaftlichen Betriebsgruppen gibt, und daß sie, wenn die Einrichtung gewerkschaftlicher Betriebsgruppen möglich ist und erfolgt, keine nach außen auftretenden „GOG's“ bilden? – Welchen Vorwurf machen die Genossen aber dann dem KB?

Im Artikel „Zur Hamburger Aktionseinheit“ wird behauptet, daß der KB „den Aufbau oppositioneller Gruppen gegenwärtig kaum unterstützt, bzw. (??!) jedes offene Auftreten dieser Gruppen ablehnt.“ Es folgt dann ein Zitat aus AK 40, wonach dies nicht „dem Bewußtsein der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und dem innergewerkschaftlichen Differenzierungsprozeß ent-

sprechen" würde. Allerdings, diese Worte stehen im AK, aber doch in etwas anderem Zusammenhang. Es heißt in dem von der RF¹ halb zitierten Satz nämlich exakt, daß die Parolen „Vorwärts zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ („KPD/ML“) und „Bauen wir eine starke revolutionäre Gewerkschaftsopposition auf“ (eine ehemalige Parole der „KPD“) nicht dem Bewußtsein . . . etc. entsprechen. Also von „RGO“-Parolen war die Rede, und keineswegs von „Aufbau oppositioneller Gruppen“, wie die RF¹ kaum noch gutwillig unterstellt. Und daß die „RGO“-Parolen gegenwärtig wirklich nicht dem Bewußtsein der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und dem innergewerkschaftlichen Differenzierungsprozeß entsprechen, wie es in AK 40 heißt, – das also scheint doch auch von der „KPD“ verstanden worden zu sein, denn warum sonst wurde die alte Parole „Stärkt die revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ aufgegeben?

Der Vorwurf, wir würden den „Aufbau oppositioneller Gruppen kaum unterstützen“, ist angesichts unserer praktischen Politik absurd. Selbstverständlich bemühen sich alle Genossen des KB seit Jahren (d.h. von Anbeginn unserer Arbeit überhaupt) um möglichst enge und intensive Zusammenarbeit mit oppositionellen und linken Arbeitern und Angestellten. Selbstverständlich mündet diese Zusammenarbeit auf gegebenem Niveau in die äußere Form einer organisierten Gruppe. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf den mehrseitigen Artikel in AK 20 (Juli 1972 !!) „Der Kampf der 'Roten Gruppe'“, in dem der Kampf dieser Gruppe über einen längeren Zeitraum bei den „Hamburger Stahlwerken“ exemplarisch für die Arbeit vieler solcher Gruppen dargelegt wird. Diese „Rote Gruppe“ – wie sie allgemein im Betrieb genannt wurde – war – wie wir schrieben – ein „Zusammenhang der KB-Betriebszellen mit aktiven Gewerkschaftern und fortschrittlichen Kollegen“. Die „KPD“-Genossen mögen eine solche Gruppe „GOG“ nennen, was änderts? Natürlich hat die Gruppe auch Flugblätter verteilt (vergl. o.g. Artikel).

In AK Nr. 27 (April 73) schrieben wir in Abgrenzung zu den verschiedenen „RGO“-Konzeptionen, aber auch zu den (opportunistischen) Thesen der damaligen Führer von KBB (Brèmen) und NRF (Heidelberg), die offenbar jede oppositionelle Gruppenbildung innerhalb der Gewerkschaft „entrüftet“ ablehnen:

„Die Gewerkschaftslinken bildet spontan verschiedene Organisationsformen, Formen des jeweils engeren oder loseren Zusammenschlusses he-

raus. Je nach Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Inhalte ihrer Arbeit verändern sich auch die Formen ihrer Organisation. Für die Kommunisten kommt es heute darauf an, sich mit allen diesen „Formen“ möglichst eng zu verbinden, um so aus den vielen kleinen „Rinnsalen“ des Protestes gegen die kapitalhörige Politik der DGB-Führer einen breiteren, kräftigeren „Strom“ des Kampfes um die innergewerkschaftliche Demokratie usw. zu bilden.“

Der Aufbau oppositioneller Gruppen in Betrieb und Gewerkschaft (Initiierung oder Unterstützung solcher Bestrebungen) durch die Kommunisten hat u.E. nicht einmal etwas mit der „Gewerkschaftsfrage“ im engeren Sinn zu tun, weswegen wir auch kaum das z.T. großartige Geschrei um dies „Problem“ verstehen, das von verschiedener Seite angestimmt wird. Solche Gruppen bauen die Kommunisten doch nicht nur in Betrieb und Gewerkschaft auf, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich schon aus der Rekrutierungs-Praxis, der politischen Verankerung etc.

Dort, wo es den Bedingungen entspricht, unterstützen wir auch ein offenes Auftreten solcher Gruppen – z.B. das politisch selbständige Auftreten von Mitgliedern der Hamburger IG Druck-Papier (vergl. erste Ausgabe von „Alternative“ – Zeitschrift der Hamburger DRUPA-Linken) oder z.B. die gewerkschaftsoppositionelle Gruppe bei Reichold, die schon seit langem – nicht nur im eigenen Betrieb – mit öffentlichen Aufrufen, Flugblättern etc. hervorgetreten ist (vergl. auch „Der Rat der Götter . . .“ – Zeitschrift vom „Verband ehemaliger Gewerkschafter der DGB-Gewerkschaften“).

Wir haben allerdings immer schein- „revolutionäre“ Plakatierungen solcher Gruppen und ein abenteuerliches Herumposaunen von „Erfolgen“ abgelehnt, wie es vor allem von der „KPD/ML“ – aber mitunter auch von den Genossen der „KPD“ – zum Schaden der gewerkschaftlichen Arbeit betrieben wird.

Wir haben vor allem das schein- „revolutionäre“ Vorgehen der „KPD/ML“ bei HDW kritisiert, die in ihrer Presse eine gewerkschaftliche Jugendgruppe dieser Hamburger Werft unbedingt als „RGO“-Gruppe hinstellen mußte, um damit überall herumzuprotzen.

Im Kapitel „Man muß Eier legen, ohne zu gackern“ seiner Schrift „Schritt halten“ (1930) schrieb Hermann Remmele:

„Wirklich bolschewistisch ist es, vieles und oft das wichtigste zu tun, ohne ein Wort darüber zu reden . . . Nicht unsere radikale oder nichtradikale Sprache macht die Musik, sondern unsere Politik, unsere Taktik, unsere Taten.“ Das gilt sicher für alle Bereiche unserer Politik, und keineswegs nur für die gewerkschaftliche Arbeit.

Schlußbemerkung

Wir haben hier versucht, im Interesse einer langfristigen Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der „KPD“ auf einige Meinungsverschiedenheiten einzugehen. Wir hoffen, diese Auseinandersetzung möglichst bald an einer Stellungnahme der „KPD“ dazu weiterführen und vertiefen zu können. Denn nur im Verlauf einer längeren, aufeinander eingehenden Auseinandersetzung kann es möglich sein, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten exakt herauszuarbeiten und – wie wir hoffen – zu klären.

Anzeige

GEGEN DIE SCHRITTWEISE FASCHISIERUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT

Wir drucken in diesem Band erstmals aus unserer politischen Zeitung ARBEITERKAMPF eine Reihe von Artikeln nach, die das Ergebnis unserer Untersuchungs- und Propagandaarbeit über einen längeren Zeitraum (März 1972 bis November 1972) und zu einem bestimmten Themen-Komplex sind. Hier zur Frage der ‚schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft‘.

Die vorliegende Zusammenstellung bietet unseres Erachtens eine gute Möglichkeit, auf relativ breiter Ebene die Einschätzungen zur ‚schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft‘, wie sie im ARBEITERKAMPF über den Zeitraum von fast einem Jahr entwickelt worden sind, zu überprüfen und erlaubt eine umfassende politisch-ideologische Auseinandersetzung mit diesen von uns entwickelten Positionen.

160 Seiten

DM 4,50

Bestellungen an
Verlag ARBEITERKAMPF
J. Reents 2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Zur Hamburger Aktionseinheit

Am diesjährigen 1. Mai haben in Hamburg 15 000 Menschen an der DGB-Demonstration (zum größten Teil unter klassenkämpferischen Parolen) und über 4 000 an der von unserer Partei, dem Kommunistischen Bund in Hamburg (KB), der LIGA und anderen fortschrittlichen Organisationen getragenen, anschließenden revolutionären Maidemonstration teilgenommen.

Die gewerkschaftliche Maidemonstration war die größte seit vielen Jahren, die Demonstration von KPD, KB und anderen die größte revolutionäre Maidemonstration seit dem Verbot der KPD in Hamburg. Das ist ein großer beispielhafter Erfolg. An seinem Zustandekommen war unsere Partei maßgebend beteiligt, ohne daß die in diese Aktionseinheit einbezogenen Arbeiter, Werkstäl-

ten, Schüler und Studenten schon mehrheitlich mit den Positionen der KPD in allen wesentlichen Punkten übereinstimmen würden. Aber der Sinn der richtigen Linie in der Frage der Aktionseinheit, wie sie im Programm-Entwurf der Partei dargelegt ist, und in dieser Situation angewendet wurde, liegt gerade darin, an einem wichtigen Kampfabschnitt eine möglichst große Anzahl von Arbeitern unterschiedlicher Überzeugung zusammenzuschließen, wobei die Kommunisten stets diejenigen sind, die am konsequentesten an der Einheit festhalten und zugleich den ideologischen Kampf führen, um möglichst viele Arbeiter von der revolutionären Linie im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu überzeugen.

KPD und KB – eine prinzipienlose Aktionseinheit?

Zwischen unserer Partei und dem Kommunistischen Bund bestehen eine Reihe grundlegender Differenzen, die natürlich mit diesen gemeinsamen Aktionen nicht ausgeräumt sind. In der Vergangenheit sind zu verschiedenen Anlässen von unserer regionalen Parteileitung Aufforderungen zu Aktionseinheiten ergangen, die dieser zumeist überhaupt nicht beantwortete. Auf der anderen Seite hat der KB sowohl während der Verfolgungskampagne gegen unsere Partei im Frühjahr 1973, als auch aus Anlaß des Verbotsantrages gegen den Kommunistischen Studentenverband (KSV) bewiesen, daß er zumindest den Kampf gegen die zunehmende politische Unterdrückung und Entrechtung nicht etwa wie der KBW als Phrase im Munde führt, sondern ihn tatsächlich, auch über politische Differenzen hinweg, zu führen bereit ist. Zugleich haben sich die Genossen des KB in einer Reihe Hamburger Betriebe als kämpferische Gewerkschafter, die die Interessen ihrer Kollegen aktiv vertreten, hervorgetan und sind – nicht zuletzt deshalb – zum Teil von politischen Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüssen betroffen.

Zum 1. Mai führte das Regionalkomitee unserer Partei auf ihren Vorschlag hin mit dem KB eine gemeinsame Großveranstaltung (ca. 2 500 Teilnehmer) gegen politische Entlassungen, gegen Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote durch, auf der einige der grundlegenden Unterschiede deutlich wurden:

1 In der Frage des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses zwischen Bourgeoisie und Proletariat kommt der KB zu Einschätzungen, die an allen Fronten die Bourgeoisie „in der Offensive“ sehen, die Arbeiterklasse jedoch „in der Defensive“, in Passivität und Resignation. Daß es sich dabei nicht nur um eine der historischen Tendenz untergeordnete – und im übrigen nicht richtige – Analyse der augenblicklichen Situation in unserem Land handelt, erkennt man, wenn der KB diese Haltung auf die internationale Lage, in der die Erfolge der kämpfenden Völker unberücksichtigt bleiben, ausweitet: „Gegen den weltweiten Vormarsch von Faschismus und Militarismus!“

Den ohne und gegen die Gewerkschaftsführung geführten selbständigen Streik-kämpfen des letzten Jahres spricht der KB rundweg den Charakter der Selbständigkeit ab: „Von einer politisch und organisatorisch selbständigen Arbeiterbewegung in der BRD (könne) noch keine Rede sein.“ (Mai-aufruf des KB).

Dieser kleinmütigen und jede vorwärtstreibende Perspektive leugnenden Auffassung entspricht die Theorie des KB vom der „schrittweisen (inszwischen beschleunigten) Faschisierung von Staat und Gesellschaft“. Wir gehen davon aus, daß der Faschismus „Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie“ ist, wenn sie „nicht mehr im Stande ist, mit den alten Methoden des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zu herrschen, und in Anbetracht dessen gezwungen ist, in der Innenpolitik zu terroristischen Regierungs-Maßnahmen zu greifen.“ (Stalin)

Diesen Zwang als Folge einer umfassenden ökonomischen und politischen Krise der Bourgeoisie sehen wir gegenwärtig in der BRD nicht. Wir verwenden den Begriff der „Faschisierung“ weiter deshalb nicht, weil er die Vorstellung eines linearen, mechanischen Prozesses einer schleichenden Einführung der offen terroristischen Diktatur über die Arbeiterklasse nahelegt.

Daß beim KB tatsächlich diese Vorstellung hinter der Verwendung dieses Begriffes steht, sieht man daran, daß er seit 1945 einen Prozeß der „Faschisierung“ zu erkennen glaubt, und dies deshalb, weil er die reaktionären und zum Teil offen terroristischen Maßnahmen des imperialistischen Staatsapparates zu einem System einer „langfristigen Einführung des Faschismus“ zusammenzieht.

Pladnitzki geißelte das leichtfertige Gerede der KPD vom Faschismus mit den Worten:

„Wenn man dann aber wirklich beginnt, eine Maßnahme nach der anderen zu treffen, die zur faschistischen Diktatur führt, wird die Arbeiterklasse dann unserer Partei glauben? Man wird sagen: Damals, als es noch keine faschistische Diktatur gab, haben sie geschrien und uns irre geführt; wir wußten nicht, ob noch weitere Verschlechterungen kommen würden, jetzt sind die Verschlechterungen da, aber wir sind wehrlos.“

Wenn die Bourgeoisie tatsächlich im Begriff wäre, planmäßig („beschleunigt“) den Faschismus vorzubereiten, welchem „Anwachsen der Kräfte der Revolution“, die doch der KB nicht zu sehen meint, wollen dann die Imperialisten „zuwachsen“, wie Dimitroff den Zweck des Faschismus charakterisierte? Und warum richtet der

KB dann nicht seine Arbeit ganz im Sinne des antifaschistischen Kampfes aus? Eher ist es wohl so, daß der KB selbst weniger mit einer bevorstehenden Errichtung des Faschismus rechnet, als vielmehr mit dieser Parole sein praktisches Verhalten im Klassenkampf begründet.

Aber der KB geht davon aus, den Angriffen der Bourgeoisie könne im Augenblick nichts Wirksames entgegengesetzt werden, stattfindende Kämpfe seien ausschließlich spontanen Charakters, die Kommunisten könnten nur – als fortschrittliche Gewerkschafter getarnt – in den Betrieben an einer allmählichen Sammlung arbeiten, was ergänzt wird mit einer mehr kommentierenden Agitation und Propaganda ihrer Presse.

2 Der KB lehnt nach wie vor die von unserer Partei ausgegebene Linie der revolutionären Gewerkschaftsbewegung als „sektiererisch“ und „von der Masse der Gewerkschaftsmitglieder isoliert“ ab. Zwar geht auch der KB inzwischen von der Notwendigkeit oppositioneller Arbeit in den Gewerkschaften aus, es bleibt aber unklar, mit welcher organisatorischen Perspektive er dies tun will, lehnt er doch die Bildung von Gruppen oppositioneller Gewerkschafter zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab. Er behält sie allein einer „langfristigen Entwicklung“ vor, bzw. schränkt ihre Entwicklung heute auf den Punkt ein, „wo Mitglieder ausgeschlossen werden, wo die Gewerkschaftsführung die Gewerkschaften spaltet“ (Arbeiterkampf Nr. 40). Nun käme es zwar darauf an, zu erfahren, ob der KB diesen Zeitpunkt schon für gekommen sieht, Tatsache aber ist, daß er offensichtlich den Aufbau oppositioneller Gruppen gegenwärtig kaum unterstützt, bzw. jedes offene Auftreten dieser Gruppen ablehnt, weil er meint, dies würde nicht „dem Bewußtsein der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und dem innergewerkschaftlichen Differenzierungsprozeß entsprechen“ (a. a. O.).

Stattdessen spricht der KB von einer „breiten Gewerkschaftsopposition“, deren organisatorisches Bild aber verschwommen bleibt. Dem entspricht die illusionäre Parole des KB „Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse“, obwohl, dazu völlig im Gegensatz, der KB richtig feststellt, daß es nicht gelingen kann und wird, diese von der Sozialdemokratie beherrschten Apparate zu erobern.

Wie aber wollen wir die Massen gewinnen, wenn wir als Kommunisten – und

sind die Kommunisten revolutionäre Gewerkschafter oder sind sie nur Gewerkschafter? – nicht offen in den ökonomischen und politischen Teilkämpfen, im Betrieb und in der Gewerkschaft, zugleich die Perspektive für die Abschaffung des gesamten Lohnsystems aufzeigen, eine Forderung, die schon Karl Marx grundsätzlich an jede gewerkschaftliche Politik stellte?

3 In der aktuellen Krise der Sozialdemokratie und in ihren jüngsten Wahlniederlagen glaubt der KB eine „Rechtsentwicklung“, „unter den Massen zu erkennen“. Das zeigt, daß er nach wie vor, trotz seiner Selbstkritik bezüglich der Wahlunterstützung der SPD 1972, im Einfluß der Sozialdemokratie unter breiten Teilen der Arbeiterklasse und kleinbürgerlichen Schichten einen Ausdruck des „kleineren Übels“ entdeckt, während die CDU und die Reaktionäre um Strauß „eigentlich“ Vertreter der Monopolbourgeoisie seien. „Schließlich unterliegt der KB dem Fehler, daß er losgelöst von den Klassen in jeder „Rechtsentwicklung“ der Bourgeoisie und ihres Staatsapparates (die in den verschiedenen Maßnahmen der politischen Unterdrückung und der reaktionären Formierung zum Ausdruck kommt) eine „Rechtsentwicklung“ der gesamten Gesellschaft, zugleich eine „Rechtsentwicklung“ der Massen sieht, mit der unlogischen Begründung, daß die Massen noch nicht auf breiter Front zum Kampf gegen die reaktionären Maßnahmen des Staatsapparates angetreten sind.

Demgegenüber sehen wir in der Krise der SPD einen Ausdruck ihrer zunehmenden Unfähigkeit, die Politik im Dienste der Monopolbourgeoisie als „sozialen Fortschritt und Reform“ den Massen zu verkaufen.

In dem Maße, wie wir Kommunisten nicht an der Kampfkraft der Arbeiterklasse zweifeln und auf bessere Zeiten warten, sondern in den tatsächlich stattfindenden Kämpfen die radikale Alternative zu diesem System sichtbar machen, werden wir in der Zerschlagung des Einflusses der Sozialdemokratie zugleich den Kampf Klasse gegen Klasse, die Einheit der Arbeiterklasse – und unter ihrer Führung der breitesten Volksmassen – zum Sozialismus vorantreiben. Die gründliche und solidarische Auseinandersetzung über all diese Fragen wie sie auch die Vorstellung des KB vom Aufbau der Kommunistischen Partei betreffen, ist zum diesjährigen 1. Mai aufgenommen worden und wird von unserer Partei weiterhin angestrebt.

„Selbstkritik“ Marke KBW

In einer Art Rechenschaftsbericht des „ZK des KBW“ wird u. a. auf „Vorbereitung und Durchführung der Demonstrationen vom 8. Dezember“ (1973) eingegangen.

Damals hatte das „ZK des KBW“ angeordnet, daß die örtlichen Gruppen des KBW am 8. Dezember Demonstrationen „gegen die Notstandsmaßnahmen“ (in Zusammenhang mit der „Ölkrise“) durchführen sollten. In der Presse des KBW wurde dazu ein ungeheurer Rummel entfaltet: der KBW mußte „kühn hervortreten“, „das rote Banner des proletarischen Klassenkampfes erheben“, „den Massen voranschreiten“, die „Parolen hochhalten“, „hinter denen sich die Massen zusammenschließen können“, „die Volksmassen unseres Landes in den Kampf führen“, „heute (am 8. Dezember) die Gegenoffensive einleiten“ usw. usf.

Der 8. Dezember wurde dann ein grandioser Reinfall. Dem KBW gelang es vielfach nicht einmal, seine eigenen Mitglieder halbwegs vollzählig auf die Straße zu bringen. In Hamburg waren „die Volksmassen“ so zahlreich erschienen (kaum 100 Leute), daß der KBW die Demonstration lieber gleich am Sammelplatz absagte. Ebenso mußte die Demonstration in Hannover mangels Teilnahme ausfallen. In Westberlin folgten 120 - 200 Menschen dem Aufruf des KBW. In Dortmund lehnte es die örtliche KBW-Führung ab, eine Demonstration zu organisieren. In vielen örtlichen Gruppen des KBW gab es starke Widerstände gegen die Demonstration am 8. Dezember, so daß es in mehreren Fällen nicht einmal möglich war, die eigenen Mitglieder vollständig zu mobilisieren.

Dazu sagt jetzt der Rechenschaftsbericht des „ZK des KBW“: die allgemeine Einschätzung des „ZK“ und die Ansetzung der Demonstrationen am 8. Dezember war goldrichtig – die „Volksmassen“ waren kampfbereit – aber leider hat die „Basis“ und die „mittlere Ebene“ des KBW versagt.

Wörtlich heißt es: „Insgesamt kann man zu den Demonstrationen vom 8. Dezember und dem Kampf gegen die Notstandsmaßnahmen sagen, daß wir hier eine ausgezeichnete (!) Gelegenheit hatten, unsere Verbindung zu den Massen zu verbessern und daß wir diese Gelegenheit teilweise schlecht, teilweise ungenügend genutzt haben.“ Und ferner, „... daß die Demonstrationen am 8. Dezember sehr wohl auf schon vorhandene Bewegungen (??!) in der Arbeiterklasse sich beziehen und stützen (!) konnten, daß dies durch die Organisation nur völlig unzureichend und teilweise gar nicht getan wurde. Viele Genossen waren über die große Aufmerksamkeit, auf die die Demonstrationen gestoßen sind, ziemlich überrascht. Diese Aufmerksamkeit aber schon bei der Vorbereitung der Demonstration in der richtigen (??) Weise auszunutzen, dazu waren nur wenige Ortsgruppen in der Lage. Vielfach wurde unsere eigene Schlafmützigkeit (!!!), die uns unfähig machte, die konkrete Situation wirklich für den Kampf gegen die Bourgeoisie und den bürgerlichen Staat auszunutzen, wieder einmal den Massen zur Last gelegt.“ Und: „In der Vorbereitung und Durchführung der Demonstrationen vom 8. Dezember zeigte sich nicht nur unsere geringe Fähigkeit, rasch auf eine veränderte Situation zu reagieren und nach einem zentralen Plan entsprechend den örtlichen Bedingungen einheitlich vorzugehen, sondern es zeigte sich auch der weit verbreitete Opportunismus (!) und der Zusammenhang zwischen Opportunismus und Schematismus (!) in einem ziemlich tiefstehenden routinemäßigen (?!). Herangehen an die Fragen des Klassenkampfes und der Kämpfe des Volkes ...“

Wir haben hier zugleich ein sehr bequemes Strickmuster für zukünftige „Selbstkritiken“, die bei der schwachsinnigen „Kampagnen“-Politik des KBW ja nicht ausbleiben können: das „ZK“ hat selbstverständlich immer recht. Wenn die „Kampagne“ „trotz-

dem“ in die Hose geht, dann ist die „Basis“ und die „mittlere Ebene“ schuld. Daß die Massen nach links wollen, daß sie hochgradig kampfbereit sind, daß sie den Parolen des KBW größte Sympathie entgegenbringen etc. – das darf natürlich nicht angezweifelt werden. Also muß es daran liegen, daß „die Basis“ zu lahmarschig war, nicht genug mobilisiert hat etc.

Wie sieht es aber in der Praxis aus? Nehmen wir das Hamburger Beispiel. Hier hat der KBW zuerst mangels Beteiligung am 8. Dezember die Demonstration am Sammelplatz abgesagt (kaum 100 Teilnehmer) und am 20. Dezember dann einen zweiten Anlauf zur „Einleitung der Gegenoffensive“ unternommen, wo aber auch nicht viel mehr als 200 Leute dem Aufruf des KBW folgten. Im Verlauf dieser „Kampagne“ hat der KBW in Hamburg mindestens (!) fünf verschiedene Flugblätter verteilt, z. T. großformatig oder vierseitig, insgesamt ein Volumen von 14 Seiten DIN A 4. Dazu kommt dann noch die Hamburger Ortsbeilage der „KVZ“, die auch als Demonstrationsauftrag verteilt wurde (Umfang: vier Seiten DIN A 4) und eine achtseitige Extra-Nummer der „Roten Presse“, Studentenzeitung des KBW in Hamburg (es handelt sich dabei um DIN A 3-Seiten). Dies, wie gesagt, der Mindestumfang der Papierflut des KBW in Hamburg anlässlich dieser „Kampagne“.

An der Quantität der „Kampagne“ kann es also zumindest in Hamburg nicht gelegen haben, daß „die Massen“ dem KBW beim „Kampf gegen die Notstandsmaßnahmen“ nicht in Scharen gefolgt sind. Wenn man nun meint, daß dann eben die Qualität (= politischer Inhalt) dieser Papierflut nicht gerade berauschend war, so würden wir dem zustimmen. Allerdings muß man sagen, daß die Hamburger Filiale des KBW nichts anderes getan hat, als treu und brav die vom „ZK“ ausgegebene „Generallinie“ wiederzukäuen und breitzutreten. Aus Scheiße läßt sich eben keine Torte backen.

Einige Anmerkungen zum Aktionismus des KBW/Hamburg anlässlich des 25. Jahrestages der BRD-Verfassung

— ein Leserbrief —

Grundlage für die Aktivitäten der örtlichen KBW - Gruppen zur ‚Verfassungsfrage‘ scheint der Artikel von Maier in „KVZ“ Nr. 10/74 zu sein – ein Artikel, der selbst wiederum auf

jenem Teil des KBW - Programms fußt, in dem die berüchtigten ‚demokratischen Forderungen‘ erhoben werden.

Was die Hamburger KBW - Spezies

nun zu der 25. Wiederkehr des Grundgesetzes – Jahrestages zum Besten gaben, war noch eine Stufe ‚konkreter‘ als die Maierischen Darlegungen: D.h., es wurden mehrere Einzelereignisse (bzw. Entwicklungen) ‚aus dem Leben gegriffen‘ (Mietkampf in Eimsbüttel...) – und aus diesen (unbestreitbaren!) Mißständen wurde die Notwendigkeit ‚abgeleitet‘, am Geburtstag der Verfassung zu demonstrieren.

Es ist offenkundig, daß die Aktivitäten in dieser Frage wieder einmal

auf ‚Richtlinien‘ des KBW - ZKs zurückgehen (vergleiche hierzu auch Anlage und Durchführung der ‚Anti-Notstandskampagne‘), denn so verrückt kann eine ‚Ortsgruppe‘ alleine gar nicht sein...

Wie auch immer: In einer Auflage von 40 000 (!) Exemplaren verbreitete der KBW in Hamburg ein Flugblatt, dessen Tenor war: 25 Jahre Grundgesetz, kein Grund zum Feiern – sondern zum demonstrieren! – und die ‚Kolleginnen und Kollegen‘ wurden am Mittwoch, den 22.5.74, um 17.00 Uhr zum Großneumarkt gebeten. Von dort aus sollte die Demonstration losgehen.

Nun! Kaum war dieser Aufruf verteilt, brachten die KBWler ein weiteres Blatt heraus, in dem ohne jede Begründung (!) das Demonstrationsvorhaben fallengelassen und stattdessen zu einer Kundgebung (!) am Mönckebrunnen mobilisiert wurde.

Die Kundgebung wurde mit Absicht eine halbe Stunde später als die ursprünglich geplante Demonstration angesetzt. Vermutlich gingen die KBW-Führer davon aus, daß doch der eine oder andere Demonstrationswillige sich am Großneumarkt einfinden würde ... Wir wissen nun, daß diese Sorge gänzlich unbegründet war. Es kam nicht ein Einziger!

Am Großneumarkt hatten lediglich ein Dutzend KBW-Genossen mit einem Transparent Aufstellung genommen. Dieses Häuflein Elend marschierte dann doch allen Ernstes auf der vorgesehenen Demonstrationsroute zum Mönckebrunnen.

Eskortiert von einem Schwarm Bullen (vor und hinter den beiden Reihen der Demonstranten!) zuckelten diese Genossen durch die (zu dieser Zeit) sehr stark befahrenen Straßen der Innenstadt. Über ein mitgeführtes Megaphon wurden die ‚Bürger

Hamburgs‘ auf die bald stattfindende Kundgebung am Mönckebrunnen aufmerksam gemacht – und zur Teilnahme aufgefordert.

Die Reaktion der Passanten auf diese ‚Demonstration‘ war Gelächter!

... Von dieser (in Hamburg) bisher einzigartigen Aktion habe ich mehrere Aufnahmen gemacht, die man evtl. verwenden sollte, falls der KBW in seiner Presse die Dinge wieder mal wahrheitswidrig darstellen sollte!

Am Mönckebrunnen: Dort hatten sich nach meiner Schätzung rund 100 der treuesten KBW-Anhänger versammelt (man beachte diese niedrige Zahl im Vergleich zu den Angaben der KBW-Führer, allein in Hamburg arbeiteten rund 250 Genossen auf der Linie des KBW, siehe Rechenschaftsbericht der KBW-Ortsleitung). (Auch von der Kundgebung habe ich Aufnahmen.)

Was auf dieser Kundgebung abgezogen wurde, war zum Piepen und Heulen zugleich:

Als erster Sprecher trat ein Vertreter der Ortsleitung ans Pult und berichtete über die Wohnungssituation in den verschiedenen Hamburger Stadtteilen – und über die Kämpfe der Bevölkerung gegen die sich verschlechternden Bedingungen ... Irgendwo kriegte der Sprecher dann auch die Kurve zum Grundgesetz.

Sodann kam Maritha Hindemith, die von der Schulmisere zu erzählen wußte. Von ihrem Berufsverbot und dem Kampf dagegen. Ihr Beitrag endete damit, daß sie die ‚Wahl der Lehrer durch das Volk‘ forderte.

Einen bemerkenswerten Auftritt hatte dann ein Studienrat, der sich mit seinem Namen vorstellte und seinen ‚Arbeitsplatz‘ nannte. Nach dieser Vorstellung äußerte der Vogel sinngemäß, daß er nach dieser Kund-

gebung wahrscheinlich nicht mehr weiter lehren dürfe, „aber das macht dann ja auch nichts mehr“. – Rauschender Beifall der KBWler!

Was dieser Mann dann vortrug, war der reinste Schwachsinn. Er faselte davon, daß ein ‚guter Lehrer‘ die Wahl nicht zu fürchten brauchte, sondern daß eben nur ‚die Schlechten‘ abgewählt würden etc. p.p. Die gesamte Oberlehrertirade („Fassen wir zusammen ...“, so mehrfach!) war mit lateinischen Sprichwörtern gespickt, die selbst ich nicht verstanden habe. Den Schluß seiner Rede hat dieser Lehrer gesagt – das ist kein Witz, sondern wurde von diesem Mann offenbar für besonders wirkungsvoll gehalten (die Melodie schien mit von irgendeinem Kirchenlied zu stammen; kann mich aber nicht darauf festlegen).

... frenetischer Beifall von den versammelten KBWlern.

In diesem Stil ging das noch einige Zeit weiter: Zunächst predigte ein Pastor aus Ellerau – etwa in dieser Art: „Lange Zeit habe ich es nicht glauben wollen, daß es Klassen gibt. Aber es gibt Klassen: Die Arbeiterklasse und die Kapitalistenklasse ...“ Auch dem Mann Gottes war Beifall gewiß, als er erklärte: „Zum 1. Mai haben wir aus den Fenstern unseres Pfarrhauses ein Transparent herausgehängt – mit der Parole: Vorwärts für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes – Vorwärts ...!“

Auf den Pastor folgte ein Arzt, der sich öffentlich bezichtigte, pro Woche im Schnitt zwei Abtreibungen zu machen ...

Während dieser Rede bin ich gegangen.

Ein Jammer, daß wir die ganze Schau nicht auf Tonband gespielt haben. Wir sollten das in Zukunft bei ähnlichen KBW-Veranstaltungen tun. H. Hamburg, den 22. Mai '74

... und jetzt ist der KBW völlig übergeschnappt

Nachdem die KBW-Führer in Hamburg zum vierten oder fünften mal mit Kleinst-Demonstrationen von kaum noch 200 Anhängern die „breiteste Aktionseinheit der Massen“ hergestellt haben, ist ihnen jetzt eine erfolgsversprechendere Methode eingefallen.

Die Ermordung eines türkischen Arbeiters durch faschistische Schläger des türkischen Konsulats in Hamburg benutzten die KBW-Führer für eine Unterschriftensammlung, mit der gegen diesen Mord protestiert werden sollte.

Über 2.000 Unterschriften hatte der KBW nach seinen Angaben alsbald zusammen. Das war doch einmal etwas anderes als die blamablen Demonstrationen des KBW ...!

Dieser „große Erfolg“ brachte offenbar die Hamburger KBW-Führer um den letzten Funken von politischem Verstand. In ihren Flugblättern (täglich mindestens eins!) überschlugen sie sich vor Freude: hier hätten also „über 2.000 Menschen“ sich zusammengeschlossen, „Menschen aus den unterschiedlichsten Berufen: Arbeiter, Hausfrauen, Professoren, Ärzte, Handwerker, Studenten, Pastoren usw.“, „Menschen, die die unterschiedlichsten politischen Meinungen und Weltanschauungen vertreten: Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, CDU-Mitglieder, Christen, DKP-Mitglieder usw.“

Das sei, so verkündeten die KBW-Führer weiter, „ein Zusammenschluß, der sich sehen lassen kann.“ „Das ist ganz was anderes, als wenn sich nur

Organisationen und ihre Führungen einigen und dann kommt ein Flugblatt heraus, wo eine Organisation nach der anderen druntersteht.“ Und schließlich: „So (mit der Unterschriftensammlung!!! – Anm. UW) können wir den nötigen öffentlichen Druck ausüben und dafür sorgen, daß die ‚hohen Herren‘ sich zu Stellungnahmen herablassen. Schließlich sind wir doch nicht macht- und hilflos, wenn solche Dinge passieren wie jetzt hier in Hamburg.“

Es sei „gut und vernünftig“, „wenn jetzt direkt (!) von Hamburger Bürgern (!) durch ihre Unterschrift von Innensenator Klose und anderen Herren Aufklärung verlangt wird.“ Bisher hätten doch „immer nur (!!) Organisationen zu dieser Sache Stellung genommen und sind aufgetreten. Da weiß man jedoch häufig nicht, wer dahinter steckt.“

Aus den 2.000 Unterschriften wurde vom KBW unversehens „ein großer

Teil der Hamburger Bevölkerung" gemacht, und es hieß sogar, „die Hamburger Bevölkerung“ habe mit den 2.000 Unterschriften dokumentiert, daß sie das Vertrauen in den Staat verloren habe, daß sie „Aufklärung“ verlange etc. Die 2.000 Unterschriften wurden schließlich gar zur „Volksbewegung“ aufgeblasen und auf einer Demonstration verkündete ein KBW-Sprecher, daß „die Hamburger Bevölkerung so etwas nicht duldet“.

Dabei duldet „die Hamburger Bevölkerung“ in ihrer Gesamtheit sowohl den Mord wie auch seine Vertuschung. In Italien z. B. hätte die Ermordung eines Kollegen durch die Faschisten sofort Massenaktionen auf den Plan gerufen, es hätte Streiks, Kampfdemonstrationen etc. gegeben. In Hamburg haben aber offensichtlich nur sehr wenige Menschen den Zu-

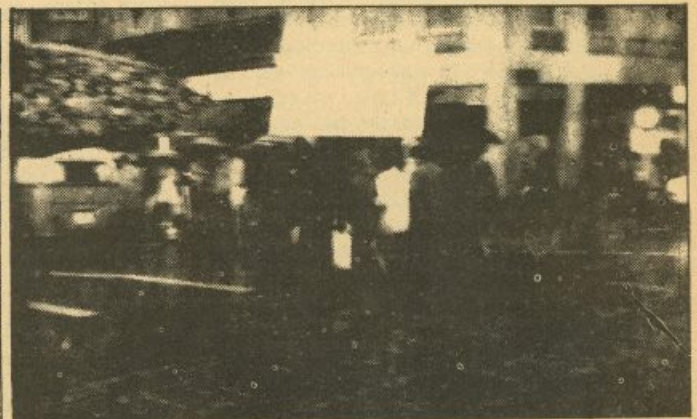
stand weitgehender Gleichgültigkeit gegenüber diesem Mord überwunden; gar nicht zu reden von den in der „Hamburger Bevölkerung“ auch vorhandenen Menschen, die im Banne des Nationalismus und Rassismus stehen, und für die der Tod eines türkischen Kollegen nicht einmal ein Achselzucken wert ist. Um all dies nicht zu sehen, muß man doch wohl völlig vernagelt sein. Was sind das aber für „Kommunisten“, die nicht darauf orientieren, den bestehenden Zustand weitgehender Passivität gegenüber einem solchen faschistischen Verbrechen zu überwinden, sondern die in großsprecherischer Manier behaupten, „daß die Hamburger Bevölkerung so etwas nicht duldet“?!

Dahinter steht eine klar rechtsopportunistische Politik. Nur so ist es erklärlich, daß der KBW die Illusion

verbreitet, man könne mit einer Unterschriftensammlung „Druck ausüben“ und die „Bevölkerung“ sei „nicht mehr machtlos“, weil sie ja Unterschriftensammlungen unterstützen kann. Eine solche Politik findet man außerhalb des KBW am ausgeprägtesten bei den linken Sozialdemokraten, Jusos etc. Wenn der KBW diese Unterschriftensammlung schließlich zur „Volksbewegung“ aufpumpt und sie demagogisch den realen Kampfaktionen (Demonstrationen, Kundgebungen) gegenüberstellt, weil diese „nur“ (!!) von Kommunisten (und nicht auch von „Christen“, „CDU-Mitgliedern“ etc.) organisiert werden, dann ist zu fragen, warum der KBW nicht die logische Konsequenz zieht, sich aufzulösen und sich völlig dem Sammeln von Unterschriften der „Hamburger Bürger“ widmet.

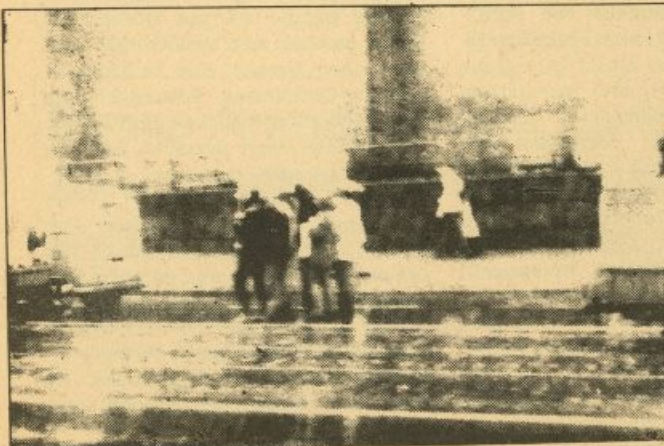


Am Sammelplatz



Entschlossener Abmarsch

Der KBW (Hamburg) demonstriert seine „breiteste Aktionseinheit der Massen“ anlässlich des 25. Jahrestages des westdeutschen Grundgesetzes: Vornweg ein parolengeschmückter VW-Bus („Vorwärts . . . , Vorwärts . . .“) hinterdrein ein Dutzend Aufrechter.



In der Innenstadt



Bei der Massenagitation

Zur Propaganda der Faschisten

Mit dem folgenden Diskussionsbeitrag soll die Methode und das Wesen der faschistischen Propaganda durchleuchtet und auf die Notwendigkeit eines verstärkten agitatorischen und propagandistischen Kampfes gegen die Faschisten hingewiesen werden. Sicher ist die Behandlung dieser Frage in dem vorliegenden Beitrag noch recht ungenügend und geht vor allem noch zu wenig auf die Propaganda der heutigen Faschisten in unserem Land ein. Dennoch kann er wohl einige Verwendung für die Diskussion innerhalb und außerhalb unserer Organisation finden – und auch weitere Genossen dazu anreizen, sich zu dieser Frage mit einem Beitrag in unserer Presse zu Wort zu melden.

I.

Nachdem faschistische Gruppen in der Krise 1966/67 verstärkt an die Öffentlichkeit getreten waren, und die NPD in dieser Zeit auch einen Stimmenaufschwung bei den verschiedenen parlamentarischen Wahlen verzeichnen konnte, war deren öffentlich sichtbare Aktivität anschließend wieder zurückgegangen. Entsprechend war es für die bürgerliche Presse relativ leicht, das faschistische Gespenst als „gebannt“ zu bezeichnen, und umso mehr die „Gefahr des Linksradikalismus“ in grellen Farben zu zeichnen. Auch das ist eine der Bedingungen, die in Teilen der linken Bewegung die Auffassung bewirkte, dem Treiben faschistischer Gruppen weniger Aufmerksamkeit zu widmen. Indessen haben die verschiedenen faschistischen Gruppen in dieser Zeit interne Auseinandersetzungen über die weitere taktische Ausrichtung ihrer Aktivitäten geführt – und mittlerweile läßt sich ein erneutes Anwachsen ihrer Aktivitäten beobachten, wobei besonders der „sozialistisch“ getarnten „Basisarbeit“ faschistischer Gruppen zunehmend größere Bedeutung zukommt. Springers „Welt“ hat sich beispielsweise am 19. Februar eine ganze Seite lang über den wachsenden Einfluß rechter Gruppen unter den Schülern gefreut: „Die Jugend nimmt Abschied vom Sozialismus“ – „Gemäßigte und rechte Schülergruppen erobern die Basis“ – „Die Nationalrevolutionäre machen mobil“. Die „Welt“ bezieht sich dabei u.a. auf Untersuchungen der „Forschungsstelle für Jugendfragen“, die bereits 1969 vorgenommen wurden – und setzt sich demagogisch in die Pose desjenigen, der sich darüber „wundert“, daß „die Öffentlichkeit“ bis heute an eine linke Mehrheit auch unter den

Schülern glaubt, wo dies doch gar nicht stimmt! Wie die Öffentlichkeit zu dieser Meinung kommt? Nun, laut „Welt“ sind die mehrfach vorgenommenen Untersuchungen einfach „untergegangen“, 1969 „im Rausch und Rauch der APO-Aktionen“, 1971 „im Inferno des eskalierenden Vietnam-Kriegs, der in unzähligen Demonstrationen linker Organisationen im deutschen Alltag allgegenwärtig war“. Arme Springer-Presse, die sich auch von diesem Trugbild hat so lange täuschen lassen – und auch heute noch „meint“, daß die „Linksradikalen“ sich bereits „überall eingenistet“ und schon „den ganzen Staat unterwandert“ haben. Aber natürlich ist das Treiben der rechten Organisationen ja auch alles andere als eine Gefahr (für die Bourgeoisie!); selbst die „Nationalrevolutionäre“ (Faschisten in „linker“ Maske) bekommen für ihre angeblich gleichzeitig „antikapitalistische und antimarxistische“ Haltung (von der tatsächlich nur die letztere zutrifft und die erste reine Demagogie ist) eine äußerst wohlwollende und „objektive“ Berichterstattung bei der „Welt“. Hier urteilt aber ja auch niemand anders als der Komplize über den Komplizen. Der Begriff „nationalrevolutionär“ als Deckmantel für eine faschistische Politik ist im übrigen keine neue Wortschöpfung, sondern wurde schon vom Nazi-Propagandachef Goebbels benutzt – und ohnehin haben die Begriffe „nationalrevolutionär“ und „nationalsozialistisch“ die gleiche betrügerische Kragenweite.

Sicher verfügen die offenen faschistischen Gruppen heute noch nicht über eine tatsächliche Massenbasis in der Bevölkerung (und noch weniger repräsentie-

ren sie bereits eine vorhandene Massenbewegung). Beispielsweise ist bei der kürzlich gelaufenen Bürgerschaftswahl in Hamburg der Stimmenanteil der NPD gegenüber der vorangegangenen Wahl 1970 von 2,7% auf 0,8% zurückgegangen (in absoluten Zahlen: von 27.312 auf 8.001 Stimmen). Ebenso verhielt es sich bei den nachfolgenden Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz. Allerdings darf dies aus mehreren Gründen nicht täuschen:

Erstens ist ein gleichzeitiges Anwachsen der Aktivitäten und des Einflusses faschistischer Gruppen (besonders unter Schülern und Lehrlingen, die heute also ohnehin noch nicht an den parlamentarischen Wahlen teilnehmen können) unbestreitbar; und bekanntlich wird die Ernte auch im politischen Leben immer erst nach der Aussaat eingefahren.

Zweitens ist das Spektrum der faschistischen Gruppen und die Unterschiedlichkeit ihres taktischen Vorgehens sehr groß (einige verlegen sich ganz auf die Vorbereitung und Durchführung terroristischer Aktionen, andere nahezu ganz auf eine politisch-ideologische „Basisarbeit“ – gegenwärtig!). Dabei ist aber besonders zu zu beachten, daß die Übergänge von konservativen zu faschistischen Gruppen und Organisationen teilweise schon fließend sind und dies in Zukunft sicher noch mehr der Fall sein wird.

Drittens ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung, daß gerade die CDU/CSU einen nicht unbedeutlichen Teil von Kräften „integriert“, die heute schon als faschistisch zu bezeichnen sind. Das korrespondiert mit einer immer unverhüllter betriebenen Rechtsentwicklung auch in der Propaganda der CDU/CSU, die teilweise auch schon Elemente eines offenen faschistischen (oder zumindest: „faschistoiden“) Gedankenguts mit „verarbeitet“, was sich gerade auch im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf gezeigt hat – und wo bei einer illusionsfreien politischen Beurteilung der Stimmenrückgang der NPD um knapp 2% durch den Stimmengewinn der CDU um knapp 8% in der Tat mehr als „ausgeglichen“ wird.

Auch die verstärkte „Basisarbeit“ der CDU/CSU und ihrer Hilfstruppen (CDA, „Junge Union“ und RCDS) – nicht nur die „Basisarbeit“ der offen faschistischen Gruppen selbst – ist in der Richtung zu sehen, daß hier über eine längere Dauer allerdings eine heute noch nicht vorhandene faschistische Massenbasis (und: Massenbewegung) herangezuchtet wird. Im Sommer 1972 begannen CDU/CSU und „Junge Union“ mit dem Aufbau einer „Schüler-Union“ (SU), die heute bereits laut dem schon zitierten Artikel in der „Welt“ einen Mitgliederbestand von 18.000 bis 20.000 organisierten Schülern haben soll. Die „Welt“ schreibt dazu im Fettdruck:

„Die Schüler-Union arbeitet mit Schwerpunkten in Hessen, Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Berlin. Ihr Einfluß in den Schüler selbstverwaltungen steigt so stark an, daß nicht nur SDAJ und Jusos überrascht sind, sondern auch die Funktionäre der Jungen Union in Bonn.“

Der Hinweis darauf, daß „auch die Funktionäre der Jungen Union in Bonn“ über den wachsenden Einfluß ihrer Schüler-Union „überrascht“ seien, ist selbst wiederum ein demagogischer Trick: womit suggeriert werden soll, als handle es sich hier um eine Art „natürlichen Drang“ der

Jugend, der nicht etwa durch die ideologische Steuerung der kapitalistischen Verhältnisse und der bürgerlichen Politik zustandekommt. Über den in der „Schüler-Union“ wirkenden politischen Geist sagt der Bundesgeschäftsführer der „Jungen Union“, Peter Helms, im übrigen selbst, daß es „in der SU starke Kerne (gibt), die ausgesprochen nationalistic sind“.

Die christdemokratischen (Jugend-) Politiker versuchen zeitweise den Eindruck zu erwecken, daß sie mit ihrer verstärkten „Basisarbeit“ nicht nur den „Linksradikalen“ (die bis hin zu den Jusos zählen) entgegenwirken wollen, sondern auch den faschistischen Gruppen. Nach dieser scheinbar „logischen“ Programmatik würde es sich darum handeln, daß die „gemäßigte Rechte“ oder gar „politische Mitte“ (wie sich diese Leute zu nennen pflegen) den faschistischen Gruppen „Konkurrenz“ machen würden und dadurch einen möglichen Zustrom von Jugendlichen (die „über die Linken enttäuscht“ sind) zu den Faschisten „abwenden“. Indes verhält es sich genau umgekehrt, daß die offen rechtsgerichtete „Schüler-Union“ (die nebenbei bemerkt – lt. „Spiegel“ 12/74 – Finanzspritzen aus einem sogenannten „Systemverteidigungsetat“ der Kapitalisten erhält, unter Federführung des CDU-Wirtschaftsrates) den Weg zur Ver-

größerung des Einflusses offen faschistischer Organisationen öffnet – vor allem dadurch, daß sie die Jugendlichen (was ihr Hauptbestreben ist) zur aktiven Verteidigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und zum aktiven Kampf gegen alles „Linke“ erzieht. Eine rechtsgerichtete „nicht-faschistische“ Politik ist noch nie in der Geschichte ein „Konkurrent“ zum Faschismus gewesen, sondern immer dessen Zuträger und Nährboden.

Im ARBEITERKAMPF ist bereits verschiedentlich dargestellt worden, wie die Faschisten selbst auf Dummfang gehen. Besonders aus Italien haben wir die aktuelle Erfahrung, daß die Faschisten sich ihren Anhang teilweise durch scheinrevolutionäre, „sozialistisch“ klingende Sprüche suchen, die aber gleichzeitig ihre Stoßrichtung gegen den so verhetzten „totalitären Kommunismus“, gegen die „bolschewistische Gefahr“ usw. nicht verbergen. Im ARBEITERKAMPF Nr. 39 und Nr. 40 wurden dazu auch Beispiele faschistischer Gruppen in Westdeutschland analysiert, die sich zunehmend der gleichen „linken“ Masche bedienen. Um das Wesen und die Wirkungsweise faschistischer Propaganda besser zu verstehen, wollen wir im folgenden Abschnitt auf die Erfahrungen mit der Propaganda der Nazis zurückgreifen.

II.

In einem Aufsatz, der 1932 in der Zeitschrift „Der Rote Aufbau“ erschien, untersuchte K.A. Wittfogel, „warum Hitler seine Konkurrenz schlug“. Die NSDAP war in der Weimarer Republik beileibe nicht die einzige rechtsextreme Organisation; es gab daneben beispielsweise den „Stahlhelm“, die „Deutschnationalen“, die „Deutschvölkische Freipartei“, die „Organisation Consul“ und einige mehr. Zweifellos konnten alle diese Organisationen weitgehend unbehelligt von den Behörden ihre Tätigkeit entfalten, wurden von diesen weitgehend sogar gedeckt und gestützt und erhielten Finanzmittel aus kapitalistischen Kreisen. Aber „ausgewählt“ von der Bourgeoisie und groß gemacht wurde letztlich die NSDAP; erstmals in der Hochinflation Anfang der zwanziger Jahre und dann seit 1929, als die Krise nicht nur in Deutschland, sondern darüberhinaus im Welttrahmen ihre größten Ausmaße annahm. Über den Grund, weshalb die Bourgeoisie sich für die NSDAP entschied, schreibt Wittfogel:

„Ähnlich wie die Organisation Mussolinis vereinigte auch die NSDAP zwei Eigenschaften, die ihr gegenüber allen nationalistischen Konkurrenzgruppen den Vorrang sicherten. Ge-

nau wie der italienische Faschismus war auch die NSDAP keineswegs ausschließlich militärisch. Eine rein terroristische Schlägertruppe hätte den Erfordernissen der Bourgeoisie nicht zu entsprechen vermocht. Es hat neben der NSDAP Verbände gegeben, die ausschließlich militärisch-terroristisch orientiert waren und die, da ihre wenigen politischen Erklärungen einen offen reaktionären Charakter trugen, nur für rein militärische Aktionen, nicht aber für die Schaffung einer politischen Massenbewegung konterrevolutionären Stils tauglich waren.“

Solche rein militärisch-terroristischen Organisationen waren damals beispielsweise der „Stahlhelm“, die „Organisation Consul“ und die Organisation „Rösbach“. Andererseits war dieser Charakter bei der „Deutschnationalen Volkspartei“ und der „Deutschvölkischen Freipartei“ in umgekehrter Einseitigkeit unterbetont – und wenn sie auch, wie die „Deutschnationalen“, teilweise beträchtliche Wahlerfolge in Krisenzeiten hatten, so kamen sie aber „im Grunde über eine defensive, das Bürgertum im Rahmen der Weimarer Verfassung reaktionär zusammenfassende Tätigkeit nicht hinaus“. Die Nazi-Partei hingegen verstand es, beide Seiten zu verkörpern:

„Weder die Faust allein, noch eine irgendwie abstrakte rednerische Tüchtigkeit vermochte die nationalsozialistische Bewegung aus sich selbst heraus groß werden zu lassen. Die Nazi-Agitation, die in der Tat „mit Abstand“ die skrupellosesten Demagogen auf die Plattform schickte, erwies sich in ihrer geschickten Mischung mit dem brutalsten Terror als eine Ware, deren Ankauf und Verwendung Bourgeoisie und Junkertum Deutschlands sich gern eine tüchtige Stange Geld kosten ließen.“

(Wittfogel; der Aufsatz ist in dem vom Verlag ARBEITERKAMPF herausgegebenen Buch „Kampf dem Faschismus“ nachgedruckt, S. 217–221).

Die Nazi-Propaganda unterschied sich aber auch sehr von der anderer bürgerlicher Parteien. In einem anderen Aufsatz, „Die Propaganda des Nationalsozialismus“, der ebenfalls 1932 im „Roten Aufbau“ erschienen ist (und wie der obige auch im Nachdruck des AK-Verlags enthalten ist, S. 200–203), schreibt Hans Jaeger dazu:

„Worin liegt nun das Geheimnis des Erfolges (der Nazi-Propaganda)? Gewiß fließen hier eine Reihe von Momenten zusammen, die Demagogie,

allen das zu versprechen, was sie gern hören, die primitiven Argumente, die so leicht eingehen und scheinbar so plausibel sind (der Jude ist schuld, Versailles ist schuld, der Young-Plan ist schuld, der – Marxismus ist schuld), das geschickte Eingehen auf die Tagesfragen, die verschiedene Behandlung der einzelnen Schichten, je nach Bedarf (bürgerlich oder proletarisch, gelect oder ‚hemdsärmelig‘, mehr national oder mehr ‚sozialistisch‘, protestantisch oder katholisch und überhaupt fromm oder in dieser Beziehung indifferent usw.), das Anknüpfen an die Traditionen, was also nicht zum Umdenken zwingt (national, religiös usw.), die militärische Aufmachung, durch die man auch auf die Jugend Eindruck zu machen sucht, alles dies mündet aber in einem: in der ebenso demagogischen wie skrupellosen wie ausgedehnten Propaganda.“

Wir wollen auf diese kennzeichnenden Momente der Nazi-Propaganda, auf ihren ebenso demagogischen und skrupellosen Charakter etwas näher eingehen. Da ist zunächst *„die Demagogie, allen das zu versprechen, was sie gerne hören“, „die verschiedene Behandlung der einzelnen Schichten, je nach Bedarf“* usw.

Die NSDAP hat ihr eigentliches Ziel, die terroristische Niederschlagung der Arbeiterbewegung zur Sicherung der kapitalistischen Herrschaft, immer in ihrer Propaganda verschwiegen. Daß sie Krieg und Terror wollen, Konzentrationslager, Mord und Folter, Aufhebung sämtlicher politischer und gewerkschaftlicher Rechte, die der Arbeiterklasse und anderen Schichten des Volkes innerhalb der „demokratischen“ Diktatur der Bourgeoisie verbrieft sind – das haben die Faschisten in keinem Land und zu keiner Zeit offen zugegeben, sondern nur immer praktiziert, sobald sie an die Macht gelangt waren; ob in Italien 1922, in Deutschland 1933, in Spanien 1939, in Griechenland 1967, in der Türkei 1971, in Chile 1973 usw.

Die „Programme“ und „programmatischen Forderungen“, die von den Faschisten aufgestellt werden, haben daher einen besonderen Charakter, der bei keiner anderen bürgerlichen Partei derart ausgeprägt ist, (wenngleich auch dort zumeist die Demagogie vorherrscht): sie haben einen rein demagogisch-agitatorischen Wert; nicht zur Klarstellung, sondern zur Vertuschung ihrer tatsächlichen Absichten; nicht in Übereinstimmung, sondern in schärfstem Gegensatz zu ihrer tatsächlichen praktischen Politik, zu ihrer Taktik und Strategie (eine umfassende Analyse, die diesbezüglich der „25 Programmpunkte“ der Nazis nachweist, ist ebenfalls im Nachdruck *„Kampf dem Faschismus“* enthalten; S. 141 - 184).

Der Widerspruch besteht aber nicht nur zwischen dem „Programm“ der Faschisten einerseits und ihrer tatsächlichen Politik andererseits, sondern er lebt sich auch innerhalb ihres „Programms“ selbst fort, in einer phrasenhaften Allgemeinheit und Verschwommenheit, die eben *„allen das versprechen, was sie gerne hören“* und *„je nach Bedarf“* die einzelnen Klassen und Schichten der Gesellschaft auf den Leim locken sollen. Im eigentlichen, politischen Sinne kann man bei dem von den Faschisten vorgetragenen „Programm“ nur von seinem Gegensatz, der Programmlosigkeit sprechen – und ihr tatsächliches Programm ist das, was sie verschweigen und vertuschen, das, was sie tun, sobald sie von der Bourgeoisie an die Macht hochgepäpelt und hochgekauft werden, und was sie schon vorher an terroristischen Aktionen verübten, sobald sie die genügende Stärke dafür erlangt haben (wie dies heute besonders anschaulich in Italien der Fall ist).

Daß es sich hier insgesamt um ein von vornherein berechnetes, abgefeimtes Manöver der Faschisten handelt, wenn sie derartige „Programme“ aufstellen (und keineswegs darum, daß die Nazis tatsächlich allen recht machen wollten, und dann „das Schicksal sich dagegen verstrickte“, für „richtige und ehrbare Ziele“ nur „falsche Mittel“ der Durchsetzung gewählt wurden, der Terror nur „auswucherte“, alles nur auf den „teuflichen Dämon“ Hitler abzustellen sei usw. – wie es heute wieder mit größerer Inbrunst von kleinbürgerlichen und bürgerlichen „Nostalgikern“ behauptet wird), das beweist das Verständnis der Faschisten von ihrer Propaganda selbst. So schrieb der Nazi-Publizist Hans Michael Müller: *„Der Nationalsozialismus ist heraufgekommen durch die Befähigung des Unberechenbaren, durch Verzicht auf Programmklarheit, durch den Willen zum Ungewissen, kraft der in ihm lebenden Gewißheit.“*

(Hervorhebungen von uns; dieses und auch die folgenden Nazi-Zitate sind, wenn nicht anders angegeben, dem 1937 von Willi Münzenberg verfaßten Buch *„Propaganda als Waffe“* entnommen; diese ausführliche Analyse der Nazi-Propaganda ist inzwischen als Raubdruck neu veröffentlicht worden, erhältlich im ARBEITERBUCH).

Die Nazi-Propaganda hat ihren Einfluß vor allem in den rückständigsten Teilen der Bevölkerung gesucht, sie versuchte ihren nicht von politischer Klarheit durchdrungenen Gefühlen zu schmeicheln, sie auf dem Niveau eben ihrer Rückständigkeit zu halten, ihren Aberglauben zu stärken und ihnen eine mystische Einbil-

dung in die „Gesundheit“ und die „Kraft“ der Gefühle des „kleinen Mannes“ zu geben. Der Begriff des „kleinen Mannes“, der auch heute im Vokabular aller bürgerlichen Parteien eine demagogische Standardformel ist, wurden von den Nazis unaufhörlich strapaziert und gezielt gegen jegliche politische Aufklärung, die an den Verstand anstelle der bloßen „dunklen Gefühle“ appelliert, eingesetzt. Goebbels: *„Wir wollen Massen gewinnen, wir wollen dem kleinen Mann ins Herz hineinsprechen.“*

Ein ähnlicher Begriff der Nazis, der ihre ganze Verachtung für die politische Bewußtwerdung der Arbeiter und anderer Teile des Volkes ausdrückte, ist der der *„unverbildeten Menschen“* und insbesondere der *„unverbildeten Nichtwähler“*, an die sie sich wenden und die sie mobilisieren wollten.

Diese wurden als „die neue Kraft“ angesprochen, mit deren Hilfe „das Schicksal der Nation“ zum besseren gewendet werden sollte. Auch heute wird von einigen Gruppen eine ähnliche Masche benutzt; etwa in der Parole des RSB-Stade, dessen Inspiratoren in der NPD-Jugendorganisation zu Hause sind: *„Jetzt müssen die Neuen nach vorn!“* – „die Neuen“, das ist der Begriff für die, die sich bislang von der Politik ferngehalten haben, deren politisches Bewußtsein am wenigsten „verbildet“ ist. Gemäß der Parole von Goebbels, man müsse *„jetzt wieder an die primitivsten Masseninstinkte appellieren“*, hetzen beispielsweise auch die Leute des RSB gegen die Kommunisten und auf Heranbildung von politischem Bewußtsein gerichtete kommunistische Propaganda: *„Sie reden mit Marx- und Engelszungen, aber nicht in der Sprache des Volkes ... Ihr Leitbild ist ein Uropa, ein unwahrscheinlich alter Knacker aus dem Biedermeier namens Karl Marx – auch so ein Typ, der sich sein ganzes Leben lang mit alten Büchern abgeschleppt und hinter dem Schreibtisch gehockt hat“* (siehe AK 39, S. 26). Die „primitivsten Masseninstinkte“ sind in diesem Fall die Abneigung rückständiger Teile der Bevölkerung vor jeglicher „Bücherweisheit“, „Gelehrsamkeit“ usw., die ihnen in dieser Gesellschaft als die Herrschaft der geistigen über die körperliche Arbeit gegenübertritt (die Vorgesetzten und Arbeitsantreiber in den Betrieben, die Schulmeister und Befehlsgeber in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, die „hohe Politik“ überhaupt). Die Nazis hatten diese Propaganda auch „wissenschaftlich“ unterlegt – mit den „Erkenntnissen“ beispielsweise des reaktionären Psychologen Le Bon, demzufolge die Gesetze der Logik „keinerlei Einfluß“ auf die Massen ausüben könnten und man es daher als Politiker darauf anlegen müs-

se, „Eindruck auf die Massen zu machen“, indem man ihre Gefühle und nicht ihren Verstand anspricht. Wie alle Demagogie und reaktionäre Arroganz stützt sich diese psychologische „Analyse“ durchaus auf einen Kern bestehender Tatsachen: daß sich nämlich a k t u e l l große Teile der Bevölkerung in der Tat mehr durch ein bewußtloses „Gefühl“ als durch den Verstand ansprechen lassen – aber die „Macht der Unwissenheit“ und der „Unverbildetheit“ ist absolut nicht etwas, das wie ein tierischer „Instinkt“ im „Wesen der Menschen“ begründet liegt, sondern durch die kapitalistischen Verhältnisse hervorgerufen wird: auf der Seite der faschistischen Propaganda und in ihrem Hintergrund steht die von allen bürgerlichen Parteien, von der gesamten bürgerlichen Ideologie betriebene Verdummung. Die faschistische Propaganda setzt dies „nur“ in extremster Weise fort.

Münzenberg hat den Charakter der faschistischen Propaganda mit der in der kapitalistischen Wirtschaft gebräuchlichen Reklame verglichen, „eine Reklame von riesigstem Ausmaß und größten Folgen“; und auch der vorhin zitierte Hans Jaeger nannte als einen Grundsatz der Nazi-Propaganda: „*Steter Tropfen höhlt den Stein! Das ist der Grundgedanke der (faschistische) Propaganda beherrscht. Suggestion ist alles. Genau wie einer, der 10.000-mal eine Reklame für Chlorodont gelesen hat, allmählich zu glauben anfängt, das sei das beste Zahnpfutzmittel, so auch hier.*“

Die von der faschistischen Propaganda betriebene Verdummung liegt vor allem in der unmaterialistischen Grobschlächtigkeit der von ihr gelieferten „Analysen“, in der ungeheuren Vereinfachung und Verzerrung der gesellschaftlichen Probleme, die die Massen bewegen – ihr Reklamecharakter zeigt sich entsprechend in der völligen Unkompliziertheit der von ihr feilgebotenen „Lösungen“ dieser Probleme, im Anpreisen von Al l h e i l m i t t e l n. Goebbels selbst hat 1933 dies als die „größte Leistung Hitlers“ bezeichnet: „Die geniale Vereinfachung der allgemeinen Not und Verzweiflung.“

Alle Mißstände, alles Elend im Kapitalismus, welche Form es auch hat, und welche Schichten auch darunter leiden, wurde plakativ zurückgeführt auf das, was wir weiter oben bereits von Hans Jaeger zitiert haben: „Der Jude ist schuld, Versailles ist schuld, der Young-Plan ist schuld, der – Marxismus ist schuld.“ Da der Marxismus bzw. Bolschewismus zudem in der Nazi-Propaganda als ein aus der Sowjetunion „importierter Bazillus“ (oder auch als „jüdischer Bolschewis-

mus“) verleumdet wurde, waren des Übels Kern also immer „v o l k s - f r e m d e Mächte“ – und dies erlaubte es der Nazi-Propaganda, das „ganze Volk“ demagogisch zusammenzuschweißen, seine Empörung und Aggression über die inngesellschaftliche Krise gegen ä u ß e r e (d.h. auch: außerhalb des „Volkes“ stehende) Mächte zu wenden, den in der Krise offen aufbrechenden Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft im Bewußtsein vieler Menschen durch demagogische Formeln zu zertrümmern.

Das Rattenfänger-Schema der faschistischen Propaganda hat Hitler auch in „Mein Kampf“ näher erläutert: „*Es gehört zur Genialität eines großen Führers, selbst auseinanderliegende Gegensätze nur als eine Kategorie erscheinen zu lassen, weil die Erkenntnis verschiedener Feinde bei schwächlichen und unsicherern Charakteren nur zu leicht zum Anfang des Zweifels am eigenen Recht führt.*“

Das „eigene Recht“, das ist natürlich der von den Nazis verordnete Nationalismus, Chauvinismus, Antisemitismus, Rassismus, Antikommunismus usw. Das Entscheidende hier ist aber die „Genialität“ der faschistischen Propaganda, „selbst auseinanderliegende Gegensätze nur als eine Kategorie erscheinen zu lassen“ – sowohl in der absoluten Vermischung der Gegensätze von Kapitalisten und Arbeitern in der faschistischen „Volksgemeinschaft“, als auch in der Vermischung der Gegensätze beispielsweise von Kommunismus und Sozialdemokratie, oder gar solch völlig auseinanderliegender Kategorien wie „Judentum“ und Bolschewismus, was alles als ein „Volksfeind“ in das „Herz des kleinen Mannes“ hineingeschrien wird. Und offen spricht Hitler aus, daß Bestand und Erfolg der Nazi-Propaganda davon abhängt, mit dieser Methode die Erkenntnis zu verhindern, den politischen Klareblick, die Bewußtwerdung, den zur Analyse fähigen Verstand der Arbeiterklasse.

Das Muster dieser Nazi-Propaganda ist heute bei allen faschistischen Gruppen wiederzufinden, und darüber hinaus in immer weiteren Teilen des bürgerlichen Parteienlagers. Die Ideologie der „Volksgemeinschaft“, die bis auf den Begriff selbst in die Nazi-Herrschaft zurückgeht, ist dabei sogar anlässlich der letzten „Ölkrise“ bis in die Propaganda der regierenden Sozialdemokratie hineingegangen.

Die faschistischen Hetzblätter in der Bundesrepublik, wie „Deutsche Nachrichten“ oder „Deutsche National-Zeitung“, bezeichnen standardmäßig Sozialdemokraten und Kommunisten als eine Kategorie, zumindest die Sozialdemokraten als

„mit Moskau paktierend“ (Schlagzeilen wie: „Brandt zum Befehlsempfang bei Breschnew“, „Bonn als Vorreiter sowjetischer Weltmachtziele“, „Bahrs Dolchstoß gegen Deutschland“ usw.) – wobei immer wieder die alte Nazi-Stoßrichtung zu erkennen ist, dumpfe „Existenzängste“ wachzurufen und an sie zu appellieren, Panikstimmung vor einer angeblich äußeren Bedrohung zu verbreiten, das „ganze Volk“ und das ganze Land als von fremden kriegslüsternden Mächten umzingelt darzustellen, die ihre Spione und Dämonen bereits in den „gesunden Volkskörper“ eingeschleust haben, um die Nation von innen zu meucheln („Dolchstoß“). Solcherart Schürung von Volkshysterie wird aber auch schon permanent vom reaktionärsten Teil der CDU/CSU, insbesondere der CSU betrieben, wofür wir einige exemplarische Beispiele anführen wollen:

„*Der rote Sowjetstern beginnt zum Etikett einer SPD zu werden, über die, um Lenin zu zitieren, die 'nützlichen Idioten' die Kontrolle zu verlieren beginnen.*“ („Bayernkurier“).

„*Wenn Brandt Kanzler würde, dann müßten wir uns fragen, ob wir dann am Ende die Rote Armee über Nacht bei uns im Lande haben.*“ (CSU-Bundestagsabgeordneter Richard Jaeger).

„*Die Redaktionen der Rundfunk- und Fernsehstationen kann man bald schon Moskaus Außenposten in Deutschland nennen.*“ (C-SS-U-Boß Strauß) usw.usw. (zit.n.: Reinhard Kühnl, „Die von F.J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus“, Köln 72).

Zur „Genialität“ der faschistischen Propaganda, „selbst auseinanderliegende Gegensätze nur als eine Kategorie erscheinen zu lassen“, gehört insbesondere auch, die Kommunisten und alle Linken mit „Charakterzügen“ zu beheften, die nach der herkömmlichen (bürgerlichen) Moral von der Mehrheit der Bevölkerung als zutiefst abstoßend und widerlich angesehen werden, oder die den jeweiligen Propagandagegner des Faschismus als „minderwertig“, „kriminell“, „krankhaft“ usw. darstellen – als „bolschewistischen Untermenschen“. Auch dieses hat das reaktionäre bürgerliche Lager in unserem Land aus der Nazi-Zeit über den „demokratischen Neuaufbau“ der BRD herübergerettet.

Die Kommunisten werden in der bürgerlich-reaktionären Presse allemal mit Hetzbegriffen identifiziert wie „Mob“, „Gesindel“, „Vandalen“, „verdreht“, „verkommen“, „pervers“, „entmenslicht“ usw. Strauß bezeichnete beispielsweise linke Demonstranten als „verdreckte Vietkong-Anhänger, die da öffentlich Geschlechtsverkehr treiben“. An anderer

Stelle hetzte er gegen eine Protestaktion von Jugendlichen in Bamberg: „Die Außergesetzlichen haben in größter Weise die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört ... Diese Personen ... benehmen sich wie Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht mehr möglich ist“ – wobei der mittlerweile verstorbene CSU-Bundestagsabgeordnete Unertl seinen Parteichef wegen der zu „milden“ Formulierung noch zurechtwies: „Franz Josef, hab ich zu ihm gesagt, wieso sprichst du von Tieren? Tiere sind doch auch Katz und Hund, und die sind sauber. Säue hättest sagen müssen.“ Was damit gemeint ist, daß auf die Linken „die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht mehr möglich ist“, schrieb der CSU-Faschist Emil Franzel im „Bayernkurier“, als 1968 große Protestdemonstrationen gegen den Springer-Konzern stattfanden: „Springer könnte sich die Wanzen bald vom Leibe schaffen, wenn er nicht so merkwürdige Hemmungen gegen die Anwendung der einzig dafür tauglichen Mittel hätte. Man kann Ungeziefer eben nur mit den geeigneten mechanischen und chemischen Mitteln vertilgen, nicht mit gutem Zureden.“ (Alle Zitate ebenfalls nach R. Kühnl, a.a.O.).

Heute wie gestern planen die Faschisten in unserem Land an Konzentrationslagern und Verbrennungskammern – und es gilt dabei zu sehen, daß sie nicht nur in der NPD, Aktion Widerstand, Deutsche Volks-Union usw. zu Hause sind, sondern ebenso in der CDU/CSU.

Es ist eben das bezeichnende der faschistischen Propaganda (heute wie damals bei den Nazis), daß diese offen reaktionäre Hetze, die Schürung eines antikomunistischen, rassistischen und klerikalen Hasses, geschickt eingeflochten wird in eine soziale und Friedens-Demagogie, die sozusagen der Speck ist, mit dem man die Maus in die Falle lockt. Insbesondere hatte das Nazi-Regime immer wieder scheinheilig an die Friedenssehnsucht des deutschen Volkes appelliert und feierlich seine eigenen „friedlichen“ Absichten gegenüber den angeblich „kriegerischen“ Absichten der Sowjetunion bekundet – um unter diesem betörenden und irreleitenden Propagandaschwall umso intensiver die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung des Nazi-Staats zu betreiben und breiten Teilen der Bevölkerung anschließend durch Lügen glaubhaft zu machen, daß Deutschland einen „Verteidigungskrieg gegen die bolschewistische Aggression“ führe. Dafür einige Beispiele der Nazi-Propaganda:

„Sie (die deutsche Regierung) ist überzeugt, daß es heute nur eine große Aufgabe geben kann: den Frieden der Welt zu sichern ... Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte

auch der anderen Völker aus dieser selben Gesinnung heraus und möchten aus tiefinnerstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben.“ (Hitler in einer Reichstagsrede vom 17.5.1933) – und weder haben die Nazis auch nur einen einzigen Augenblick lang die Rechte der jüdischen Bevölkerung im eigenen Land respektiert, noch diejenigen der von ihnen überfallenen Völker Ost- und Westeuropas, sondern haben gemordet, gefoltert und ihren Militärstiefel tief in das Leben dieser Völker hineingestampft.

„In dieser geschichtlichen Stunde ... vereinigen wir uns alle zum heiligen Bekenntnis, nun erst recht für eine Verständigung der Völker Europas und insbesondere für eine Verständigung mit unseren westlichen Nachbarn einzutreten ... Das letzte Hindernis einer aufrechten Verständigung ist nunmehr gefallen.“ (Hitler in einer Reichstagsrede vom 7.3.1936) – Phrasen an genau dem Tag, als das Nazi-Regime seine Truppen in die entmilitarisierte Rheinlandzone einmarschieren und Aachen, Kaiserslautern und Saarbrücken besetzen ließ; und ebenso ist bei der Annexion Österreichs und dem Überfall auf die Tschechoslowakei in der Nazi-Propaganda jeweils „das letzte Hindernis einer aufrechten Verständigung gefallen“.

„Deutschland hat nicht die Absicht und den Willen, Frankreich anzugreifen, nicht die Absicht und den Willen, die Tschechoslowakei anzugreifen, nicht die Absicht und den Willen, Polen anzugreifen.“ (Hitler in einer Rede in Karlsruhe vom 13.3.1936) – zu einer Zeit, als die Kriegspläne der Nazis längst ausgearbeitet in den Schränken der Obersten Heeresleitung lagen.

„Wir glauben an eine höhere Gerechtigkeit, die nicht zuläßt, daß von neuem Krieg in die Welt gebracht wird: ein grauenhafter Krieg mit unausdenkbaren Folgen, der blühende Gefilde zu trostlosen Öden macht, ein Krieg, der nur einen Sieger kennen würde, den Bolschewismus.“ (Heß in einer Rede in Klagenfurt am 24.7.1938)

Das war die für das Volk bestimmte Demagogie des Faschismus – während die seinen Taten entsprechenden Worte nur dann fielen, wenn die Nazi-Führer unter sich waren, wie in der Konferenz des Generalstabs am 20. April 1939, als die letzten Vorbereitungen für den anderthalb Wochen später erfolgenden Überfall auf Polen besprochen wurden, und Hitler laut einem im Nürnberger Prozeß vorgelegten Dokument ausführte:

„Was das decadente Europa über mich denkt, ist mir völlig gleichgültig. Dschingis Khan hat fröhlichen Herzens Millionen von Frauen und Kindern hingeschlachtet. Kein Mensch spricht mehr davon. ... In Polen wird

die SS ohne Gnade und Erbarmen vorgehen. Seien sie schneller und brutaler als die anderen. Man muß diese Völker wie dumme Halbaffen behandeln, die die Knute fühlen müssen. ... Wenn Chamberlain (der engl. Regierungschef; UW-Red.) oder ein anderes Dreckschwein Vermittlungsvorschläge machen sollte, so wird er die Treppe hinuntergeworfen werden, und wenn ich ihn selbst vor den Photographen vor den Wanst treten sollte.“

(Alle Zitate zu diesem Punkt aus: H. Fülster, ... und Hitler sprach; Hamburg 1946; – eine Broschüre, in der nur ein Jahr nach Kriegsende bereits eine „Ehrenrettung“ des Faschismus versucht wurde, indem mittels obiger Zitate die These aufgestellt wird, daß Hitler doch eigentlich „ehrbare Ziele“ gehabt hätte (insbesondere die „Rettung Europas vor dem Bolschewismus“!!), daß er aber „seine Chance nicht genutzt“ hätte und stattdessen der „verzehrenden Flamme eines krankhaften Ehrgeizes“ verfallen sei – so wie es heute wieder in ähnlicher Weise in der sogenannten „Nostalgie-Welle“ aufgetischt wird, die ebenso in Wahrheit nichts anderes als ein Bestandteil der neuen faschistischen Ideologie ist, an der die westdeutsche Bourgeoisie seit geraumer Zeit wieder rumbastelt.)

Die Friedensdemagogie ist unter der Nazi-Herrschaft umso intensiver gewesen, je mehr das Nazi-Regime sich auf den Krieg vorbereitete, um diesen dann als eine „Verteidigung des Friedens“ zu deklarieren – und nicht anders ist es heute zu sehen, wo das westdeutsche Kapital (in gewolltem Bündnis mit den übrigen westeuropäischen Staaten) erneut für imperialistische Eroberungsfeldzüge (gegen die „Dritte Welt“ und die osteuropäischen Länder) rüstet (wir haben die politischen und ökonomischen Hintergründe dieser Kriegsvorbereitungen bereits mehrfach in unserer Presse angesprochen, angefangen von UNSER WEG Nr. 13 im Dezember 1971 bis zu den Artikeln über die „Ölkrise“ im ARBEITERKAMPF). Und man sollte sich diesbezüglich gerade von den Phrasen der offenen und „verdeckten“ (d.h. christdemokratischen und christsozialen) Faschisten nicht täuschen lassen: der Faschismus ist die Kriegserklärung der Bourgeoisie, sowohl nach innen als auch nach außen.

Heute sind noch die Phrasen über Frieden und Völkerverständigung das vorherrschende; aber die nächste Stufe ist die Mischung dieser Friedensphrasen mit den Haßgesängen der

Bourgeoisie, daß das „deutsche Volk“ wieder einmal „von Feinden umzingelt“ ist, daß es „erpreßt“ wird, daß „die Ehre der Nation beleidigt“ wird und ähnliches mehr – eine Methode der Kriegsvorbereitung, die dem Kon-

zept der Nazis unterliegt, und wovon bereits gewisse Elemente („arabische Erpressung“) in der „Ölkrise“ der Bourgeoisie angeklungen sind – und zwar weltweit in den imperialistischen Staaten. Es ist zu beachten, daß der westdeutsche Imperialismus seine revanchistischen Ziele gegenüber den osteuropäischen Ländern (ebenso wie seine Gelüste auf eine Ausdehnung seines Machtbereichs in den Ländern der „Dritten Welt“, die nur bis zu einem gewissen Grad durch „friedliche“ Kapitalinfiltration möglich ist, weil sie irgendwann sowohl auf den Widerstand von Befreiungsbewegungen als auch auf die vorhandenen Machtpositionen der anderen imperialistischen Länder, insbesondere USA, stößt) zu keiner Zeit aufgegeben hat, und daß die Absichten der „Rückeroberung der ostdeutschen Gebiete“ von den reaktionärsten Vertretern des westdeutschen Imperialismus nach wie vor propagiert werden; von NPD bis CDU/CSU. Wenn der CSU-Faschist und ehemalige Bundestagsvizepräsident Richard Jaeger erklärt: „*Wer die völkerrechtlich unangreifbare Position der Reichsgrenzen von 1937 aufgeben, verschleudert die Lebensrechte unseres Volkes*“ – dann ist das exakt die Wiederholung der Nazi-Losung vom „Lebensraum im Osten“. Wenn der CSU-Faschist Emil Franzel erklärt: „*Wir wollen ganz Böhmen, wir wollen Mähren und Schlesien, die Slowakei und Ungarn, Polen und das Land der Kroaten und Slowenen ins christliche Abendland zurückführen*“ – dann drückt er damit die Hegemonie-Interessen des

westdeutschen Imperialismus in ganz Osteuropa aus. Wenn der CSU-Faschistenchef Strauß erklärt, daß die Bundesrepublik „*mit allen politischen Mitteln um die Wiederherstellung des deutschen Reiches*“ (man merke: nicht

„nur“ der „*deutschen Reichsgrenzen*“, sondern des „*deutschen Reiches*“) von 1937 ringen“ muß – dann bedeutet das im Klartext eben Kriegsvorbereitung, wo spätestens seit Clausewitz klar ist, daß der Krieg die „Fortführung der Politik mit anderen Mitteln“ ist. (Alle Zitate der CSU-Kriegstreiber nach R. Kühnl, a.a.O.)

Ebenso wie die Nazis sich der Friedensdemagogie nur zur Vertuschung ihrer wahren Absichten bedient haben, so haben sie es auch mit der sozialen Demagogie getan. Allein der Name „National-Sozialisten“ war eine ihrer größten Betrügereien, sowie es eine der größten Betrügereien der heutigen Faschisten ist, sich „national-revolutionär“ oder auch nur „christlich-sozial“ zu nennen. Allerdings hatten schon die Nazis Schwierigkeiten, ihren angeblichen „Sozialismus“ in der Arbeiterklasse zu verkaufen, besonders in den Teilen der Arbeiterklasse, die durch die Verarbeitung ihrer eigenen Klassenkampf Erfahrungen und durch die kommunistische Propaganda geschildert waren und nicht „unverbildet“ wie die Nazis es als ihren Nährboden benötigten. Der „Sozialismus“ der Nazis hat in erster Linie in kleinbürgerlichen und ländlichen Schichten

Fuß gefaßt. In der Nazi-Schrift „Deutsche Sozialisten am Werk“ heißt es dazu über die Entwicklung der NS-Bewegung: „*Es ist richtig, daß die Partei in den ersten schweren Jahren wenig Arbeiter gewann. Sie bot den geschulten, organisierten Proletariern zunächst weniger, als sie verlangten. Oberst Hierl, der damals noch aktiver Reichswehroffizier war, trat darüber mit Hitler in einen interessanten Briefwechsel. Der Führer sagte damals, es komme erst einmal darauf an, Massen zu gewinnen, wenn auch kleinbürgerliche Massen, dann würde der Arbeiter folgen.*“ (zit. bei Münzenberg). Münzenberg beschreibt z.B. auch, daß die Nazis nach ihrem zunächst gescheiterten Versuch, in Berlin unter den Arbeitern Anhang zu finden, sich wieder zurückzogen, sich eine „Basis“ in den umliegenden Dörfern und Kleinstädten schufen (wo die Kommunisten weniger Einfluß hatten), und dann von dort aus einen erneuten und schließlich erfolgreichen Vorstoß nach Berlin unternahmen, indem sie ihre in der Umgebung eingefangenen Fußtruppen dann mit Unmengen faschistischer Hetzschriften und zu Aufmärschen in die Hauptstadt schickten. Diese Vorgehensweise deutet sich auch heute wieder an. Die faschistischen Gruppen (einschließlich der CSU-Verbände) entfallen ihre „Basisarbeit“ heute vorrangig in kleinbürgerlichen Schichten (Universitäten und Oberschulen) und in ländlichen Gebieten (z.B. in Norddeutschland Orte wie Stade oder Regionen wie Ostholstein).

III.

Es ließe sich noch weit mehr über die Propaganda der Nazis sagen und ebenso über das, was sich heute bereits wieder konkret in unserem Land in dieser Richtung entwickelt. Wir haben an dieser Stelle nur auf einige wichtige Aspekte hingewiesen, und auch nur einige Parallelen gezogen, um darauf aufmerksam zu machen, was wir im Kampf gegen den Faschismus in dieser Hinsicht berücksichtigen und einbeziehen müssen. Wir sagen, daß es notwendig ist, verstärkte Anstrengungen zum agitatorischen und propagandistischen Kampf gegen die Faschisten zu machen; daß wir dazu deren Demagogie entlarven müssen auf dem Boden in erster Linie der Erfahrungen, die die Arbeiterklasse und die Völker weltweit mit dem Faschismus gemacht haben, und auf dem Boden dessen, was die Faschisten heute bereits wieder in den „demokratischen“ Ländern an Terroranschlägen verüben und an ideologischem Gift verbreiten. Dazu ist es allerdings auch nötig, daß man es verstehen

lernt, die scheinheiligen „Argumente“ der Faschisten, die sie in ihrer „Tagespropaganda“ wieder verstärkt präsentieren, auseinanderzunehmen.

Wir sagen aber ebenso eindeutig, daß dies Aufgaben sind, die wir allein gegenüber den Arbeitern und anderen Teilen des Volkes wahrzunehmen haben, nicht aber gegenüber den Faschisten selbst. Was bislang das „Privileg“ der Sozialdemokratie und des auf eine bürgerlich-pazifistische Gesinnung heruntergekommenen Revisionismus gewesen ist, scheint mittlerweile auch in einen Teil der kommunistischen Bewegung Eingang gefunden zu haben: nämlich die Auffassung, daß man mit den Faschisten selbst über ihre Demagogie diskutieren müsse (derartiges ist neuerdings von den Führern des KBW zu hören, die sich beispielsweise in Hamburg mit solcher Begründung von militanten antifaschistischen Aktionseinheiten fernhalten, und in Bremen ihre Genossen gegen Eintrittspreise – in die Kassen der Faschisten!!! – in NPD-Veranstal-

tungen schicken, um dort über die Programmforderungen von Schmierer – freie Wahl der Offiziere etc. – zu schwadronieren und die Nazis zu fragen, wie sie denn dazu stehen). Gegenüber den Faschisten selbst ist nicht Diskussion am Platz, sondern entschlossene Aktion – und die Aufforderung an alle Antifaschisten, sich in eine gemeinsame antifaschistische Kampffront einzureihen. Beispiele, was das heißt, haben unsere Genossen gemeinsam mit Genossen anderer Organisationen mehrfach geliefert: angefangen bei der Verhinderung einer geplanten NPD-Großkundgebung im „Kaisersaal“ in Hamburg 1971 bis hin zu den jüngsten gleichartigen Aktionen in Hamburg, Hannover, Kiel, Eutin usw.

Wir fordern alle Genossen auf, die hier angeschnittenen Fragen zu diskutieren und weiter zu vertiefen – und nicht zuletzt: unsere Presse dazu zu nutzen, die Fragen des Kampfs gegen den Faschismus öffentlich zu diskutieren.

Die Arbeitsordnung bei Blohm & Voß (Hamburg)

ein Instrument neofaschistischer Niederhaltung der Arbeiterklasse

Die Arbeitsordnung (AO) von Blohm + Voss wurde 1969 in einer Betriebsvereinbarung beschlossen und ist fester Bestandteil des Arbeitsvertrages. Ein Verstoß dagegen bedeutet Vertragsbruch und kann mit verschiedenen Maßnahmen geahndet werden. In § 34 der AO heißt es: „Belegschaftsmitglieder, die gegen die Bestimmungen der AO oder gegen die Ordnung und Sicherheit im Betrieb verstoßen, können mit einer Ordnungsmaßnahme belegt werden. Die Ordnungsmaßnahme kann in einer mündlichen Verwarnung oder einem schriftlichen Verweis bestehen.“

Reicht ein Verweis nicht aus, hat die Unternehmensleitung das Recht, eine Kündigung auszusprechen: „Die Unternehmensleitung kann das Arbeitsverhältnis aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist auch dann nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen kündigen, wenn ein Belegschaftsmitglied gegen die Bestimmungen der Arbeitsordnung groß oder wiederholt verstößt.“ (§ 1.1)

Erst kürzlich wurde wieder von der Möglichkeit eines Verweises Gebrauch gemacht, als nämlich ein Jugendvertreter dem Ausbildungsleiter in „unfreundlicher“ Art und Weise aufforderte, zu den wiederholten Rausschmissen einzelner Jugendvertreter Stellung zu nehmen. Da nach § 32 ein „ruhiger und sachlicher Ton“ zu herrschen hat, war das ein Verstoß gegen die AO. Die Bestimmungen der AO gelten nach § 1, Abs. 1 „für alle Arbeitnehmer im Sinne des BVGs“. Arbeitnehmer im Sinne des BVGs sind z.B. nicht die leitenden Angestellten. Die AO gilt also nur für normale Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge. So ist erklärlich, daß der Ausbildungsleiter von B+V, Bednarz, nicht zur Verantwortung gezogen werden kann, wenn er die Lehrlinge anschreit, ihnen droht oder sie beschimpft. Die Arbeiter, Angestellten

und Lehrlinge haben ruhig und sachlich zu bleiben, sonst begehen sie Vertragsbruch. Ihren Vorgesetzten stehen jedoch alle Möglichkeiten zur Einschüchterung und Verunglimpfung offen.

Was sind nun im einzelnen die Inhalte dieser vom rechten SPD-Betriebsrat und Vorstand ausgetüftelten Betriebsvereinbarung und was bedeutet das für die Kollegen auf der Werft.

Wahrung des Betriebsfriedens durch vertrauensvolle Zusammenarbeit. Nur der Kapitalist hat ein Interesse daran.

In § 13, Abs. 1 ist zu lesen: „Vorgesetzte und Unterstellte sowie die Belegschaftsmitglieder untereinander sollen vertrauensvoll zusammenarbeiten und sich gegenseitig achten.“

Was heißt das, vertrauensvoll zusammenarbeiten? Wir müssen hier nach mit unseren Vorgesetzten, und sind sie noch so reaktionär, eine Vertrauensbasis herstellen, wir müssen jemandem Vertrauen entgegenbringen, der sich unseres Vertrauens gar nicht würdig zeigt, der im Gegenteil uns anscheißt, wo er nur kann, sei es bei Forderungen nach mehr Lohn, Verbesserungen am Arbeitsplatz usw. So eine Vertrauensbasis kann es nicht geben, da unsere Interessen und die der Meister und Abteilungsleiter völlig entgegengesetzt sind. Die Vorgesetzten sind dazu da, uns zu kontrollieren und darauf zu achten, daß möglichst wenig Kosten für den Betrieb entstehen. Macht ein Meister oder Abteilungsleiter das nicht, ist er die längste Zeit Vorgesetzter in einem kapitalistischen Betrieb gewesen.

In § 32, Abs. 1 wird unter der Überschrift „Wahrung des Betriebsfriedens“ noch näher auf die Zusammenarbeit eingegangen. „Bei der Zusammenarbeit hat ein sachlicher und ruhiger Ton zu herrschen. Äußerun-

gen und Handlungen, die den Betriebsfrieden stören könnten, müssen im Interesse eines möglichst guten Zusammenwirkens aller Mitarbeiter vermieden werden.“

Wie schon oben erwähnt, ist einem Jugendvertreter aufgrund dieses Paragraphen ein Verweis erteilt worden. Dieser Absatz läßt sich beliebig verwenden, wenn es darum geht, fortschrittliche Kollegen einzuschüchtern. Was eine Störung des Betriebsfriedens ist, liegt im Ermessen der Geschäftsleitung. Jede Aktion, die unseren Interessen dient, jedes Anzeichen von Solidarität unter den Arbeitern kann als Störung des Betriebsfriedens dargestellt und als Vertragsbruch gehandhabt werden. Für den Kapitalisten ist alles das eine Störung des Betriebsfriedens, was uns nützt und was uns stark macht.

Ausführlich wird in der AO auch auf das Verfahren bei Beschwerden eingegangen. Wie eine Beschwerde vorgebracht werden soll und wie sie behandelt wird, ist hier genau vorgeschrieben. Einem Vergleich zu Arme-Vorschriften hält dieser Abschnitt ohne weiteres stand. Abs. 1: „Belegschaftsmitglieder, die sich ungerecht behandelt oder in der Ausübung ihrer Tätigkeit behindert fühlen, haben das Recht, sich zu beschweren. Die Beschwerde sollte stets erst nach reiflicher Überlegung und Abwägung aller Umstände zunächst dem unmittelbaren Vorgesetzten vorgetragen werden.“ Abs. 2: „Die Vorgesetzten sind verpflichtet, die Beschwerde unverzüglich sachlich zu prüfen und den Beschwerdegegner zu hören; für die Behebung von Mängeln zu sorgen und dem Belegschaftsmitglied das Ergebnis der Überprüfung und das Veranlaßte mitzuteilen.“ Abs. 3: „Jedem Belegschaftsmitglied steht es offen, sich wegen der getroffenen Entscheidung an den nächsthöheren Vorgesetzten und an die zuständige Personalabteilung zu wenden.“

Außerbetriebliche Stellen dürfen erst angerufen werden, wenn die Beschwerde nicht beigelegt werden kann.“

Abs. 4: „Unberührt bleibt das Recht des Belegschaftsmitgliedes, sich bei Beschwerden vom Betriebsrat informieren und beraten zu lassen.“

Abs. 5: „Aus der sachlichen Vertretung oder Prüfung von Beschwerden und Wünschen darf niemandem ein Nachteil erwachsen.“

Die Praxis zeigt, daß der letzte Absatz nur auf dem Papier besteht. Es gibt genug Mittel und Wege den Kollegen, der sich beschwert hat, zu disziplinieren. Am häufigsten wird so vorgegangen, daß bei außertariflichen Lohnzahlungen kein Geld mehr für den Kollegen übrig ist. Da die Meister es in der Hand haben, wieviel von dem zur Verfügung gestellten Pauschalbetrag dem Einzelnen ausbezahlt wird, können sie, ohne daß ihnen etwas nachzuweisen ist, belohnen oder bestrafen. Da werden sich allerdings die Kollegen eine Beschwerde reiflich überlegen und alle „Umstände“, die sich daraus ergeben, abwägen. Beschwert sich nun doch einer, so wird er von seinen Vorgesetzten in die Mangel genommen. Hierbei wird nicht gespart mit Drohungen, Angriffen und Unterstellungen und Lügen. Da außerbetriebliche Stellen erst dann angerufen werden dürfen, wenn er dieses Spießrutenlaufen hinter sich hat und der Betriebsrat als „Vertretung der Arbeiter“ nur das Recht hat zu informieren und zu beraten, zieht sich der Kollege meist zurück oder geht einen faulen Kompromiß ein. Die Geschäftsleitung ist zufrieden und der Betriebsrat steht fein da, mit der Entschuldigung, er könne nichts weiter tun.

Der Hintergrund dieser Paragraphen ist, die Arbeiter und Angestellten resignieren zu lassen und die Ideologie zu festigen, daß wie „alle in einem Boot sitzen“ und „eine große Familie sind“, in der es zwar einmal Reibereien gibt, aber keine grundsätzlichen Gegensätze. Jedes Problem läßt sich mit ein wenig guten Willen beseitigen. Die Kapitalisten und der Betriebsrat betreiben hier eine konsequente Verschleierung der Klassengegensätze zwischen Lohnarbeit und Kapital.

Die AO gewährleistet die vollständige Ausbeutung der Arbeiter.

§ 13, Abs. 2: „Die Belegschaftsmitglieder sind verpflichtet, die ihnen aufgetragenen Arbeiten pünktlich und gewissenhaft auszuführen. Sie stellen ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst des Unternehmens.“

§ 14, Abs. 1: „Belegschaftsmit-

glieder dürfen eine regelmäßige Nebenbeschäftigung nur aufnehmen, wenn sie dies der zuständigen Personalabteilung gemeldet haben und daraufhin eine schriftliche Genehmigung der Unternehmensleitung erteilt wurde. Die Genehmigung soll in der Regel erteilt werden, wenn § 13, Abs. 2 Satz 2 nicht berührt wird.“

Der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft dem Kapitalisten also nicht nur für acht Stunden, die er bei ihm arbeitet, sondern vollständig. Für die acht Stunden ist der Arbeiter verpflichtet „voll reinzuhauen“, damit der Kapitalist möglichst viel Profit aus der gekauften Ware (der Arbeitskraft) herauszieht. Danach kann der Arbeiter mit seiner Arbeitskraft jedoch nicht tun und lassen was er will, sondern er muß dafür sorgen, daß er am nächsten Tag wieder mit frischen Kräften für den Kapitalisten schaffen kann.

Die B+V-Kapitalisten können mit der gekauften Ware alles tun, was sie für richtig halten. Der Arbeiter kann sich dem nicht widersetzen. So kann er z.B. von einem Arbeitsplatz zum anderen versetzt werden. In der AO heißt es dazu: „(1) Das Unternehmen ist berechtigt, ein Belegschaftsmitglied jederzeit an einen anderen Arbeitsplatz zu versetzen, der der Vorbildung und den beruflichen Fähigkeiten des Belegschaftsmitgliedes entspricht.“

(2) Bei einer Versetzung sind die Wünsche des Belegschaftsmitgliedes und die betrieblichen Notwendigkeiten gegeneinander abzuwägen.“

Es werden letzten Endes immer die betrieblichen Notwendigkeiten überwiegen, der Kapitalist braucht da nicht abzuwägen. Er ist dadurch in der Lage, das Maximum aus der Arbeitskraft herauszuschlagen; persönliche Gründe z.B. bei einer Versetzung in ein anderes Werk, würden ihn dabei nur behindern.

Das Recht, den Arbeiter versetzen zu können, hat aber noch eine positive Seite für den Kapitalisten. Er kann Rationalisierungsmaßnahmen durchführen, die das Ziel haben, die Anzahl der Arbeitskräfte zu reduzieren, d.h. mehrere auf neue Plätze umzusetzen, die nicht gleichwertig mit dem vorherigen Arbeitsplatz sind. In einer Zeit, wo die Arbeiter noch relativ frei entscheiden können, zu welchem Kapitalisten sie gehen wollen, werden die meisten umgesetzten Kollegen den Betrieb wechseln. Als der Vorstand vor einem Jahr ankündigte, den aufgeblähten Verwaltungsapparat von B+V zu verkleinern, wurde so verfahren. Die umgesetzten Kollegen bekamen zu dem schlechteren Arbeitsplatz auch noch zwischen 100 und 300 DM weniger ausgezahlt. Dies war kein Verstoß gegen die AO, denn der neue Arbeitsplatz entsprach angeblich der Vorbildung und den

beruflichen Fähigkeiten des Kollegen. Festgesetzt, was den Fähigkeiten entspricht, wird ja vom Kapitalisten.

Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt

Den Arbeiter, der seine Arbeitskraft den B+V-Kapitalisten verkauft hat, erwartet ein genau funktionierendes Kontrollsystem und genaue Vorschriften darüber, was er an seinem Arbeitsplatz zu beachten hat, wie oft er Pause machen kann usw. So darf er laut AO z.B. keinen Umweg machen, wenn er von der Toilette zu seinem Arbeitsplatz geht, sondern muß sich auf dem kürzesten Weg dorthin begeben. Stempelt er zu spät, beginnt die bezahlte Arbeitszeit erst mit der nächsten vollen Viertelstunde. Er darf sich auch nicht während der Arbeitszeit von seinem Arbeitsplatz entfernen, um einen Kollegen zu besuchen. „Der Aufenthalt in anderen Betrieben, Werkstätten und Büros ist nur gestattet, wenn ein besonderer Auftrag vorliegt.“ § 28, Abs. 1.

Damit haben sich Kapitalisten die Möglichkeit geschaffen, die Vertrauensleute davon abzuhalten, Informationen an andere Gewerke zu geben oder gewerkschaftliche Probleme mit den anderen Vertrauensleuten zu besprechen. Der Informationsfluß und die notwendigen Diskussionen können so gering wie möglich gehalten werden, um eine konsequente Gewerkschaftspolitik zu verhindern.

An seinem Arbeitsplatz ist jeder Kollege nach § 27, Abs. 1 verpflichtet, Spitzeldienste für den Kapitalisten auszuführen. Er soll dafür sorgen, daß das Werkeigentum vor Diebstahl, Unterschlagung, Veruntreuung oder Sachbeschädigung geschützt wird. Außerdem hat er mit Werkstoffen, Werkzeugen, Betriebseinrichtungen und sanitären Anlagen pfleglich umzugehen. Das ist der glatte Hohn, wenn man sich die Toiletten und Waschräume einmal ansieht. Dort stinkt es erbärmlich, da die Siele andauernd verstopft sind, alles strotzt nur so vor Dreck, die Toiletten sind teilweise im Freien, nur umgeben von Blechwänden, die oben und unten offen sind, so daß Wind und Kälte hereinkommen.

Schweigepflicht für jeden Kollegen

Ähnlich wie die Aufsichtsräte, ist jeder Arbeiter an eine Schweigepflicht gebunden (§ 15, Abs. 1). Geschäftliche, betriebstechnische, or-

organisatorische und personelle Angelegenheiten, das sind z.B. Versetzungen, Rationalisierung, Fusion, Schließung von Gewerken etc., sind von den Belegschaftsmitgliedern so zu behandeln, daß Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Unternehmens nicht gefährdet werden. All das soll den Kollegen und der Öffentlichkeit nicht bekannt werden, um ein frühes, solidarisches Eingreifen zu verhindern.

Unfallverhütung: wenn etwas passiert, sind die Kollegen schuld

In § 35 heißt es: „Alle Belegschaftsmitglieder sind verpflichtet, die im Betrieb geltenden Unfallverhütungsvorschriften und Sicherheitsanweisungen einzuhalten.“

Richtig, auch wir sind der Meinung, daß dies im Interesse aller Kollegen unbedingt notwendig ist. Aber sind denn die dafür notwendigen Voraussetzungen überhaupt gegeben? Die erste Voraussetzung ist doch wohl, daß die Kollegen überhaupt erst einmal die Unfallverhütungsvorschriften kennen lernen. D.h. es müßten Schulungen durchgeführt werden, in denen die Kollegen mit diesen Maßnahmen vertraut gemacht werden. Es reicht aber nicht, den Kollegen bei der Einstellung „mal etwas über die Arbeitssicherheit zu erzählen“, was besonders die ausländischen Kollegen gar nicht verstehen.

Wir suchen in der Blohm + Voss-Arbeitsordnung aber vergeblich nach einem Satz wie etwa: „Das Unternehmen ist verpflichtet, den Belegschaftsmitgliedern regelmäßig Unterweisungen in unfallsicherem Arbeiten zu erteilen und trägt die damit verbundenen Kosten.“

Aber nicht nur Unkenntnis der Kollegen (wofür einzig und allein die Firma die Verantwortung trägt) sondern noch mehr die Arbeitsbedingungen selbst schließen ein Arbeiten nach Sicherheitsgesichtspunkten häufig völlig aus. Da müssen kurzfristige Termine gehalten werden, da müssen schier unmögliche Vorgabezeiten geschafft werden. So wird auf ungesicherten Stellagen gearbeitet, mit unzulässigem Hilfswerkzeug u.v.a. Hauptsache: schnell, schnell!

Es ist doch klar, daß die Firma überhaupt kein Interesse an geschulten „sicherheitsbewußten“ Kollegen hat; dabei spielen die Kosten für die eigentliche Schulung (Sicherheitsexperten, Arbeitsausfall etc.) nicht einmal die Hauptrolle. Vielmehr weiß doch auch die Geschäftsleitung (und nicht nur die bei Blohm + Voss), daß sie „sicherheitsbewußte“ Kollegen gar nicht auf durchgefallte Stel-

lagen schicken könnte, um kurzfristige Termine zu halten; daß sie die Kollegen gar nicht mit derartigen Vorgabezeiten abspeisen könnte. Die Tatsache ist doch, daß eine bestimmte Unfallquote von den Kapitalisten von vornherein eingeplant ist, um einen möglichst hohen Profit zu erzielen!

Wenn dann aber etwas passiert, hat der Kollege eben die Unfallverhütungsvorschriften nicht eingehalten – hat also selbst schuld; nebenbei verstößt er auch noch gegen die Arbeitsordnung. Dort wird unter anderem verlangt: „Sie (die Kollegen) müssen die vorgeschriebene persönliche Schutzausrüstung tragen“. Schön und gut! Aber dann soll die Firma auch z.B. die Sicherheitsschuhe bezahlen!

Im Abs. 2 heißt es: „Eine Aufforderung zu sicherheitswidrigem Verhalten darf nicht befolgt werden.“ Hier kommt die Katze endgültig aus dem Sack: es ist den Vorgesetzten nicht etwa verboten, zu sicherheitswidrigem Verhalten aufzufordern, sondern die ganze Verantwortung wird auf den einzelnen Kollegen abgewälzt und die Firma ist aus dem Schneider. Wer sich öfters weigert, solche Anordnungen auszuführen, steht schnell als Querulant da. Wer kann sich das auf die Dauer leisten? Der Zynismus dieses § 35 ist kaum zu überbieten.



Politik zur Unterstützung der Kapitalistenklasse, ja – Politik für die Interessen der Arbeiterklasse, nein.

Abs. 2: „Der vorherigen Zustimmung der Unternehmensleitung

und des Betriebsrates bedürfen:

- a) Das Anbringen von Anschlägen
- b) Die Durchführung von Versammlungen, Abstimmungen, Unterschriften- und Geldsammlungen.

Abs. a) und b) gelten nicht für Informationsmaterial der Tarifvertragsparteien.

Abs. 3: „Innerhalb des Werksgeländes ist jede parteipolitische Betätigung untersagt.“
§ 32, Abs. 2 + 3.

Hiernach ist jede politische Information und Betätigung im Betrieb verboten oder bedarf der Zustimmung der Geschäftsleitung und des Betriebsrates, was das Gleiche bedeutet. Die Jugendvertretung muß sich z.B. auch die Genehmigung des Betriebsrates und Geschäftsleitung einholen, wenn sie zu bestimmten Themen auf Flugblättern Stellung nehmen will. Das bedeutet, daß ihre Informationen zensiert oder völlig abgelehnt werden. Alle in Abs. 2 aufgeführten Verbote schränken die Informationstätigkeit aktiver Gewerkschafter entschieden ein. Es ist ein Angriff auf das Recht der freien Meinungsäußerung und ein Abbau demokratischer Rechte. Den Arbeitern und Angestellten soll das Recht genommen werden, für ihre Interessen aktiver zu kämpfen.

Aus gutem Grund wird extra erwähnt, daß die Einschränkungen für die Sozialpartner nicht gelten. Von der Gewerkschaftsführung brauchen die Kapitalisten nicht zu befürchten, daß sie eine Politik macht, die sich an den Interessen der Kollegen orientiert. Wenn die sogenannte „Interessenvertretung“ der Arbeiter und Angestellten schon gemeinsame Sache mit der Kapitalistenklasse macht, wozu dann noch parteipolitische Betätigung.

Abs. 3 bezieht sich jedoch nicht auf die bürgerlichen Parteien, sondern auf die wirkliche politische Vertretung der Arbeiterklasse, auf die Kommunistische Partei. Die politische Betätigung und Meinungsbildung der Kapitalistenklasse ist durch Maßnahmen der Kapitalisten selbst und durch die Gewerkschaftsführung ausreichend gesichert. Erlaubt ist also die Politik im Betrieb, die der Kapitalistenklasse nützt. Politik im Interesse der Arbeiterklasse wird ausgeschaltet. Hier greift ein Rad ins andere: fortschreitender Faschisierungsprozeß in Staat und Gesellschaft, in den Gewerkschaften und im Betrieb. Die Kommunisten sollen von vornherein ausgeschaltet werden, weil nur sie die Arbeiter wegführen von der Sozialpartnerschaft und dem verhäng-

nisvollen Vertrauen in den Kapitalistenstaat.

Eine Hand wäscht die andere. – Der Betriebsrat als Interessenvertretung der Unternehmensleitung.

Im § 42 findet sich nahezu die einzige Stelle in der B+V-Arbeitsordnung, wo irgendjemandem das Recht eingeräumt wird, auch mal etwas gegen die Unternehmensleitung zu vertreten. Es heißt dort: „Der Betriebsrat hat das Recht, soziale und personelle Angelegenheiten der Belegschaftsmitglieder gegenüber der Unternehmensleitung zu vertreten.“ In § 43 kommt das gleiche nochmal in grün: „Die Belegschaftsmitglieder können den Rat und die Hilfe des Betriebsrates jederzeit in Anspruch nehmen.“ – Man lese und staune!

Sollten die Kapitalisten den Arbeitern wirklich das Recht zugestehen, in „geheimer und unmittelbarer Wahl“ sich ein Organ zu schaffen, das ihre Interessen und nur ihre Interessen zu vertreten hat? Sollten die Arbeiter die Möglichkeit haben, mit Hilfe dieses Organes Maßnahmen der Kapitalisten zurückzuweisen, die dem „Wohl des Betriebes“, aber nicht dem Wohl der Arbeiter dienen? Weit gefehlt! Auf jeden Satz dieser Paragraphen, der von Rechten der Arbeiter und ihres Organes spricht, kommen zwei Sätze, die diese Rechte wieder einschränken und sie auf ein Maß zurechtstutzen, das dem Kapitalisten nicht mehr weh tut.

Da heißt es: „Er (der Betriebsrat) ist verpflichtet, bei seiner Tätigkeit auch die betrieblichen Erfordernisse (also die Erfordernisse der Kapitalisten!) zu berücksichtigen“ (§32).

Und weiter: „Die Unternehmensleitung unterstützt den Betriebsrat bei seinen Aufgaben (!) und setzt die sachliche Unterstützung ihrer Arbeit durch den Betriebsrat voraus (!).“

Bei Inanspruchnahme von Rat und Hilfe des Betriebsrates durch ein Belegschaftsmitglied „sollen die Grundsätze einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitern beachtet“ werden (§ 34.2). Der Betriebsrat soll auf die „Zusammenarbeit (zwischen Vorgesetzten und Arbeitern, bzw. Angestellten) im Unternehmen ausgleichend und vermittelnd einwirken“ (§34.3). Das hört sich doch schon ganz anders an!

Die Blohm + Voss-Arbeitsordnung macht aus dem Betriebsrat nicht ein Organ der Belegschaft, sondern ein Organ der Unternehmensleitung, das „betriebliche Erfordernisse“ zu berücksichtigen hat, das die Unternehmensleitung in ihrer Arbeit

(bei der Ausbeutung der Arbeiter!) sachkundig zu unterstützen hat, das „auf die Zusammenarbeit ausgleichend und vermittelnd einwirken“ soll.

Es gibt beliebig viele Beispiele, die beweisen, daß der Betriebsrat bei B+V unter Führung von Werner Knödler und seinen SPD-Kumpanen genau in diesem Sinne seine Aufgaben wahrnimmt. Ob es darum ging, die Fahrgeldzuschüsse für die Kollegen, die täglich mit Bussen aus der Lüneburger Heide auf die Werft kommen müssen, schrittweise abzubauen (ausgeglichen wurde dadurch, daß jetzt einige andere Kollegen auch in den Genuß von Fahrgeldzuschüssen gekommen sind), ob es um die Erpressung kranker Kollegen ging, denen für eine gleich lange Zeit wie sie krank waren, die Überstunden gesperrt wurden („vermittelt“ wurde dadurch, daß die Überstundensperre auf höchstens 14 Tage beschränkt wurde, was aber für die Kollegen praktisch die gleiche erpresserische Wirkung hat), oder ob es darum ging, fortschrittliche Jugendvertreter nach ihrer Lehrzeit aus dem Betrieb zu kriegern (fünf Kollegen in drei Monaten).

Diese Betriebsräte gewährten der Unternehmensleitung die sachliche Unterstützung, indem sie auf Vertrauensleute- und Betriebsversammlungen nicht ein Argument fanden, das für diese Kollegen hätte ins Feld geführt werden können: vielmehr wurde ein Kollege, der dies versuchte, noch des „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens“ verdächtigt.

Bei all diesen Maßnahmen kann sich die Unternehmensleitung auf die „sachliche Unterstützung ihrer Arbeit durch den Betriebsrat“ verlassen. So löst sich auch das Rätsel, wieso die Unternehmensleitung sich verpflichtet, den Betriebsrat bei seinen Aufgaben zu unterstützen (§ 34). Eine Hand wäscht die andere – zum Wohle des Betriebes! und seiner Arbeitnehmer. Prost!

Die AO knüpft an faschistische Traditionen bei B+V an.

Die Paragraphen beschreiben mustergültig eine „verschworene Gemeinschaft“ faschistischer Prägung. Hermann Remmele, ZK-Mitglied der Weimarer KPD, beschreibt das Wesen der faschistischen Ideologie kurz und treffend:

„Die Kernidee des Faschismus ist die Lehre von der im mächtigen, starken Staate vereinten Nation ohne Gesellschaftsklassen und daher auch ohne feindlich einander gegenüberstehende Klasseninteressen. Der faschistische „Überstaat“ ist berufen, die Produktion zu regeln, alle Ge-

biete des Arbeitsrechts, die Arbeitszeit, die Lohnhöhe, die Tarife und alles, was den Arbeiter angeht, nach eigenem Ermessen zu bestimmen. Dem Klassenkampf des Proletariats setzt der Faschismus die Lehre vom gemeinsamen Interesse von Arbeitern und Unternehmern entgegen, das in einem höheren Staatsinteresse seine moralische Begründung erfährt. Gemeinschaft geht vor Eigennutz“ heißt der Kernsatz des Faschismus. Wohlgemerkt, das bezieht sich nicht auf die Klasse, die vom Faschismus gelehrt wird, sondern auf die „Nation“ (aus H. Remmele, „Schritt halten“)

Auch in der B+V-Arbeitsordnung kommt diese Ideologie zum Ausdruck. Die „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ läßt keinen Platz für gegensätzliche Klasseninteressen. Da gibt es höchstens „einzelne Ungerechtigkeiten“, bei denen sich die „Arbeitnehmervertreter“ dann auch ab und zu voll ins Zeug legen können, um nicht ihren Einfluß unter den Arbeitern zu verlieren. Allerdings zeigt diese Arbeitsordnung aber auch sehr deutlich, was hinter dieser Fassade steht: Verpflichtungen, Verbote, Einschränkungen, also keine Rechte für die Arbeiter.

Die AO ist ein Beispiel dafür, wie der Arbeiterklasse die erkämpften demokratischen Rechte durch Zusammenarbeit von Kapitalisten und Gewerkschaftsführung genommen werden. Die Gewerkschaftsführung, hier in Person des reaktionären Betriebsrates von B+V, zeigt einmal mehr ihr wahres, arbeiterfeindliches Gesicht. Bezeichnend für die arbeiterfeindliche Politik des Betriebsrates ist die (freiwillig gegebene!) Unterschrift unter diese Arbeitsordnung.

Sieht man sich einmal die Geschichte von B+V an, so ist die faschistische Arbeitsordnung nichts besonderes. Die B+V-Kapitalisten unterstützen schon seit jeher den Faschismus. Zur Zeit des Hitler-Faschismus war B+V einer der führenden Rüstungsbetriebe im „Reich“. Die SS ging hier ein und aus, und Herr Blohm konnte sich freuen, persönlich mit Hitler bekannt zu sein. Auf dem Werksgelände wurden Häftlinge aus dem KZ Neuengamme beschäftigt. Nach dem Niedergang des Nazi-Faschismus änderte sich die Politik gegenüber den Arbeitern nur geringfügig. Zwar wurden den Arbeitern mehr Rechte zugestanden, aber diese vorläufigen Rechte können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie bei einer Verschärfung der Klassenwidersprüche keinen Pfifferling wert sind. Verordnungen, wie die Arbeitsordnung, können dann konsequent angewendet werden. ■

Betriebszellen Blohm + Voss,
KB/Gruppe Hamburg

Berufsausbildung in Stufen

In letzter Zeit konnte man viel über die Bestrebungen der Bundestagsparteien, der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften zur Verbesserung der Berufsausbildung hören und lesen. Um nur einige Punkte zu nennen: Einführung von Stufenausbildung, Berufsgrundbildungsjahr, Verbesserung der Anzahl von betrieblichen und überbetrieblichen Lehrwerkstätten, Verbesserung der fachlichen und pädagogischen Fähigkeiten der Ausbilder, Einrichtung eines Bundesausschusses für Berufsausbildung und eines Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung usw. Alle diese Dinge sollen die Ausbildung „verbessern“ – fragt sich nur für wen?

Bevor im weiteren diese Frage an Hand der Stufenausbildung beantwortet wird, noch einige Hinweise, die für das bessere Verstehen des Artikels beitragen können.

1.) In dieser Arbeit kann weder der Begriff der Berufsausbildung umfassend genug geklärt werden, noch werden grundsätzliche Ausbildungsprobleme wie Verschulung der Berufsausbildung, polytechnische Ausbildung u.a. behandelt. Diese soll demnächst nachgeholt werden.

2.) In der BRD gab es 1970 insgesamt 1,27 Mill. Lehr- und Anlernverhältnisse. Bei den Lehrverhältnissen ergibt eine Aufschlüsselung nach Jungen und Mädchen ein Verhältnis von 2:1. Also von drei Lehrstellen sind zwei männlich und eine weiblich. Von den 47.000 Anlernverhältnissen sind 4.400 männlich und 42.500 weiblich. Das ergibt ein ungefähres Verhältnis von 1:10! Anhand dieser Zahlen entlarvt sich das Gerede von der Gleichberechtigung der Frau als eine hohle Phrase. (1)

3.) Noch ein paar Zahlen zum Verhältnis Groß-/Kleinbetrieb: 1972 waren ca. 14 % der Lehrlinge in Großbetrieben, ca. 41 % im privaten Dienstleistungsgewerbe und in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen beschäftigt. Wenn gesagt wird, daß die Ausbildung in Großbetrieben besser ist, muß man zum einen das Verhältnis Groß-/Kleinbetrieb beachten und zum zweiten, daß die Großbetriebe aufgrund ihrer ökonomischen Lage nicht so sehr gezwungen sind, den Lehrling

als billige Arbeitskraft auszunutzen wie der kleine Krauter.“ (2)

Aber nun zum Thema Stufenausbildung, im folgenden Text als St. abgekürzt.

Geschichtliche Entwicklung der Stufenausbildung

Der Gedanke, die traditionelle Lehre nicht mehr in einem Zeitebschnitt durchzuführen, sondern in Stufen mit der Dauer von jeweils einem oder zwei Jahren zu untergliedern, wird schon seit dem Ende des 2. Weltkrieges diskutiert. (3) So wurde z.B. schon 1948 der Braunschweiger Plan zur St. vorgelegt, in den 50er Jahren die Pläne der IG-Metall, der „Krupprahmenplan“ und die Vorstellungen des „Deutschen Industrie- und Handelstages“ (DIHT) zu diesem Thema. (4) Nach der theoretischen Ausarbeitung erfolgte seit Anfang der 60er Jahre von den Kapitalisten die Umsetzung der Modelle für die St. in die Praxis. Die Firma Krupp z.B. führte 1962 die St. für Schlosser, Elektriker und metallverarbeitende Berufe ein (Dreher, Fräser, Hobler).

Im Auftrag des DIHT führte die Arbeitsstelle für betriebliche Berufsausbildung (ABB), eine durch verschiedene Kapitalistenverbände getragene Organisation, 1965 die „experimentelle Erprobung“ des Rahmenplans der ABB mit 850 Lehrlingen in Großbetrieben und in Klein- und Mittelbetrieben verschiedener Industriezweige durch. Der Rahmenplan sah eine zweijährige Grundstufe und eine eineinhalbjährige Aufbaustufe für Maschinenbauschlosser vor.

Bei der Auswertung des Experiments kommt die ABB zu dem Ergebnis, daß durch die St. ein höheres Leistungsniveau als bei der bisherigen konventionellen Ausbildung erreicht werden kann. Die Durchführung der St. setzt allerdings nach Auffassung der ABB entsprechend eingerichtete Lehrwerkstätten, pädagogisch und fachlich versierte Ausbilder und entsprechende Ausbildungsmittel voraus. (5)

Charakteristisch für das Vorgehen der Bourgeoisie ist es, daß sie nach der Erprobung von Plänen anstrebt,

diese gesetzlich abzusichern. So auch bei der St., welche im September 69 durch das Berufsausbildungsgesetz legitimiert wurde. Im gleichen Jahr führten die Kapitalisten das Stufenmodell für den Einzelhandelskaufmann ein, von dem 170.000 Lehrlinge betroffen sind.

Wir sind hier etwas näher auf die Vorgeschichte der St. eingegangen, um aufzuzeichnen, daß 1. die St. ein längerfristiges Ziel der Kapitalisten war und noch ist, 2. die Kapitalisten nach 1945 planmäßig an die Erreichung des Zieles gegangen sind (Ausarbeitung von Plänen, Erprobung der Pläne in einzelnen Betrieben bis hin zur Anwendung der Pläne im größeren Maßstab). 3. das Bestreben der Kapitalisten, die Anzahl der Lehrwerkstätten zu erhöhen bzw. die Einrichtungen der Lehrwerkstätten umzugestalten und die Verbesserung der pädagogischen und fachlichen Qualitäten der Ausbilder im Zusammenhang mit der Einführung der St. stehen.

Heute wird die St. außer im Bereich des Einzelhandelskaufmanns noch in der Elektroindustrie, für mechanische Berufe und in der Textil- und Bekleidungsindustrie praktiziert. Nach den Angaben des DIHT soll für ca. 70 % aller industriellen Lehrlinge die St. Wirklichkeit werden. (6) Die Handwerkskammern, bei denen ca. 400.000 Lehrlinge eingetragen sind, stehen der St. grundsätzlich positiv gegenüber und befinden sich derzeit im Stadium der Ausarbeitung von Plänen. (7) Aus dem Dargelegten geht hervor, daß die Bedeutung der St. in Zukunft noch erheblich zunehmen wird, und deshalb der Klärung des Wesens der St., wem sie nützt, was für Ziele die Kapitalisten damit verfolgen, wie die Arbeiterklasse darauf reagieren muß, von den bewußten Elementen der Arbeiterbewegung verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen ist.

Das Funktionieren der St.

Wie schon oben erwähnt, gibt es für die Berufsausbildung in Stufen verschiedene Vorstellungen. Betrachtet man, wie derzeit die St. in der Praxis gehandhabt wird, so scheint

sich folgendes Modell durchgesetzt zu haben: verwandte Berufe werden zu einer Grundstufe zusammengefaßt, nach erfolgreichem Abschluß der Grundstufe (das Kriterium für „erfolgreich“ ist das Bestehen der Abschlußprüfung) können weitere Fachstufen, die jeweils wieder durch Prüfungen abgeschlossen werden, folgen. Die Grundstufe soll im Gegensatz zu den Fachstufen dem Lehrling eine allgemeine, breite Fachausbildung vermitteln.

An einem Beispiel erläutert: die bisherigen Metallberufe wie Betriebschlossler, Feinmechaniker, Maschinenschlossler, Werkzeugmacher u.a. werden bzw. sind schon zum Grundberuf Mechaniker zusammengelegt, für den die Ausbildungszeit zwei Jahre beträgt. Nach bestandener Prüfung kann der Lehrling vom Ausbildungsbetrieb für einen Ausbildungsvertrag für einen Aufbauberuf (Betriebsanlagenmechaniker, Feinwerkmechaniker u.a.) erhalten.

Festzuhalten ist, daß das Bestehen der Abschlußprüfung alleine nicht genügt, um einen Ausbildungsvertrag für eine Aufbaustufe zu erhalten. Nach dem Berufsbildungsgesetz ist das nur eine „Kann“-Bestimmung: der Lehrling kann nach bestandener Prüfung übernommen werden – muß aber nicht. (8) Seine weitere Ausbildung hängt ab von den Interessen des Unternehmers, hängt also davon ab, wie der Lehrling sich bisher „benommen“ hat. Ohne auf die St. näher einzugehen, kann man schon jetzt sagen, daß die St. sowohl politisch als auch ökonomisch allein dem Unternehmer nützt.

Warum die Kapitalisten die St. einführen wollen

Um dies zu verdeutlichen, ist es sinnvoll, erst einmal die Motive der St. zu klären. Die Gründe für eine veränderte Berufsausbildung sind in der technologischen und ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft zu suchen, da diese eine Bestimmungsgröße des Ausbildungssystems ist. So brachte z.B. die Erfindung des Computers und seine Anwendung in der Industrie ganz neue Berufe mit sich (Datenverarbeitungskaufmann etc.). Allerdings muß man diese Abhängigkeit nicht einseitig, sondern dialektisch auffassen, denn das Ausbildungssystem übt seinerseits Einflüsse auf die technologische Entwicklung der Gesellschaft aus, ist eine Bedingung für die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Was hat sich an der technologischen Entwicklung geändert bzw. wird sich ändern? Dazu schrieben wir in AK 26:

„Nach Schätzung der Gewerkschaftsführer werden bis zum Jahre 1980 etwa 10 Millionen Arbeitsplät-

ze durch die „technologische Entwicklung grundlegend verändert oder verschwinden ganz. Fast die Hälfte aller Kollegen ist davon betroffen; die Kollegen in der chemischen Industrie in besonderem Maße, da hier der Automationsgrad noch höher als in anderen Branchen ist.

Rationalisierung und Automation sollen sich auf vier Ebenen vollziehen:

1. Die Bereiche der Mechanisierung werden automatisiert. In der Verwaltung wird der Computer-Einsatz und seine Nutzung verstärkt.

2. Die Bereiche von Einzelmaschinen werden durch Vervollkommnung zur Hochmechanisierung übergehen und/ oder durch Verbundsysteme zu Maschinenstraßen und in größere Produktionssysteme integriert.

3. Die Bereiche manueller, vorwiegend wiederholender Arbeiten werden maschinell übernommen. Dabei werden bestehende Organisationsformen umstrukturiert.“

(Aus Geschäftsbericht über die Jahre 69-71 des IG-Chemie-Hauptvorstandes)

Durch die unter 1 - 3 genannten Veränderungen werden Arbeiten, zu denen heute noch eine gewisse Fingerfertigkeit, eine längere Einarbeitungszeit an der Maschine oder sogar eine handwerkliche Ausbildung gehört, entweder ganz wegfallen oder noch stupider, nervlich belastender werden. Im unternehmerfreundlichen Jargon wird das ganz einfach „Qualifikationsüberhang“ genannt.“ (AK 26)

Aus dieser Einschätzung geht hervor, daß durch die technologische Entwicklung eine große Anzahl von Arbeitsplätzen in der Weise verändert wird, daß 1. die Arbeit einfacher wird, was zum einen die Reduzierung der Anzahl der Fachkräfte mit dreijähriger Ausbildungszeit zur Folge hat (genau das ist die erste Funktion der St.), zum anderen mit Lohnsenkungen verbunden ist, denn „je weniger Bildungszeit eine Arbeit erfordert, desto geringer sind die Produktionskosten des Arbeiters, um so niedriger ist der Preis seiner Arbeitskraft, sein Arbeitslohn.“ (Marx)

2. die Abnahme der Anzahl der Fachkräfte führt zur Intensivierung derselben (zweite Funktion der St.).

Zur Ergänzung sollen nun kurz die Gedanken der Kapitalisten zur St. dargelegt werden.

„In der St. wird also eine Synthese zwischen genügender Breite der Ausbildung (Mobilität) und fachlicher Spezialisierung herbeigeführt, die am besten geeignet sein dürfte, den Unsicherheiten der Zukunft zu begegnen. Die Vorteile sind größere Flexibilität, bessere Anpassung an die Eignungsstruktur der Jugendlichen unter Wahrung ihrer Chancengleichheit.“ (9)

Weiter auf S. 27: „Das seit drei Jahren praktizierte St.-Modell hat

sich bisher durchaus bewährt.“ (Ge-meint ist das Modell für den Einzelhandelskaufmann) Und in einem anderen Text:

„Die seit etwa 30 Jahren bestehenden Lehrberufe entsprechen in ihrem seinerzeit konzipierten Berufsinhalt weder den heutigen Anforderungen noch dem Ausbildungsstand, der sich im Verlauf der Zeit in den Betrieben der Metallindustrie herausgebildet hat.... Bei den Produktionsarbeitern wird die Zahl der Ungelernten und kurzfristig Anzulernenden auf längere Sicht in steigendem Maße durch breiter ausgebildete Arbeitskräfte mittleren Niveaus zu ersetzen sein, die vielseitiger einsetzbar sein müssen.“ (10)

Abgesehen von der unverschämten Lüge der Chancengleichheit der Jugendlichen bestätigen die Zitate noch einmal das, was oben geschildert wurde:

Die Kapitalisten wollen sich ein Heer von breit ausgebildeten Arbeitskräften mittleren Niveaus, die „mobil“ sind, d.h. überall einsetzbar, und eine kleine Anzahl von Spezialisten schaffen, die die Rolle von „Unteroffizieren“ in der Produktion spielen sollen. Aus den Veränderungen des Produktionsprozesses – die Arbeit wird einfacher, Produktionsarbeiter sind zu ersetzen durch breiter ausgebildete mittleren Niveaus – ist es verständlich, daß die dreieinhalb-jährige Lehrzeit größerer Teile der Arbeiterklasse unnötig gemacht wird.

Und weiter im gleichen Text:

„Dazu müssen wir aber die Forderung erheben, daß Ausbildungsverträge sowohl für die Grund- und Aufbaustufe allein als auch für die Grund- und Aufbaustufe gemeinsam abgeschlossen werden können, um sowohl den betrieblichen Erfordernissen als auch den für die Jugendlichen am besten geeigneten Berufszielen entsprechen zu können.“

Das ist das Kernstück der St. Dadurch, daß die Kapitalisten sowohl Verträge für eine Stufe als auch für mehrere abschließen können, haben sie ein Instrument in der Hand, um die Zahl der Lehrlinge ihren Ausbeutungs- und Unterdrückungsinteressen besser anzupassen. Und das heißt im Unternehmer-Jargon: um den für die Jugendlichen am besten geeigneten Berufszielen entsprechen zu können!

Glatter Hohn ist das! Ein Beispiel, wie dieses in der Praxis aussieht, bietet der Krupppahnenplan:

Nach diesem Plan wird die Berufsausbildung in vier Stufen zerlegt:

1. Stufe Betriebswerker ein Jahr Ausbildungszeit Bedarf: 25 %
2. Stufe Facharbeiter zwei Jahre Ausbildungszeit Bedarf: 45 %

3. Stufe Facharbeiter
drei - dreieinhalb J. Ausbildungszeit
Bedarf 20 %

4. Stufe Angestellte und Techniker
über drei Jahre Ausbildungszeit
Bedarf 10 %

Wer den Bedarf bestimmt, dürfte klar sein: einzig allein die Interessen der Kapitalisten.

Die politischen Folgen der St.

Einmal bietet die St. dem Unternehmer die Möglichkeit, fortschrittliche Lehrlinge und Jugendvertreter von einer Weiterqualifizierung auszuschließen, indem sie ihnen, gleich ob sie die Prüfung bestanden haben oder nicht, keine neuen Ausbildungsverträge für eine Aufbaustufe anbieten.

Die St. eignet sich für den Unternehmer für den Ausbau seines Unterdrückungsapparates, indem der Lehrling, welcher bestrebt ist, eine möglichst hohe Qualifikation zu erreichen, stärker als bisher gezwungen wird, sich den Interessen des Kapitalisten zu beugen. Die St. erschwert die politische und gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb, verbessert die Auslesemöglichkeiten des Unternehmers und bedeutet eine weitere Aushöhlung der demokratischen und politischen Rechte, da diese, obwohl auf dem Papier gewährt, in die Praxis noch schwerer umzusetzen sind.

An einem Beispiel aufgezeigt: Von 20 Lehrlingen, die einen Vertrag für die Grundstufe erhalten haben, können nur fünf einen Vertrag für eine Aufbaustufe bekommen. Derjenige, der sich politisch betätigt und gleichzeitig eine gute Leistung vorzeigt, hat kaum eine Chance weiterzukommen. Die Entscheidung liegt einzig und allein beim Unternehmer.

Daß dadurch das Konkurrenzdenken unter den Lehrlingen gefördert wird, ist für den Kapitalisten sowohl erwünschenswert als auch besonders erfreulich, da „Lohnarbeit nur auf der Konkurrenz der Arbeiter untereinander beruht“ (Manifest).

Gleichzeitig mit der Förderung des Konkurrenzdenkens wird die Spaltung der Arbeiterjugend und damit der gesamten Arbeiterklasse jetzt auch während der Lehrzeit verschärft. Dieses ist allerdings nicht nur für die St. charakteristisch, sondern für die ganze kapitalistische Bildungspolitik, die hier direkt fortgesetzt wird.

Vor der Einschulung Trennung in Sonderschule und Volksschule. Nach Abschluß der vierten Klasse Trennung in Haupt-, Realschule und Gymnasium. Und das alles aufgrund scheinbar objektiver Prüfung. Das Potential der Hauptschulabgänger wird später als ungelerner Arbeiter bzw. als Lehrlinge eingesetzt. Die Realschüler stellen das Potential für mittlere Führungskräfte dar. Die

Oberschüler schließlich werden später als höhere Führungskräfte oder Wissenschaftler beschäftigt. So werden aus gleichen Schülern in der Grundschule Ausbeutete und Vertreter der Ausbeuter, so werden durch das Bildungssystem die Klassenunterschiede reproduziert.

Hier soll noch ganz kurz darauf eingegangen werden, wie die Kapitalisten und ihre Vertreter versuchen, die St. den Lehrlingen schmackhaft zu machen:

„Nach zwei Jahren erfolgt eine Prüfung, die die Bildungsfortschritte und Begabungsschwerpunkte feststellen soll. Danach setzt eine Gabelung ein, derart, daß den vorwiegend praktisch und den mehr theoretisch Begabten unterschiedliche Bildungsmaßnahmen angeboten werden, die ihren individuellen Bedürfnissen besser als bisher Rechnung tragen.“

(12) Die „weniger Begabten“ können schon nach zwei Jahren auslernen, die „höher Begabten“ können weiter lernen. Wer begabt oder weniger begabt ist, entscheidet eine scheinbar objektive Prüfung. In einer Prüfung werden die Leistungen der einzelnen Lehrlinge untereinander verglichen. Vergleichen kann man aber nur ähnliche Sachen, d.h. jeder Lehrling müßte die gleichen Chancen zur Entwicklung seiner Fähigkeiten haben. Erst dann ließen sich die Leistungen objektiv vergleichen. Da aber die gleichen Leistungen fehlen, wird es zwangsläufig so werden, daß Lehrlinge aus ärmeren Haushalten (Hilfsarbeiterfamilie) in der Regel nach der ersten Stufe auslernen müssen, und Lehrlinge, deren Eltern bessere finanzielle Möglichkeiten haben, werden länger lernen können. Das trägt dazu bei, daß die sozial Schwachen aus ihrer Lage im allgemeinen nicht herauskommen. Um den Unsinn von „vorwiegend praktisch und den mehr theoretisch Begabten“ auf einen Nenner zu bringen: Intelligenz, „Begabung“ ist nicht angeboren, vererbbar, sondern zum allergrößten Teil Produkt der Umwelteinflüsse der kapitalistischen Gesellschaft.

Jetzt zu den Vertretern der Kapitalisten – in diesem Fall dem Hamburger Senat –

Folgende Hauptmerkmale sollen die Berufsbildung in Stufen bestimmen:

- Die Jugendlichen beginnen ihre Berufsausbildung, ohne sich dabei auf eine bestimmte Abschlußqualifikation festzulegen.

- Die Jugendlichen können während ihrer Ausbildung innerhalb des von ihnen gewählten Berufsfeldes Fachrichtung und Niveau der Abschlußqualifikation nach Befähigung und Neigung selbst bestimmen.

- Die Jugendlichen brauchen nicht die gesamte Ausbildung innerhalb eines Blockes zu absolvieren. Wer

sich die nächste Stufe nicht mehr zutraut oder sich erst einmal beruflich bewähren möchte, kann auf der Basis der ersten beruflichen Qualifikation in das Arbeitsleben eintreten, ohne dabei wesentliche Chancen für eine spätere Höherqualifikation zu verlieren. Er kann nach einer Zeit der Berufstätigkeit seiner Erstausbildung eine weitere Stufe hinzufügen. (13)

Heuchlerischer geht es wohl kaum noch! Es ist ja gerade das Wesen der St., daß nicht der Lehrling über eine höhere Stufe bestimmt, sondern allein der Kapitalist nach politischen und ökonomischen Gesichtspunkten auswählen kann, wem er für die Aufbaustufe Ausbildungsverträge geben will.

Wie muß der Kampf gegen die St. geführt werden?

Verschiedene Organisationen (JUSOS, Trotzlisten) und die Gewerkschaftsjugend fordern, daß staatliche Lehrwerkstätten eingerichtet werden. Verstaatlichung im Kapitalismus heißt: auf Kosten der Arbeiterklasse! Abgesehen von der falschen Einschätzung der Rolle des Staates ist es wohl eine Illusion zu glauben, daß in staatlichen Lehrwerkstätten die Lehrlinge nicht auf den Arbeitsprozeß, der nun mal im Kapitalismus der Verwertung des Kapitals dient, orientiert werden. Zum anderen kann man damit rechnen, daß die Erziehungsmethoden der staatlichen Lehrwerkstätten sich von den betrieblichen nicht wesentlich unterscheiden. Denn der Bourgeoisie (und der Staat ist ein Instrument der Bourgeoisie) lag nie etwas daran, das Ausbildungssystem zu einem Werkzeug der Erziehung der menschlichen Persönlichkeit zu machen. Im Gegenteil, sie benutzt es, um für sich gehorsame Diener, Vollstrecker ihres Willens, Sklaven des Kapitalismus heranzuziehen. (Lenin)

Zwar sind auch im Sozialismus die „Begabungen“ unterschiedlich und damit verbunden, auch die für die einzelnen Tätigkeiten erforderlichen beruflichen Qualifikationen, aber das Ausbildungssystem ist hier im Gegensatz zum Kapitalismus Objekt der Arbeiterdemokratie (die Arbeiter entscheiden, wer in bestimmter Weise weiterqualifiziert wird – Teilnahme an Kursen, Schulung etc. – und zwar durchaus unter gesellschaftlich-politischen Gesichtspunkten, aber eben vom Klassenstandpunkt des Proletariats aus.) Außerdem stellt der Sozialismus nicht mehr und weniger „qualifizierte“ Arbeiter spalterisch einander gegenüber, sondern propagiert und praktiziert die Solidarität.

Aus dem oben Dargelegten ist es verständlich, daß der Kampf gegen die St. – wobei es natürlich notwendig ist, zusammen mit den älteren Kollegen sich für eine Übernahme aller Lehrlinge in höhere Stufen einzusetzen, um einer weiteren Verschlechterung der Lage der Arbeiterjugend entgegenzutreten – daß dieser Kampf einmünden muß in den Kampf der gesamten Arbeiterklasse gegen Kapitalismus und für Sozialismus.

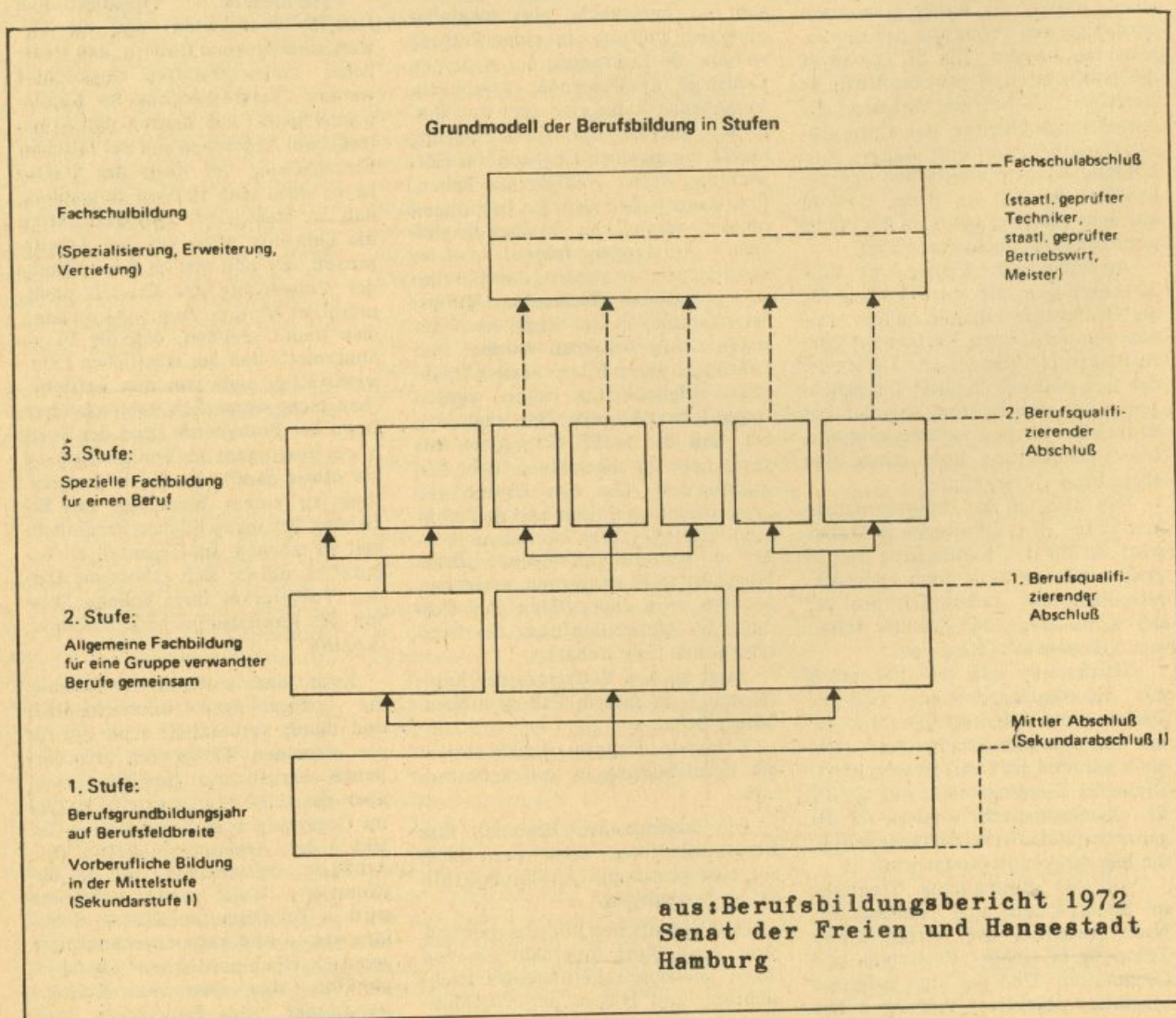
Solange es den Kapitalismus gibt, wird echte Bildung nur für die Reichen da sein; für die Mehrheit der Werktätigen genügt die Ausbildung zu guten Dienern, zu guten Arbeitern, aber nicht zu wirklichen Herren ihres Lebens. (Lenin)

Jugendkommission des Chemie-Komitees, KB/Gruppe Hamburg

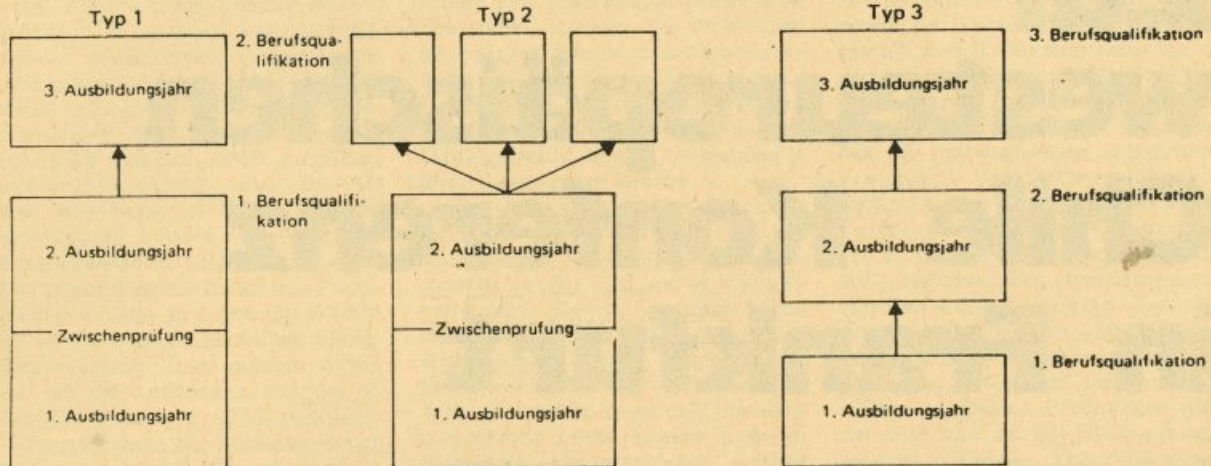
Anmerkungen

- (1) Statistisches Jahrbuch 1972 Wiesbaden 1972, S. 130, Tabelle C3
- (2) Probleme der beruflichen Bildung, Ergebnisse der Bundesarbeits-tagung der Gewerkschaftsjugend im März 1973, S. 3
- (3) Es ist möglich, daß schon vor dem zweiten Weltkrieg Pläne zur St. existierten.
- (4) W. Dietrich Winterhager, „Lehrlinge, die vergessene Majorität“, S.100
- (5) Armin Hegelheimer, „Berufsausbildung in Deutschland“, S. 92
- (6) Zukunftsorientierte Berufsbildung, Kuratorium der deutschen

- Wirtschaft für Berufsbildung, Stand Nov. 71, S. 24
- (7) ebenda, S. 25
 - (8) § 26 des Berufsbildungsgesetzes
 - (9) siehe S. 26 (6)
 - (10) Stellungnahme des Gesamtverbandes der Metallindustriellen Arbeitgeberverbände e.V. Gesamtmetall, zitiert aus (5) S. 77/78
 - (11) Herbert Maass: „Zur politischen Ökonomie der Lehrlingsausbildung“, S. 42
 - (12) siehe S. 26 (6)
 - (13) Berufsbildungsbericht 1972, Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, S. 83



Typen gegenwärtig geltender Stufenausbildungsordnungen



Einzelhandel:

- zweijährige Ausbildung zum Verkäufer
- Ausbildung in der Aufbaustufe zum Einzelhandelskaufmann

Weberei-Industrie und Spinnerei-Industrie

- zweijährige Ausbildung zum Textilmaschinenführer
- Ausbildung im dritten Jahr zum Textilmechaniker

Maschenwaren-Industrie:

- zweijährige Ausbildung zum Textilmaschinenführer
- Ausbildung im dritten Jahr zum Textilmechaniker für Strumpfkerei und Wirkerei oder Strumpf- und Feinstrumpfundstrickerei oder Ketten- und Raschelwirkerei

Textilveredlung:

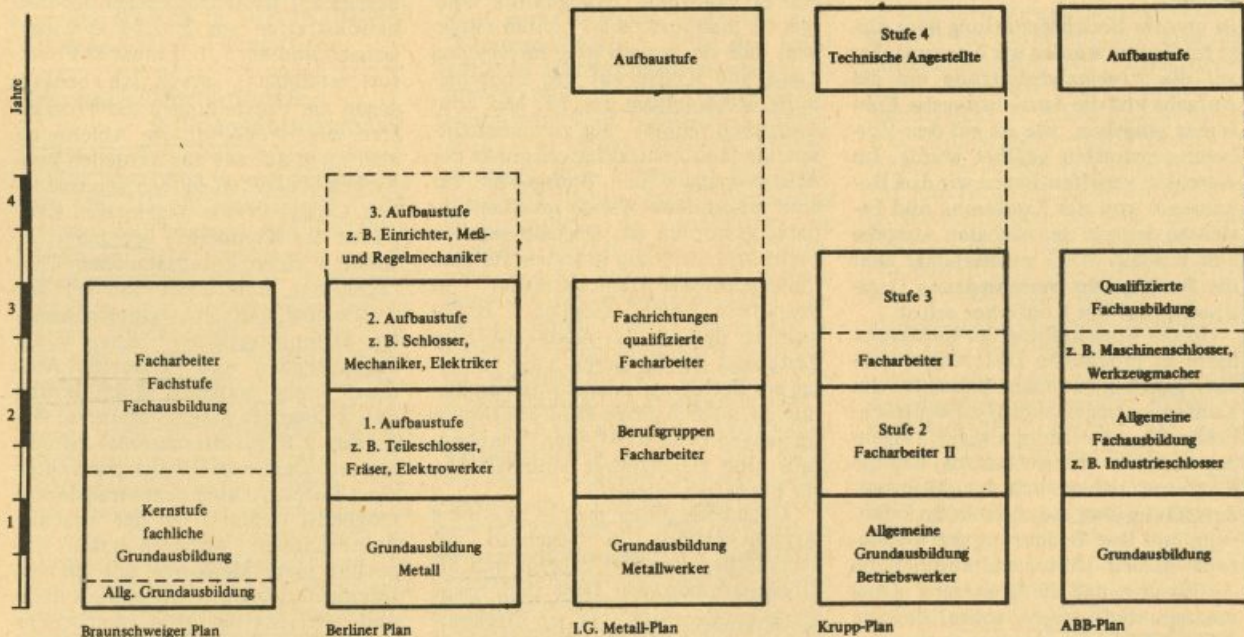
- zweijährige Ausbildung zum Textilveredler (Maschinenführung)
- Ausbildung im dritten Jahr zum Färberei-Textilveredler oder Druckerei-Textilveredler oder Appretur-Textilveredler

Bekleidungsindustrie:

- einjährige Ausbildung zum Bekleidungsnaher
- Ausbildung im zweiten Jahr zum Bekleidungsfertiger
- Ausbildung im dritten Jahr zum Bekleidungsschneider

aus: Berufsbildungsbericht 1972
Senat der Freien und Hansestadt
Hamburg

Pläne zur Stufenausbildung



Quelle: Deutscher Industrie- und Handelstag, Berufsausbildung 1964, Schriftenreihe H. 96, Bonn 1965.

Zur westeuropäischen Chile Konferenz in Frankfurt

Vom 23. - 26. April fand in der Nähe von Frankfurt eine Chile-Konferenz statt, an der Delegationen von rund 30 politischen Organisationen sowie verschiedener Chile-Komitees teilnahmen. Die Delegationen kamen aus 18 überwiegend westeuropäischen Ländern. Der chilenische Widerstand war durch Genossen des MAPU, der Sozialistischen Partei und der „Christen für den Sozialismus“ vertreten. Der MIR, der nicht mit eigenen Genossen an der Konferenz teilnehmen konnte, hatte eine Grußbotschaft und einen schriftlichen Diskussionsbeitrag geschickt. Außerdem war die FOLA (Bund lateinamerikanischer Organisationen in der BRD) und der Movimiento Popular Dominicana Marxista-Leninista (Dominikanische marxistisch-leninistische Volksbewegung) sowie Beobachter aus dem Iran, der Türkei und dem Arabischen Golf vertreten.

In unserer Berichterstattung über diese Konferenz werden wir hier zunächst auf die Auseinandersetzung um die Aufgabe und die Ausrichtung der Konferenz eingehen, wie sie auf den Vorbereitungstreffen geführt wurde. Im Anschluß veröffentlichten wir drei Dokumente von der Konferenz und berichten dann in der nächsten Ausgabe von UNSER WEG ausführlicher über die Beiträge der verschiedenen Organisation auf der Konferenz selbst.

In der Vorbereitung der Konferenz hatte es erhebliche Differenzen darüber gegeben, welchen Charakter die Konferenz tragen soll. Die hauptsächlichsten Gegenpositionen waren folgende: einerseits die Auffassung, daß die Konferenz wesentlich der Auseinandersetzung über die chilenische Erfahrung und ihre Bedeutung für Westeuropa dienen sollte; andererseits die Auffassung, daß die Konferenz „Massencharakter“ tragen sollte, daß sie Ausdruck einer „massiven nationalen und internationalen Mobilisierung“ sein sollte.

Diese letztere Auffassung wurde vor allem von den trotzkistischen Organisationen der sogenannten „IV. Internationale“ vertreten, d. h. in

Westdeutschland der GIM und in Frankreich die rouge (ehemals Ligue Communiste). Insbesondere wollten diese Organisationen, daß als eigentliches „Kernstück“ der Konferenz eine „internationale Demonstration“ und weitere „internationale Massenveranstaltungen“ in Frankfurt stattfinden sollten, mit „breiter Mobilisierung“ in allen westeuropäischen Ländern. Dagegen wandten sich die meisten Organisationen, allerdings aus unterschiedlichen Gründen. Das Sozialistische Büro, das innerhalb des Organisationskomitees der Konferenz mit dem Hauptteil der praktischen Vorbereitungsarbeiten beauftragt war, sprach sich in erster Linie deswegen gegen die Vorstellungen der Trotzkisten aus, weil man „in Frankfurt keine genügend großen Säle für solche Massenveranstaltungen“ finden könnte.

Die italienischen Delegationen (Lotta Continua, Avanguardia Operaia, il manifesto u.a.) hielten entgegen, daß sie gegenwärtig im eigenen Land alle Kräfte auf das Ehescheidungs-Referendum am 12. Mai konzentrieren müßten, das zu einem entscheidenden Zentralisationspunkt der Anstrengungen der Bourgeoisie für eine reaktionäre Wende im Staatsapparat geworden ist. Deshalb sei eine breite Mobilisierung in Italien für eine „internationale Demonstration“ in Frankfurt nicht möglich. Hinzu kommt, daß am 25. April (also zum Zeitpunkt der Konferenz) der Jahrestag der Befreiung Italiens vom Faschismus ist, an dem große Manifestationen im ganzen Land stattfinden, was ebenfalls eine gleichzeitige Mobilisierung für Frankfurt verbietet.

Gegenüber dieser politischen Argumentation (im Gegensatz zur technischen des SB) zeigten sich die Organisationen wie GIM und rouge völlig uneinsichtig – ja, sie offenbarten ihr ganzes Unverständnis und ihr ganzes Ignoranz gegenüber den aktuellen Fragen des Klassenkampfes in Italien dadurch, daß sie die italienischen Genossen auch noch arrogant anpöbelten, sie würden keine tatsächliche Solida-

rität mit dem Kampf des chilenischen Volkes leisten wollen. Abgesehen davon, daß den Vorwürfen der Trotzkisten eine völlig unmarxistische Auffassung über die Aufgaben des proletarischen Internationalismus zugrunde liegt, muß man sich nur noch einmal vergegenwärtigen, daß in Italien die tatsächlich breiteste und massivste Solidaritätsbewegung mit dem Kampf des chilenischen Volkes zustande gekommen ist, die es überhaupt in irgendeinem westeuropäischen Land nach dem faschistischen Militärputsch in Chile gegeben hat – und daß diese Solidaritätsbewegung aktiv von den Organisationen der revolutionären Linken Italiens getragen und organisiert wurde.

Unsere Organisation, die das erste Mal auf dem letzten Vorbereitungstreffen Ende März anwesend war (das Stattfinden der Konferenz wurde bereits auf westeuropäischen Koordinationstreffen am 2.12.73 in Liege/Belgien und am 5./6. Januar in Frankfurt vereinbart), sprach sich ebenfalls gegen die Vorstellungen der Trotzkisten aus, wobei unsere Ablehnung aber nicht nur aus den aktuellen politischen Aufgaben in den verschiedenen Ländern (zum angesetzten Zeitpunkt der Konferenz) begründet ist, sondern einen grundsätzlichen Charakter hat. Zum einen sind wir der Auffassung, daß solche „internationalen Demonstrationen“ einen völlig ungenügenden und verzerrten Ausdruck einer massiven Mobilisierung und Solidarität widerspiegeln; im Gegensatz z.B. zu international koordinierten Demonstrationen zum gleichen Zeitpunkt aber dezentralisiert in möglichst vielen Orten der verschiedenen Länder, wodurch erstens insgesamt mehr Menschen sich an den Demonstrationen beteiligen könnten, und zweitens die propagandistische und agitatorische Wirkung ebenfalls sehr viel größer wäre, indem alle beteiligten Länder gleichzeitig zum Schauplatz der Solidarität gemacht werden, indem über die Zahl der Demonstranten hinaus ebenfalls weit mehr Menschen in den Straßen und

an den Fenstern ihrer Wohnungen durch die Demonstration „angesprochen“ würden. Hinzu kommt, was die Situation in unserem Land betrifft, daß die revolutionäre Bewegung zur Zeit immer noch so schwach ist, daß selbst sogenannte „nationale Demonstrationen“, wie sie verschiedentlich vom KBW und der „KPD“ vorgeführt und erprobt wurden, tatsächlich nur eine sehr begrenzte Teilnehmerzahl mobilisieren können (im Gegensatz beispielsweise zu solchen nationalen Demonstrationen in Italien und Frankreich, wo dann an einem Ort 50.000 bis an die 200.000 Menschen zusammenkommen). Zum anderen vertreten wir die Auffassung, daß der erhebliche finanzielle Aufwand solcher Veranstaltungen (die Reisekosten von Tausenden von Genossen) nicht in Einklang zu bringen ist mit ihrem tatsächlichen politischen Nutzen – und daß der Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes in diesem Fall besser gedient wäre, wenn man die Genossen dazu aufruft, ihr Geld lieber direkt an den chilenischen Widerstand zu spenden, statt es für Fahrkarten zu „internationalen Demonstrationen“ auszugeben (eine Auffassung, die ein Vertreter der GIM auf einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung in Frankfurt übrigens verächtlich als „Sparschweinchen-Theorie des KB“ bezeichnete). Diese Haltung haben wir auch schon früher eingenommen, weil wir es als eine prinzipielle Frage ansehen, daß die internationale Solidarität weder zum Show-Rummel noch zur Verantwortunglosigkeit verkommen darf (siehe dazu auch den Auszug unseres Briefes an die Genossen von Avantgardia Operaia in DIE INTERNATIONALE Nr. 2, Februar 74).

Wie muß internationale Solidarität aussehen?

Die trotzkistischen Organisationen der sog. „IV. Internationale“ (GIM, rouge usw.) konnten sich mit ihrem Ansinnen nicht durchsetzen – und blieben daraufhin der Konferenz gänzlich fern (andere trotzkistische Organisationen, wie z.B. Spartacus, die einer anderen „Tendenz“ innerhalb des Trotzkismus angehören, nahmen allerdings teil). Auch die verschiedenen sich so nennenden „Marxistisch-leninistischen Parteien“ beteiligten sich nicht an der Konferenz, waren aber auch von vornherein nicht zu den Vorbereitungssitzungen gekommen. Aus Westdeutschland waren desweiteren z.B. die Münchener Gruppe Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (ehemals ABG), der KBW und die SAG ferngeblieben, wobei die beiden letztgenannten jedoch zeitweise auf den Vorbereitungstreffen anwesend waren.

Die Schlußresolution der Konferenz verurteilte das Fernbleiben all

dieser Organisationen. Es wurde darin hervorgehoben, daß diese Organisationen nicht etwa ausgeschlossen worden waren, sondern daß sie allesamt aus eigenem Entschluß der internationalen Diskussion ferngeblieben sind.

Der KBW und die GIM gaben zu ihrer Entscheidung jeweils eine Erklärung heraus, die sich weitgehend in ihren Argumenten ähneln.

Die GIM erhob in ihrer Erklärung den „Verdacht... daß hier „Chile-Solidarität“ nur als Aufhänger, als Vorwand gebraucht wird, um in Wirklichkeit andere Ziele zu verfolgen“. Weiter heißt es darin: „Die dreitägigen Diskussionen drohen einen sterilen Seminarcharakter zu bekommen, denn die westdeutsche und die westeuropäische Linke werden nicht repräsentativ vertreten sein.“ Und schließlich: „Die GIM ist nicht gegen Diskussionen innerhalb von Teilen der europäischen Linken – im Gegenteil, wir halten internationale Diskussionen und internationalen Erfahrungsaustausch verschiedener revolutionärer Organisationen auf europäischer Ebene für begrüßenswert und notwendig. Es ist jedoch unserer Meinung nach politisch falsch und desorientierend, wenn solche Diskussionen unter dem Tarnmantel „Chile-Solidarität“ durchgeführt werden.“

Der KBW veröffentlichte eine Erklärung zu seiner Nicht-Teilnahme in der „KVZ“, Nr. 8/74 (17. April). Darin brandmarkt auch er, daß die chilenische Erfahrung für die Konferenzteilnehmer nur ein „Anlaß“ sein soll, daß die Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes nur „ausgenutzt“ werden soll, um „die Vereinheitlichung der westeuropäischen Linken“ voranzutreiben“ und um eine „Strategiedebatte“ (die der KBW selbst in Anführungsstriche setzt) zu führen. Nun ist eine „Vereinheitlichung“ der westeuropäischen Linken aber gar nicht das Ziel der Konferenz gewesen, und konnte es bei deren unterschiedlicher Zusammensetzung auch gar nicht sein – sondern es ging zunächst einmal darum, eine politische Auseinandersetzung innerhalb der westeuropäischen Linken zu führen bzw. überhaupt erst in Gang zu setzen. Dem KBW dient dieser selbstgeschaffene Popanz („Vereinheitlichung“, „Strategiedebatte“) aber auch nur dazu, um bauernschlau entgegenzuhalten, daß es ihm „nicht um die Vereinheitlichung einer westeuropäischen Linken“ (geht), sondern um die Einheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland und die Einheit des internationalen Proletariats“. Das ist ja mittlerweile auch so etwas wie eine „taktische Hauptlinie“ im KBW geworden, daß er die „Einheit der Arbeiter“ gegen die „Einheit der Linken“ ausspielt, statt ihr Verhältnis zueinander zu untersuchen und zu entwickeln, d.h. zu fragen, auf welchem Weg und auf welcher Grund-

lage die Einheit der Arbeiter überhaupt herstellbar ist. In der Erklärung des KBW heißt es weiter, daß er auf einem der Vorbereitungstreffen vorgeschlagen hat, die Konferenz auf einen einzigen Tagesordnungspunkt zu beschränken, nämlich: „Die gegenwärtige Lage in Chile und die Aufgaben der internationalen Solidaritätsbewegung“. Dazu hatte er gefordert, Referenten zu benennen“ und dieses Thema „in öffentlichen Veranstaltungen zu behandeln“ – und eben nicht auf „irgendwelchen Arbeitstagen von allen möglichen „linken“ Organisationen“, die nur ein „Unterfangen mit verfehltm Zweck und ohne jede praktische Bedeutung“ sind.

Was beiden Erklärungen (der der GIM und der des KBW) also gemein ist, das ist die „Theoretisierung“ ihrer Abneigung gegenüber einer politisch-theoretischen Diskussion. Beim KBW sticht das besonders aus seinem eigenen Vorschlag für eine „beschränkte“ Themenstellung hervor, dessen wesentlicher Inhalt es ist, die konkrete Analyse der chilenischen Erfahrung unter der dreijährigen UP-Regierung und die Auseinandersetzung in Westeuropa zu liquidieren.

Zweitens, und das steht in engem Zusammenhang damit, ist diesen Argumentationen die falsche und undialektische Entgegensetzung von „Solidarität“ und „Diskussion“ gemein, wenn gegen diese Diskussion in fast schon sozialdemokratischer Manier gepöbelt wird, daß ihr die Chile-Solidarität nur als „Tarnmantel“, „Aufhänger“, „Vorwand“ (GIM-Zitate) oder als „Anlaß“ und „Ausnutzung“ (KBW-Zitate) dienen würde.

Das allen Revolutionären bekannte Wort Ho Chi-Minhs, daß man den Befreiungskampf der indochinesischen Völker am besten dadurch unterstützen kann, indem man den Klassenkampf im eigenen Land entwickelt, scheint für einige Vertreter innerhalb der Linken nichts mehr als eine billige Standardformel zu sein, die man natürlich in Worten „anerkennt“, deren ganzen Sinn man aber in der Praxis offenbar nicht begriffen hat. Es geht nicht darum, ob Solidaritätsaktionen (Demonstrationen und Veranstaltungen mit möglichst großer Beteiligung) durchgeführt werden – und auch die Konferenz war ja „ergänzt“ oder „eingebettet“ in eine abschließende Demonstration, öffentliche Diskussionsveranstaltungen an zwei Tagen in der Frankfurter Uni und einen großen Solidaritätsabend mit lateinamerikanischen Liedern in der Offenbacher Stadthalle. Sondern es geht darum, in welcher Richtung man die Solidarität entwickelt. Wir meinen, daß die Solidarität so zu entwickeln ist, daß die westdeutsche Arbeiterklasse (und auch die revolutionäre Linke selbst, die gerade in

Westdeutschland nicht von sich behaupten kann, daß sie die Weisheit bereits mit Löffeln gefressen hätte!) möglichst viel aus der chilenischen Erfahrung für ihren Kampf gegen die „eigene“ Bourgeoisie lernt. Dazu brauchen wir eine ernsthafte und intensive Diskussion und Auseinandersetzung, und zwar nicht nur im nationalen, sondern im internationalen Rahmen. Eine Auseinandersetzung über Strategie und Taktik des Imperialismus, über seine Möglichkeiten, die er heute trotz sich entwickelnder Krise immer noch hat, um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten und zu verteidigen; eine Auseinandersetzung über den Irrweg des Reformismus und Revisionismus, der den faschistischen Militärputsch nicht nur nicht verhindern konnte, sondern diesem für seine Putschvorbereitungen auch noch reichlich Raum ließ und die chilenischen Arbeiter und Bauern weitgehend unvorbereitet und unbewaffnet dem gegenüberstellte; eine Auseinandersetzung darüber, in welcher Weise die revolutionäre Linke in Chile Einfluß auf diesen Prozeß zu nehmen versuchte, in welcher Weise und mit welchen Erfahrungen es ihr gelang, in gewissem Umfang eine Selbständigkeit der Arbeiterklasse (oder von Teilen der Arbeiterklasse) gegenüber dem bürgerlichen Staatsapparat und dem Reformismus der Regierung zu entwickeln usw. usf. Diese Auseinandersetzung und die weitere Entfaltung einer internationalen Solidarität mit dem revolutionären chilenischen Widerstand sind für uns untrennbar miteinander verbunden.

Wenn man sich die „Solidaritätsbewegung“ mit dem Kampf des chilenischen Volkes in unserem Land einmal ohne Scheuklappen anschaut, dann muß man realistisch feststellen, daß sie als „Bewegung“ im eigentlichen Sinne des Wortes gar nicht mehr existiert – und genaugenommen als solche auch nie existiert hat. Darüber mag man einfach hinwegsehen, wie der KBW, oder jammern und klagen, wie die GIM. Oder man mag die Ursachen dafür analysieren und zu dem Ergebnis kommen, daß dies ein unweigerlicher Ausdruck des Stands der Klassenkämpfe insgesamt und des niedrigen Niveaus der politischen Diskussion und Arbeit innerhalb der revolutionären Linken in unserem Land ist – was aber ebenso unweigerlich zu der Schlußfolgerung führen muß, daß in erster Linie hier der Hebel anzusetzen ist, und nicht in bloßen Aufrufen zu einer vermeintlichen „Massenmobilisierung“, die gegenwärtig gar nicht erreichbar ist.

Ohne den Stand des politischen Bewußtseins innerhalb der französischen oder italienischen Arbeiterklasse zu übertreiben, wollen wir doch darauf hinweisen, daß französische Hafenarbeiter beispielsweise Waffen-

lieferungen ihrer Regierung an die chilenische Militärjunta aktiv boykottiert haben, und daß in Italien die breiteste Solidaritätsbewegung mit dem Kampf des chilenischen Volkes nach dem Putsch möglich gewesen ist, die es überhaupt in irgendeinem westeuropäischen Land gegeben hat, und zwar mit tatsächlich massenhafter Beteiligung der Arbeiter, teilweise sogar mit kurzen Streiks in einigen Betrieben. Wo liegt der Unterschied zu Westdeutschland? „Etwa einfach darin, daß die italienische und französische Linke mehr mobilisiert hätten, mehr Aufrufe zu Solidaritätsaktionen herausgegeben hätten? Das mit Sicherheit auch – aber warum konnten sie das, warum wurden diese Aufrufe befolgt? Der Grund liegt doch wohl darin, daß die italienischen und französischen Arbeiter gegenüber ihren westdeutschen Kollegen schon weit mehr Klassenkämpferfahrung angesammelt haben und die Zusammenhänge des Imperialismus und die Notwendigkeit und Mittel ihres eigenen Kampfes schon bewußter sehen. Wenn es also ernsthaft mit der Entfaltung einer tatkräftigen Solidarität gemeint ist, dann sollten diejenigen, die dieses Wort so gerne und lautstark im Mund herumwälzen, doch mit mehr Energie darangehen und eben diese Bedingungen schaffen, damit die westdeutsche Arbeiterklasse in gleicher und sogar noch massiverer Weise ihre Solidarität verwirklichen kann. Dann sollten und müßten wir nicht weniger, sondern noch sehr viel mehr die internationale Auseinandersetzung unter der revolutionären Linken suchen, um die Erfahrungen der Klassenkämpfe in Chile, Italien, Frankreich usw. zu diskutieren, mit unseren eigenen Erfahrungen zu konfrontieren, und für unsere eigene Arbeit davon zu profitieren. Das und nichts anderes ist überhaupt eine wesentliche Voraussetzung, um „die Einheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland und die Einheit des internationalen Proletariats“, von der der KBW immer so gerne mit päpstlicher Unfehlbarkeit daherschwafelt, nicht nur in Worten, sondern tatsächlich ein Stück voranzubringen.

Wie der KBW und die Organisationen der sog. „IV. Internationale“ sich in ihren Argumenten für ihr Fernbleiben glichen, so auch in einer anderen Methode ihres Vorgehens, die das Bild ihrer tiefwurzelnden Inkonsistenz und ihrer „Haupttendenz Opportunismus“ vervollkommen: der KBW und die französische Organisation rouge waren nämlich nur „offiziell“ nicht auf der Konferenz vertreten, „inoffiziell“ dagegen schon. Die rouge hatte einen ihrer Genossen als Vertreter des nationalen französischen Chilekomitees entsandt, und der KBW und seine Studentenorganisation KSB

desgleichen als Vertreter einiger lokaler Chile-Komitees (Heidelberg, Göttingen u.a.). Die Tatsache, daß die Konferenz gemeinsam von verschiedenen politischen Organisationen und Chile-Komitees abgehalten wurde, brachte bereits eine Reihe von Widersprüchen mit sich, da die Chile-Komitees in erster Linie ihre eigene praktische Arbeit diskutieren wollten und weniger an einer umfassenderen politisch-theoretischen Diskussion der im Zusammenhang mit der chilenischen Erfahrung deutlich gewordenen international wichtigen Fragen des Klassenkampfes insgesamt interessiert waren. Sofern es sich hier um organisatorisch nicht gebundene Komitees handelt, die von Menschen gebildet werden, die sich vorrangig in einer „reinen“ Chile-Solidarität engagieren (Flugblätter, Spendensammlungen, kleinere Solidaritätsveranstaltungen usw.), ist dies bis zu einem gewissen Grad verständlich oder zumindest erklärbar (zumal die Diskussion zwischen den Organisationen der revolutionären Linken überwiegend tatsächlich noch das abstoßende Erscheinungsbild eines kleinkarierten „Hick-Hack“ trägt). Andererseits ist es aber auch die Aufgabe der Organisationen, die Genossen in diesen Komitees für weitergreifende Fragen zu interessieren, die zunächst nicht im Blickwinkel ihrer bisherigen praktischen Arbeit liegen; ohne sich dabei arrogant über die Arbeit solcher Komitees zu erheben. Aber in den meisten Fällen sind diese Komitees gar nicht organisatorisch ungebunden, sondern hinter ihnen versteckt sich nichts weiter als zwei bis drei Vertreter des KBW, des KSB oder anderer Organisationen, die vielleicht noch höchstens ebensovielen mit ihnen sympathisierenden „Unorganisierten“ um sich scharen. Hier kann man tatsächlich von einem „Tarnmantel“ sprechen, den manche sich anlegen. Wenn von dieser Seite dann ein Geschrei anhebt, daß die Chile-Komitees auf der Konferenz „zu kurz gekommen sind“, daß die Organisationen die Diskussion „für ihre Zwecke dominiert“ hätten usw., wie es tatsächlich von KBW-(Chile)-Komitees auf der Konferenz gesagt wurde, dann ist das einfach nur noch penetrant und demagogisch. Daß dieses Geschrei von dieser Seite kam, hängt absolut nicht damit zusammen, daß die Auseinandersetzung auf der Konferenz tatsächlich mit einer Reihe von Mängeln behaftet war, sondern ist die konsequente Umsetzung der vor der Konferenz von den dahinterstehenden Organisationen ausgegebenen Marschroute, die Konferenz zu dem zu machen, was man ihr gerne vorwerfen wollte: „ein Unterfangen mit verfehlttem Zweck und ohne jede praktische Bedeutung“. Diese Sabotageversuche sind nicht gelungen, und sie wurden noch auf der Konferenz von einigen Genossen entlarvt.

Zum Vorgehen des SB in der Vorbereitung der Konferenz

„Daß die Solidarität mit Chile für einige Initiatoren des Kongresses ein Vorwand für ganz andere Zwecke ist“, wie der KBW in seiner Stellungnahme schreibt, hat andererseits einen gewissen Kern Wahrheit – genauer jedoch wäre zu sagen: das politische Spektrum der teilnehmenden Organisationen ist recht breit gewesen; es waren nicht nur revolutionäre Positionen dort vertreten, sondern auch reformistische, links-sozialdemokratische, die die Diskussion und Solidarität entsprechend in ganz bestimmte Sackgassen zu führen versuchen, deren „Unterfangen“ (und nicht das „Unterfangen“ der gesamten Konferenzteilnehmer) in der Tat einen „verfehlten Zweck“ verfolgte und die Diskussion „ohne jede praktische Bedeutung“ belassen wollte (es sei denn: die „praktische Bedeutung“, den letzten Nagel in den Sarg der Chile-Solidarität zu schlagen). Gemeint ist hier in erster Linie das Sozialistische Büro, das im Namen des Organisationskomitees hauptsächlich für die Vorbereitung der Konferenz verantwortlich war. Das SB versuchte – und hatte auch weitgehend Erfolg damit – die Vorbereitungsarbeiten auf eine vorwiegend organisatorisch-technische Ebene herunterzudrücken; und selbst dort offenbarte das SB reichlich seinen Charakter, der mehr nach einem kleinbürgerlichen Image haschte, als daß er sich einer uneigennütigen Solidarität verpflichtet fühlte – was den Konferenzteilnehmern im wahrsten Sinne des Wortes teuer zu stehen kommen sollte (ursprünglich geplante Zeitungsinserte, die auf das Stattfinden der Konferenz hinweisen sollten; Mietung von Plakatflächen an Litfaßsäulen zu gleichem Zweck; dreimonatige Bezahlung eines SB-Genossen für Vorbereitungsarbeiten, die eben rein technisch-organisatorischer Art waren und die ein Manager einer mittleren Rock-Gruppe in höchstens einer Woche zu standebracht hätte; usw.). Politische Diskussionen, wo sie auf den Vorbereitungstreffen aufbrachen (wir selbst haben ja nur eines davon miterlebt), und wo sie natürlich auf eine Herausarbeitung der politischen Differenzen in bestimmten Fragen abzielten, wurden eifrigst von SB-Vertretern unter den Tisch gekehrt (z.B. eine Kritik am Konferenz-Aufruf vom 19./20. Januar, den wir im AK Nr. 41 einschließlich einer Benennung der von uns bemängelten Punkte nachgedruckt haben; – z.B. auch eine Diskussion über die Frage der politischen Gefangenen in Chile, wo in einem im Konferenz-Rundbrief abgedruckten Aufruf dazu das Problem in sozialdemokratischer Manier auf „gewerk-

schaftliche“ Gefangene reduziert wurde, was erstens blanker Unsinn ist unter den Bedingungen einer faschistischen Herrschaft, und was zweitens allerlei weiteren „Differenzierungen“ Tür und Tor öffnet, etwa der von der bürgerlichen Presse selbst vorgepredigten „Differenzierung“ zwischen „Terroristen“ und „Nicht-Terroristen“). Für eine „Polemik gegen das SB“ sei „hier nicht der Ort“ – meinte das SB.

Hinter der rein organisatorisch-technischen Handhabung der Vorbereitungsarbeiten des SB steht natürlich nicht in erster Linie die politische Unfähigkeit dieser Gruppe, sondern eine bestimmte politische Richtung; ebenso wie es bei der Abneigung von GIM/rouge und KBW gegenüber einer ernsthaften politischen Auseinandersetzung der Fall ist. Beim SB ist das sowohl in den Chile-Artikeln seiner Zeitung „links“ als auch in den Beiträgen auf der Konferenz selbst zum Ausdruck gekommen, wo mit großem Engagement eine Ehrenrettung des in Chile gescheiterten Konzepts eines „friedlichen Übergangs“ zum Sozialismus versucht wird (eine kennzeichnende Passage aus der „links“-Berichterstattung haben wir in unserem nachfolgend abgedruckten schriftlichen Diskussionsbeitrag für die Konferenz zitiert).

Die Sozialistische Arbeiter-Gruppe (SAG; eine trotzkistische Organisation, aber weder zur GIM/rouge-„Tendenz“ noch zur Spartacus-„Tendenz“ gehörig), die auf dem Vorbereitungstreffen Ende März ebenfalls (und in einigen Punkten mit uns identisch argumentierend) eine politische Diskussion suchte und Kritik an den SB-Vorbereitungsarbeiten übte, zog ihre Teilnahme an der Konferenz anschließend wieder zurück und begründete dies eben mit der Handhabung der Konferenzvorbereitung durch das SB: „Die Konferenz wird im besten Fall noch einmal die vorhandenen Differenzen zwischen den Gruppen der revolutionären Linken und Organisationen wie dem Sozialistischen Büro in der Chile-Frage aufzeigen. Diese Differenzen sind in der Vergangenheit schon auf Teach-ins, in Zeitungen, Flugblättern und in anderen Formen ausgetragen worden. Dazu bedarf es keiner Konferenz, die ohnehin nur von den Delegierten der teilnehmenden Gruppen besucht werden soll. ... Die Konferenz wird im schlechtesten Fall dazu dienen – und zu dieser Befürchtung haben wir aufgrund der Erfahrungen in den Vorbereitungstreffen der Konferenz genügend Anlaß – eine im Kern selbst reformistische Haltung zur Chile-Frage (siehe Aufruf) als ‚revolutionär‘ zu beschönigen.“

So richtig die SAG wesentliche Punkte der Kritik an der Politik des SB entwickelt hat, so falsch halten

wir es andererseits, aus diesen Gründen von der Auseinandersetzung auf der Konferenz fern-zubleiben. Erstens ist es nicht so, daß auf solchen Konferenzen die Auseinandersetzung mit dem Reformismus nicht notwendig sei (im Gegenteil!); und zweitens sind es darüber hinaus eine ganze Reihe weiterer und vom SB unabhängiger Fragen, die Thema der Auseinandersetzung über die chilenische Erfahrung sind.

Soweit zu den hauptsächlichsten Differenzen vor der Konferenz.

Auf dem begonnenen Weg weiterschreiten

Was die Auffassungen der verschiedenen beteiligten Organisationen zur „Chile-Frage“ und die Auseinandersetzung darüber auf der Konferenz selbst betrifft, so wollen wir das in dieser und der nächsten Ausgabe von UNSER WEG und in DIE INTERNATIONALE ausführlicher dokumentieren und darüber berichten. In der vorliegenden Ausgabe drucken wir zunächst die Schlußresolution der Konferenz, unseren eigenen schriftlichen Diskussionsbeitrag sowie den schriftlichen Diskussionsbeitrag der italienischen Organisation Lotta Continua ab, weil wir diesen für den interessantesten und am meisten für eine Auseinandersetzung lohnenden Beitrag innerhalb der westeuropäischen Linken halten. In der nächsten Ausgabe der INTERNATIONALE, die ca. Mitte Juni erscheint, veröffentlichen wir die Grußbotschaft und den schriftlichen Diskussionsbeitrag des chilenischen MIR. In UNSER WEG Nr. 24, voraussichtliches Erscheinen Ende Juni, folgt dann die weitere Berichterstattung über die unseres Erachtens (im positiven wie im negativen) wichtigsten Diskussionsbeiträge der anderen beteiligten Organisationen.

Für die Diskussion auf der Konferenz ist insgesamt zu sagen, daß eine tatsächliche Auseinandersetzung über die wichtigsten Fragen nur erst sehr ungenügend zustandekam. In der Schlußresolution der Konferenz wird darauf hingewiesen, daß diese Schwierigkeiten auch daher rühren, daß es das erste Mal war, daß sich verschiedene Organisationen der westeuropäischen Linken in dieser Weise zusammenfanden. Wesentlicher aber noch ist, daß es sich bei dem insgesamt noch relativ niedrigen Niveau der politischen Auseinandersetzung um einen Ausdruck der immer noch vorherrschenden Unentwickeltheit und Unerfahrenheit der Linken in den gesamten Klassenkämpfen ihres jeweiligen Landes handelt (wobei es da natürlich von Land zu Land auch Unterschiede gibt, die teilweise recht deutlich auf der Konferenz spürbar waren). Diese Mängel sind aber keine Argumente gegen die Konferenz, son-

dern wir teilen im Gegenteil die Auffassung, daß die westeuropäische revolutionäre Linke sich zukünftig häufiger und intensiver um eine internationale Diskussion wichtiger Fragen unseres Kampfes zusammenfinden muß, und auch nur auf diesem Wege zu einer solidarischeren und ernsthafteren Auseinandersetzung und Zusammenarbeit finden kann. Von Lotta Continua wurden diesbezüglich bereits zwei Themen vorgeschlagen, über die eine solche Auseinandersetzung stattfinden sollte: das eine ist die Frage des Faschismus (sowohl bezogen auf die Länder, in denen faschi-

stische Regimes existieren, als auch bezogen auf andere Länder, in denen sich die Gefahr eines neuen Faschismus entwickelt); das zweite ist die Frage der Emigration, die in vielen Ländern den proletarischen Internationalismus zu einem praktischen Problem des täglichen Kampfes macht. Die Konferenz hat darüberhinaus ihre Absicht erklärt, die Diskussion und Entwicklung der Solidaritätsbewegung zu Chile fortzusetzen. Dabei sollen als nächstes gemeinsame Vorbereitungen diskutiert und getroffen werden, um am kommenden 11. September, dem ersten Jahrestag des chi-

lenischen Militärputsches, möglichst große Solidaritätsaktionen im internationalen Maßstab stattfinden zu lassen.

Was unser eigenes direktes Eingreifen auf der Konferenz betrifft, so wollen wir nicht verschweigen, daß wir es selbst nicht verstanden haben, eine tatsächliche Auseinandersetzung um die uns alle interessierenden Fragen der chilenischen Erfahrung zu fördern, sondern mit unserem mündlichen Beitrag auch eher den Ausdruck einer noch sehr mangelhaften und plakativen Diskussion geliefert haben.

Resolution der internationalen Chile-Konferenz in Frankfurt am Main vom 23. - 27. April 74

Vom 23. bis zum 27. April hat in Frankfurt eine internationale Chile-Konferenz stattgefunden, an der zahlreiche Unterstützungskomitees für den Widerstand des chilenischen Volkes und politische Organisationen und Gruppen der revolutionären Linken Europas teilgenommen haben. Politische Beiträge zu dieser Konferenz sind auch von dem MIR, dem MAPU, der PS Chile und den „Cristianos por el Socialismo“ und von anderen Organisationen der Linken Lateinamerikas geleistet worden. Im Verlauf der Konferenz haben die Delegierten über die Bedeutung der chilenischen Erfahrung diskutiert, über die Lehren, die sich für die revolutionären Kräfte in Europa ergeben und über die Leitlinien für die Solidaritätsarbeit für den Kampf des chilenischen Volkes. Die Konferenz wurde durch die Diskussion und eine Demonstration abgeschlossen. Die Schwierigkeiten, die im Diskussionsverlauf auftraten, gehen nicht nur darauf zurück, daß es objektiv und notwendigerweise schwierig ist, sich zwischen teilweise so heterogenen politischen Kräften zu verständigen, sondern auch und vor allem auf den Umstand, daß es sich hier um das erste derartige Treffen handelte und noch jede Einübung hierfür fehlte. Diese Schwierigkeiten jedoch, wie auch das Fehlen einiger europäischer Organisationen können die Bedeutung und den Erfolg der Konferenz nicht mindern, die einen wichtigen Schritt in der Richtung einer Koordination der europäischen revolutionären Linken darstellt.

Dies ist eine unentbehrliche, wenn auch noch nicht hinreichende Voraussetzung dafür, daß die Diskussion und die politische Theoriebildung sich in-

nerhalb jeder Organisation auch mit Bezug auf die europäische Situation entwickelt. Dieses Ergebnis konnte dadurch erreicht werden, daß sich alle anwesenden Organisationen – wenn auch in unterschiedlichster Art – an der Mobilisierung für die Solidaritätsarbeit für den chilenischen Widerstand beteiligt haben und sich deshalb notwendigerweise auch mit den Grundproblemen auseinanderzusetzen hatten, die diese Arbeit bestimmen.

Hauptanliegen der Konferenz war die Wiederaufnahme der Mobilisierung und der Solidaritätsarbeit für den chilenischen Widerstand auf breiter Basis. Alle zustimmenden Organisationen wollen weiter die Mobilisierungsarbeit vorantreiben, und werden dazu die Diskussion der Konferenz auswerten und weiter vertiefen. Diese Anstrengung zur verstärkten Mobilisierung werden alle teilnehmenden Organisationen der Solidaritätskampagne mit dem chilenischen Volk unter dem Zeichen des anti-imperialistischen Kampfes gegen die ökonomischen und politischen Kräfte stellen, die den faschistischen Staatsstreich in Chile zu verantworten haben.

Ziel der Mobilisierungen ist es, die Regierungen und die Wirtschafts- und Finanzkräfte in allen Ländern daran zu hindern, der chilenischen Junta materielle Unterstützung zu geben.

Ziel der Mobilisierung ist es, die Chile-Arbeit in den Gewerkschaften und in allen Arbeiterorganisationen zu verstärken und darauf hinzuwirken, daß die Arbeiter, wie das schon in einigen Fällen geschehen ist, die Produktion und die Lieferungen für Chile blockierten.

Ziel der Mobilisierung ist es, den Druck auf die Regierungen zu verstärken, daß sie Stellung gegen die Folterungen und die Morde beziehen müssen, die die chilenische Regierung begeht, und daß sie sich für die Freilassung und für politisches Asyl für die

Gefangenen der Junta einsetzen müssen.

Die Konferenz beschließt die Bildung einer Koordinierungskommission für die Solidaritätsarbeit für lateinamerikanische Flüchtlinge in Europa und die Verbreitung von Informationsmaterial.

Der proletarische Internationalismus – will er über nur materielle Solidarität hinausgehen – kann nicht auf eine Bereicherung aus der politischen Auseinandersetzung auf internationaler Ebene und auf ein tiefes Verständnis der Notwendigkeiten im Klassenkampf verzichten. Deshalb ist die Frankfurter Konferenz als ein erster Schritt zu der richtigen Richtung anzusehen. Natürlich geht es nicht darum, Ziele anzusteuern, die die bestehenden Unterschiede und Gegensätze unter den revolutionären Organisationen Europas verwischen oder übergehen. Im Gegenteil ist es richtig, alle diese Fragen mit der größtmöglichen Klarheit anzugehen, um deutlich zu machen, was uns eint und was uns trennt. Wir müssen außerdem jede Anstrengung unternehmen, um Beziehungen auch jenen revolutionären Kräften gegenüber zu entwickeln, die in Frankfurt aus eigener Entscheidung heraus abwesend waren, um Fortschritte auf dem Weg zu Aktionseinheiten auf europäischer Ebene zu machen.

Daher beschließen wir:

1. zu theoretisch-politischen Diskussionsinitiativen über entscheidende Fragen, die für alle revolutionären Kräfte in Europa von Bedeutung sind, einzuladen;
2. eine ständige und schnelle Möglichkeit gegenseitiger Konsultationen zu schaffen, indem ein Koordinationsorgan eingerichtet wird, daß – außer den Kräften, die diese Konferenz vorbereitet haben – auch andere wichtige revolutionäre Organisationen umfassen soll.

Zur Bedeutung der chilenischen Erfahrung für die Linke in Westeuropa

(schriftlicher Diskussionsbeitrag des KB für die westeuropäische Chile-Konferenz vom 23.-27. April in Frankfurt)

Für die westeuropäische Chile-Konferenz, die vom 23. bis 27. April in Frankfurt stattfand, waren von einigen Organisationen zuvor schriftliche Diskussionsbeiträge zu verschiedenen Themen eingereicht worden. Der KB beteiligte sich mit einem Diskussionsbeitrag zur Bedeutung der chilenischen Erfahrung für die Linke in Westeuropa, den wir nachstehend abdrucken.

Über den Verlauf der Konferenz werden wir in der nächsten Ausgabe von UNSER WEG ausführlicher berichten.

1. Teil

Wenn man über die Lehren der Entwicklung in Chile diskutiert, dann muß man feststellen, daß es sich hier um keine eigentlich „neuen“ Lehren handelt – sondern um eine bereits vielfältige Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung, die sich in Chile „nur“ erneut bestätigt hat.

Diese Feststellung halten wir für wichtig, weil nicht nur die Ideologen der Bourgeoisie selbst der Arbeiterklasse jegliches geschichtliche Bewußtsein zu rauben versuchen, sondern weil es auch innerhalb der Arbeiterbewegung und der linken Bewegung Kräfte gibt, die immer noch mit großem Erfolg die Grunderkenntnisse der Arbeiterbewegung hinwegwischen und mit allerlei Gerede um „Besonderheiten“, „große Veränderungen im Kräfteverhältnis“ usw. ständig neue Niederlagen der Arbeiterbewegung organisieren.

Auf einer Solidaritätsdemonstration im November in Turin erklärte ein Vertreter des chilenischen MIR: „Was in Chile gescheitert ist, ist nicht der Sozialismus und auch nicht die Revolution oder das Proletariat; was gescheitert ist, ist der Versuch, den Sozialismus institutionell einzuführen, ohne die direkte Stützung durch den Kampf der Massen, unter Einhaltung der ‚Ausbeuterlegalität‘, unter Verwendung einzig friedlicher Mittel und gestützt auf das bestehende politische System.“

Hier haben wir bereits die hauptsächliche Lehre der Entwicklung in Chile: daß die Arbeiterklasse sich nämlich nur auf dem Wege einer gewaltsamen Revolution befreien kann, wo sie die bürokratisch-militärische Maschinerie des bürgerlichen Staates zerbricht und wo sie einen eigenen Staat, die Diktatur des Proletariats errichtet, der ihr alle Mittel in die

Hand gibt, die Konterrevolution zu unterdrücken, um sie an der Aufrechterhaltung oder Wiedererrichtung der kapitalistischen und imperialistischen Herrschaft zu hindern. Die Frage steht dabei grundsätzlich so für die Arbeiterklasse: entweder sie unterdrückt die Konterrevolution schonungslos – oder sie wird von der Konterrevolution abgeschlachtet. Das letzte ist in Chile heute tragische Wirklichkeit geworden. Und es ist wohl unbestritten, daß die Unidad Popular der Konterrevolution in Chile einen sehr breiten Raum gelassen hat, daß sie den bürgerlichen Staat gemäß ihrer Strategie der „Vermeidung der Konfrontation“ von seinem Wesen her nicht angetastet haben. Führende Vertreter der Unidad Popular haben selbst verschiedentlich erklärt, daß in der Staatsbürokratie, im Obersten Gerichtshof, der auch der Ernennung der einzelnen Richter zustimmen muß, usw. Leute saßen, die überwiegend bis fast ausschließlich Feinde und Saboteure der Politik der Unidad Popular waren und alles taten, das Abwirtschaften und den Sturz dieses Regierungsbündnisses zu beschleunigen.

Solcherart Erklärungen bezeugten allerdings meist nichts weiter als die wütende Ohnmacht der reformistischen Illusion, daß man auch ohne Zerschlagung dieses Staatsapparates auskommt – auf dem Wege immer größerer Wahlsiege, allmählicher personeller Verschiebungen im Staatsapparat, allmählicher Veränderung der Gesetzlichkeit usw.; daß man also ausschließlich „demokratisch“ (im Sinne der Einhaltung der bürgerlichen Legalität) in den Sozialismus „hineinwachsen“ kann.

Daß hier die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung in den Wind geschlagen wurden, geht aus einer Pressekonferenz Allendes am 25. Mai 1971 sehr deutlich hervor, wo Allende den Marxismus ausdrück-

lich als „eine Methode zur Interpretation der Geschichte“ bezeichnete und weiter darüber sagte: „Er (der Marxismus) ist kein Rezept, das man anwenden könnte, wenn man in der Regierung sitzt. Ich habe mit voller Absicht gesagt, daß in einigen Ländern diese Übergangsepoche als Diktatur des Proletariats sich vollzogen hat. Darin gibt es zwei Aspekte: einen politischen und einen gesellschaftlichen. Der politische bezieht sich auf die Diktatur, der gesellschaftliche auf das Proletariat. Wir haben hierzulande die Diktatur gegen eine andere Taktik (!!!) ausgetauscht. Der andere Faktor, der gesellschaftliche, ist jedoch vorhanden.“

Diese andere Taktik, von der Allende hier sprach, ist eben der „friedliche Übergang“, die Theorie des „Hinüberwachsens“ des bürgerlichen in den proletarischen Staat; kurz: die Schonung der Konterrevolution. Aber die Diktatur des Proletariats ist eben nicht irgendeine „Taktik“, die in einigen Ländern nicht notwendig sei, weil es dort eine „demokratische Tradition“ oder dergleichen gäbe. Die Befreiung des Proletariats von Ausbeutung und Unterdrückung nimmt in den verschiedenen Ländern natürlich einen verschiedenen Verlauf – je nachdem, wie die konkrete gesellschaftliche Klassenteilung ist, ob das Land eine größere nationale Unabhängigkeit hat oder nicht, in welchem Maße bürgerlich-demokratische Freiheiten existieren, usw. Aber in keinem Land wird sich die Arbeiterklasse befreien können, ohne die alten herrschenden Klassen zu unterdrücken und deren Machtorgane zu zerschlagen, ohne also die Diktatur des Proletariats als höchstes Instrument des Klassenkampfes aufzubauen. Marx und Lenin haben hier gerade einen der entscheidenden Fehler der Pariser Kommune von 1871 gesehen:

„... Der zweite Fehler war der übermäßige Großmut des Proletariats: es hätte seine Feinde vernichten müssen, statt dessen aber bemühte es sich, sie moralisch zu beeinflussen; es ließ die Bedeutung rein militärischer Aktionen im Bürgerkrieg außer Acht, und statt seinen Pariser Sieg durch einen entschlossenen Angriff auf Versailles zu krönen, zögerte es und gab der Versailler Regierung Zeit, die finsternen Mächte zu sammeln.“ (Lenin, Die

Lehren der Kommune, März 1908).

Auch die Unidad Popular „zögerte“ und gab der Konterrevolution Zeit, „die finsternen Mächte zu sammeln“ – und Allende, der die Diktatur des Proletariats als eine Frage der „Taktik“ bezeichnete, die in Chile anders als in anderen Ländern aussehe, wurde selbst eines der ersten unzähligen Opfer dieser falschen Politik. Allende und andere führende Vertreter der Unidad Popular haben in dieser Stunde die putschenden faschistischen Militärs des „persönlichen Verrats“ angeklagt, wo diese doch vorher ihre „Loyalität“ gegenüber der Regierung erklärt hatten und man „ihrem Wort vertraute“ (Junta-Chef Pinochet wurde bekanntlich noch kurz vor dem Putsch von Allende selbst zum Armee-Oberbefehlshaber ernannt) – aber hier zeigt sich das ganze Unverständnis und die ganze Uneinsichtigkeit des Reformismus gegenüber der Konterrevolution als „betrogene Gutgläubigkeit“, als „verletzte Großmut“, von der Marx und Lenin gerade am Beispiel der Pariser Kommune nachwiesen, wie schädlich dies für die Arbeiterbewegung ist, wenn sie sich von derartigen Gefühlen (die die Bourgeoisie ohnehin nie gegenüber der Arbeiterklasse besessen hat) in ihrem Kampf leiten läßt. Die Strategie des „friedlichen Übergangs“ oder des „parlamentarischen Wegs“ zum Sozialismus, d. h. die Strategie des Reformismus, ist immer eine Strategie des Selbstmords der Arbeiterbewegung.

Die Unidad Popular hatte ständig (besonders in ihrer Anfangszeit) die Auffassung verbreitet, daß aufgrund bestimmter „Besonderheiten“ in Chile (vor allem die angeblich „demokratische Tradition“ des Landes) der „friedliche Übergang“ zum Sozialismus möglich sei, und man demzufolge auf einen bewaffneten Kampf verzichten könne, daß ein solcher bewaffneter Kampf vermeidbar sei. Nach dem faschistischen Putsch haben die internationalen Verfechter des „friedlichen Übergangs“ zur Rettung ihrer illusionistischen Thesen das Argumentationsmuster ein wenig verschoben und gesagt, daß ein bewaffneter Kampf mit Aussicht auf Erfolg für die Arbeiterklasse und das Volk, bzw. schon dessen Voraussetzung, nämlich die Bewaffnung der Arbeiter und Bauern, unmöglich gewesen sei, weil das Militär dann sofort geputscht und die Unidad Popular keine drei Jahre an der Regierung existiert hätte. Zuerst wurde also mit der Stärke der Arbeiterklasse und der Schwäche der Konterrevolution ein Plädoyer für den „friedlichen Übergang“ gehalten, und dann später umgekehrt mit der Schwäche der Arbeiterklasse und der Stärke der Konterrevolution das gleiche Plädoyer.

Es ist demagogisch, wenn die Verfechter des „friedlichen Übergangs“

den revolutionären Organisationen in Chile und in anderen Ländern „Besserwisserei“ ankreiden wollen und ihnen vorhalten, sie würden die Auffassung vertreten, man hätte in Chile gleich nach dem Wahlsieg im September 1970 Waffen an das Volk verteilen und den Staatsapparat unmittelbar zerschlagen sollen. So einfach und schematisch ist die Sache nicht, und man muß annehmen, daß dies absichtlich von den führenden Vertretern des Reformismus in dieser Weise verzerrt wird, weil sie um den Bestand ihrer Thesen in einer ehrlichen Auseinandersetzung fürchten.

Die Unidad Popular hat in ihrer ersten Zeit praktische Erfolge in ihrer Politik erzielen können. Sie hat die Lage der Arbeiter gegenüber der vorherigen Frei-Periode spürbar verbessert, was ihre Sympathie und Zustimmung im Volk stärkte. Nach unserer Einschätzung hatte die Unidad Popular ihre stärkste Stellung in der Zeit des Frühjahrs und Sommers 1971, als sie in den Gemeindewahlen mehr als die Hälfte aller Stimmen erhalten hatte (April 71). Diese Stellung hätte dazu ausgenutzt werden müssen, die Mobilisierung des Volkes und den „chilenischen Prozeß“ voranzutreiben – stattdessen wurde aber die Linie verfolgt: „das Erreichte festigen“. Natürlich, aber eine solche Festigung ist eben nur dadurch möglich, daß man nicht stehenbleibt, sondern weiterstreitet. Gerade in dieser Zeit wurden aber die Illusionen darüber gestärkt, daß die erreichten Veränderungen „nicht wieder ausradiert werden können“; daß die Reaktion „verstanden“ hätte, daß „sich die Zeiten geändert haben“; usw. usw. In Sonderheit wurden sträfliche Illusionen über das Militär verbreitet, daß die „Militärs durch eine Reihe moralischer Werte (!) geeint“ seien, wie der Generalsekretär der KP Chiles, Luis Corvalan, der seit dem Putsch auf der KZ-Insel Dawson von den Faschisten eingekerkert und gefoltert wird, noch Ende 1972 meinte. Diese „moralischen Werte“ seien: „Achtung vor der Verfassung und dem Gesetz, Gehorsam gegenüber der vom Volk gewählten Regierung ...“. Und noch kurz vor dem Putsch erschien ein Artikel des ZK-Mitgliedes der KP Chiles, Banchero, in dem es hieß:

„Zwischen den Streitkräften und der Arbeiterklasse bestehen feste Bande der Zusammenarbeit (!) und der gegenseitigen Achtung (!) um der patriotischen Aufgaben willen, Chile in ein freies, entwickeltes, demokratisches Land zu verwandeln.“ („Probleme des Friedens und des Sozialismus“, 8/73, S. 1031)

Die Führung der Unidad Popular hat versucht, die Arbeiterklasse und das Volk „in Sicherheit zu wiegen“, statt ihnen die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution und der Zerschlagung des Staatsapparats zu er-

klären und sie in dieser Richtung entschlossen zu mobilisieren; – das ist allerdings die Voraussetzung, um einen bewaffneten Kampf auch wirklich mit Aussicht auf Erfolg durchführen zu können.

„Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in diesen, gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der gesamten Lehre von Marx und Engels zugrunde. Der Verrat an ihrer Lehre durch die heutzutage vorherrschenden sozialchauvinistischen und kautskyanischen Strömungen kommt besonders plastisch darin zum Ausdruck, daß die einen wie die anderen diese Propaganda, diese Agitation vergessen haben.“ (Lenin, Staat und Revolution, 1917).

Sich aber eines solchen „Vergessens“ schuldig zu machen und dann die „Linksradikalen“ anzupöbeln, sie würden mit ihrer Auffassung der Unausweichlichkeit des bewaffneten Kampfes Abenteuerium betreiben, und wollten die Arbeiter schlecht vorbereitet und nur mit Mistgabeln und dergleichen ausgerüstet (wie in einem Papier des MSB/Spartakus behauptet wurde) gegen einen vielfach überlegenen und mit Panzern und Flugzeugen bewaffneten Feind anrennen lassen – das ist doppelzüngig, demagogisch und verräterisch. Aber spricht hier aus dem Reformismus nicht auch genau das, was von seinen Verfechtern immer den „Linksradikalen“ vorgeworfen wird? Nämlich: mangelndes Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklasse, daß sie bei richtiger Führung ihres Kampfes in der Lage ist, einen tatsächlich zunächst „vielfach überlegenen“ Feind zu besiegen!

2. Teil

Der faschistische Militärputsch in Chile und damit das Ende des „friedlichen Übergangs“ in diesem Land stellt einen Einschnitt für die internationale Arbeiterbewegung dar, an dem alle grundsätzlichen Fragen der proletarischen Strategie des Klassenkampfes mit äußerster Brutalität auf die Tagesordnung geschleudert werden und die Linke international dazu aufruft, Schlußfolgerungen für den Klassenkampf im eigenen Land zu ziehen.

Diese Fragen sind auch für Westeuropa von brennender Aktualität und es handelt sich absolut nicht nur um eine chilenische oder auch nur südamerikanische Angelegenheit.

Die bürgerliche Presse hat sehr schnell zu verstehen gegeben, daß es der Arbeiterklasse in anderen Ländern ebenso ergehen soll, wenn sie einen Versuch der Befreiung unternimmt. Die revisionistischen Parteien andererseits haben ihre Fahne des „friedlichen Übergangs“ auch nach dem Putsch weiter hochgereckt – und man

muß sogar feststellen, daß der Militärputsch in Chile sie dazu veranlaßt hat, noch weiter nach rechts zu rücken. Am deutlichsten ist dies wohl an der Reaktion der italienischen Revisionisten abzulesen. Die PCI hat die Formel des „historischen Kompromisses“ mit den Christdemokraten ausgegeben, und ist insgesamt der Meinung, daß man nach der chilenischen Erfahrung nun „noch vorsichtiger“ vorgehen muß, um die Konterrevolution „nicht zu provozieren“. Fehler sieht die PCI auch in der Politik der Unidad Popular – aber sie sieht sie bezeichnenderweise darin, daß die Allende-Regierung angeblich noch zu sehr dem „Druck“ nachgegeben hätte, der vom linken Flügel der Unidad Popular auf sie ausgeübt worden sei.

Alle revisionistischen und reformistischen Parteien haben aber sofort nach dem faschistischen Militärputsch in Chile dahingehend Erklärungen abgegeben, daß aus der Niederlage der Unidad Popular keine Gegenargumente gegen die Strategie des „friedlichen Übergangs“ in ihrem jeweiligen Land gezogen werden könnten, und das derartige wie in Chile in Frankreich oder Italien oder Westdeutschland usw. „nicht passieren“ könne.

In Frankreich existiert nach chilenischem Vorbild ein Volksfront-Bündnis zwischen PCF und PS, das bei den letzten Parlamentswahlen im März 73 über 11 Millionen Stimmen erhielt und seinen Sitzanteil im Parlament verdoppeln konnte. Frankreich hat heute eine große Chance, ein neues Chile zu werden, und die Lehren der chilenischen Erfahrung sind gerade in Frankreich und ähnlich in Italien von besonderer Wichtigkeit. Aber der französische Sozialistenchef Mitterand erklärte nach dem Militärputsch in Chile:

„Es gibt keinerlei Vergleich zwischen dem Sozialismus des Mangels und einem Sozialismus des Überflusses ... Wir wissen, daß wir eine große Feindseligkeit gegen uns aufbringen werden: die Reaktion der großen Monopole, die nach dem Gesetz des Dschungels handeln. Wir verfügen aber über große Machtmittel, dank der Existenz der großen Gewerkschaften, dank unseres kulturellen Niveaus und unserer wirtschaftlichen Expansion, so daß wir die Stimmenzahl, mit der wir an die Macht kommen wollen, vergrößern können ... Die Profitmacher sind überall dieselben. Sie sind dazu fähig, zu ähnlichen Mitteln zu greifen, aber bei uns können sie dies nicht auf die gleiche Art und Weise tun.“

In Chile war die angebliche „demokratische Tradition“ des Landes die große „Besonderheit“, die einen „friedlichen Übergang“ erlauben sollte – in Frankreich sind es laut Mitterand das „kulturelle Niveau“ (man denke zum Vergleich auch an die „moralischen Werte“ der chilenischen

Streitkräfte), die „wirtschaftliche Expansion“ (die aber eher umgekehrt die Imperialisten nur noch skrupelloser macht, denn in Frankreich hätten sie zweifelsohne mehr zu verlieren als in Chile) und die „Existenz der großen Gewerkschaften“ (aber auch der chilenische CUT zählte nach eigenen Angaben rund 1 Million Mitglieder bei insgesamt nur 9 bis 10 Millionen Bevölkerung). Ein Ei gleicht dem andern in der reformistischen Politik in den verschiedenen Ländern. Gerade Frankreich hat zudem eine „putscherfahrene Armee“, wie zynischerweise Springers „Welt“ nach der Errichtung der faschistischen Militärdiktatur in Chile zu den Perspektiven der französischen Volksfront anmerkte. Man erinnere sich daran, daß der Machtübernahme De Gaulles 1958 Militärputsche in Ajaccio (Korsika) und Algier (damals war Algerien noch französische Kolonie) vorausgingen. Man erinnere sich ferner daran, daß De Gaulle im Kampf-Mai 1968 mit dem General Massu den Einsatz des Militärs diskutierte und Panzer bereits rund um Paris aufgezogen waren. Man schaue dann, was gerade in den letzten Monaten über die Ausrichtung des französischen Polizei- und Militärapparats auf einen Umsturz enthüllt wurde, über die Listen, die in den Polizei- und Militärbehörden über den „inneren Feind“ angelegt wurden, usw. – wie immer nur ein Bruchteil der tatsächlichen Vorgänge im bürgerlichen Staatsapparat, die hier ans Tageslicht gedrungen sind.

Wenn wir nach Italien schauen, so läßt sich ähnliches wie in Frankreich feststellen. Dort haben sich auch gerade in der letzten Zeit die Anzeichen von Putschvorbereitungen der Bourgeoisie gehäuft. In Italien ist die Komplizenschaft der lokalen und staatlichen Behörden mit offen faschistischen Gruppen schon vielfältig nachgewiesen worden, das ganze Geflecht, das im Verlauf der Enthüllungen über das Mailänder Blutbad von 1969 und die unzähligen anderen Attentate, Morde und Mordversuche durch faschistische Gruppen sichtbar wurde. Diese faschistischen Gruppen werden direkt von den Kapitalisten finanziert, (wobei auch die Namen des Chemie-Konzerns Montedison und des Auto-Konzerns Fiat nicht fehlen); sie unterhalten engste Verbindungen zum italienischen Geheimdienst STD und zum US-amerikanischen Putschorganisator CIA; sie haben innerhalb des Militärs, des Polizeiapparats und der Justiz ein Netz von Kanälen aufgebaut, durch die eine schwarz-braune Verschwörung fließt und ständig an Umfang und Intensität zunimmt. Gerade in den letzten Tagen ist eine großangelegte Durchsuchungs- und Besetzungsaktion von Polizeitruppen gegen Büros und Privatwohnungen der revolutionären Linken erfolgt, in allen größeren Städten des Landes, wo

bei man sich vor allem des Vorwandes eines angeblich internen Papiers von „Avanguardia Operaia“ bediente, in dem zur Vorbereitung auf den bewaffneten Kampf und zur Bildung bewaffneter Einheiten der revolutionären Linken aufgefordert worden sein soll. Dies steht unseres Erachtens in engstem Zusammenhang (und ist eine Fortsetzung) der begonnenen Generalprobe der italienischen Bourgeoisie für einen reaktionären Regierungswechsel oder gar einen militärischen Staatsstreich – der Generalprobe, wie sie zu Beginn dieses Jahres ihren offenen Ausdruck gefunden hat, als das Militär im ganzen Land in Alarmzustand versetzt und öffentliche Gebäude und die Privatwohnungen einiger Gewerkschafter und Politiker von Polizeitruppen abgeriegelt wurden. Dieser Alarmzustand des Militärs hat nach Presseberichten der revolutionären Linken bislang auch nicht aufgehört.

In beiden Ländern, Frankreich und Italien, ist auch die Arbeiterbewegung relativ breit entfaltet – aber bei realistischer Betrachtung muß man ebenso feststellen, daß das Niveau ihres Bewußtseins und ihrer Organisation, d. h. der Einfluß der revolutionären Linken, der tatsächlichen Kommunisten (Kommunisten also nicht nur des Wortes, wie die PCI, sondern der Tat) noch sehr dahinter zurücksteht. In beiden Ländern wird der beherrschende Einfluß in der Arbeiterbewegung von den revisionistischen und reformistischen Parteien ausgeübt – und der Weg, den diese vorschlagen, ist der gleiche, der in Chile machtlos dem Faschismus gegenüberstand.

Bei uns selbst, in Westdeutschland, ist sogar das Maß an Entfaltung der Klassenkämpfe wie in Italien und Frankreich noch nicht erreicht. Hier hat die Sozialdemokratie über lange Jahre den „Klassenfrieden“ garantieren können. Nichtsdestoweniger hat auch die westdeutsche Bourgeoisie eine schärfere Gangart eingeschlagen, betreibt sie die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Das wesentliche ist dabei, daß sie dies aus der längerfristigen Perspektive eines auch hier zu erwartenden Aufschwungs der Arbeiterbewegung infolge der Verschärfung der Klassengegensätze tut – und sich damit einen beträchtlichen „Vorsprung“ vor der Arbeiterbewegung ausbaut. Das zeigt sich sowohl auf politisch-militärischem Gebiet (im Ausbau des Bundesgrenzschutzes, Aufstellung von sondergeschulten Killertruppen, im mittlerweile nahezu ungezügelter Schußwaffengebrauch der Polizei gegen sogenannte „linke Terroristen“, im brutalen Knüppelinsatz der Polizei bei Streiks und Demonstrationen usw.), als auch auf ideologischem Gebiet (wo die Minderheitenhetze, Antikommunismus und Rassismus aus allen

bürgerlichen Zeitungen triefen und mit dem wiederbelebten Begriff der „Volksgemeinschaft“ an die Propaganda des Nazi-Reiches angeknüpft wird).

Die revolutionäre Linke, die in Westdeutschland sowohl politisch als auch organisatorisch noch lange keinen bedeutenden Einfluß in der Arbeiterbewegung errungen hat, sondern erst in ganz wenigen Fällen zu einem gewissen Faktor in einzelnen Betrieben geworden ist, muß sich darum gerade der Entwicklung des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse verstärkt widmen. Es ist ein gefährlicher Trugschluß zu meinen, daß sich das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse einfach analog der Zuspitzung der Klassenwidersprüche oder auch einfach analog der Ausbreitung der Kampfbereitschaft der Arbeiter entwickelt. Eine solche Huldigung des Spontaneismus findet sich aber in großen Teilen der westdeutschen Linken. Auch der Aufruf zur Chile-Konferenz, wie er am 19./20. Januar auf dem westdeutschen Vorbereitungstreffen beschlossen wurde, enthält unseres Erachtens einen Fehler in dieser Richtung, wo es nämlich heißt, „daß weite Teile der Arbeiterklasse in Westeuropa von den Leiden und den brutal zerstörten Hoffnungen des chilenischen Volkes in einer Weise berührt werden, die ihre eigenen Klasseninteressen und Kampferfahrungen neu beleuchtet und ihr Bewußtsein dafür schärfen.“

Es erscheint hier so, als ob die bloße Tatsache der Errichtung der faschistischen Militärdiktatur in Chile von selbst dazu führt, daß „weite Teile der Arbeiterklasse in Westeuropa... ihr Bewußtsein schärfen“ über ihre eigenen Klasseninteressen und Kampferfahrungen. Es ist aber eine Überschätzung, wenn man die tatsächlich weit verbreitete Empörung und den weit verbreiteten Protest gegen den Militärputsch in Chile bereits mit einer Erhöhung oder Schärfung des Bewußtseins innerhalb der Arbeiterklasse, und gar bei „weiten Teilen“ verwechselt. Wenn es wirklich so wäre, daß es bloß dieser Tatsache bedürfte, dann wäre völlig unverständlich, wieso die Arbeiterklasse dem Kapitalismus noch nicht den Garaus gemacht hat – ja, wieso weite Teile der Arbeiterklasse immer noch derart stark unter dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie stehen, weshalb ihr Bewußtsein größtenteils noch ein sozialdemokratisches (d.h. an den bürgerlichen Staat gebundenes) und keineswegs schon ein revolutionäres ist. Entwicklungen, die der chilenischen vergleichbar sind, wo die Bourgeoisie ein grausames Blutbad unter der Arbeiterklasse anrichtet und das ganze Volk unter

den Militärstiefel zwingt, hat es doch in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung schon unzählige Male gegeben. Erinnern wir uns an das faschistische Massaker in Indonesien 1965; erinnern wir uns an die Militärputsche in Griechenland, der Türkei, Brasilien, Bolivien usw.; erinnern wir uns an die Nazi-Herrschaft in unserem eigenen Land und an den zweiten Weltkrieg, an die portugiesischen Kolonialkriege in Angola, Mozambique und Guinea-Bissau, an den US-amerikanischen Massenmord in Indochina, an die vom Imperialismus und Zionismus veranstaltete Vertreibung, den Terror und das Gemetzel gegen das palästinensische Volk, usw. usw.

Das Bewußtsein schärfen heißt doch, daß die Arbeiterklasse die Gesetzmäßigkeit des Imperialismus erkennt, daß sie politische Klarheit über die Situation im eigenen Land hat, daß sie das Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat einzuschätzen weiß, daß sie klar zwischen Freund und Feind unterscheiden kann, daß sie die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes des Imperialismus anerkennt und begreift, daß sie die Mittel und Wege für dieses Ziel erkennt und daraus folgendermaßen mit klarem Blick auf dieses Ziel den Kampf führt. Das ergibt sich aber nicht einfach aus der bloßen Erfahrung (die immer wieder von der bürgerlichen Ideologie verzerrt, verfälscht und ausgelöscht wird), sondern dazu bedarf es auf dem Boden dieser Erfahrung der revolutionären Agitation und Propaganda – die ja gerade auch in Chile von der Unidad Popular nicht betrieben wurde.

Wir haben weiter vorne Lenin zitiert, wo er auf die Notwendigkeit hinweist, die Massen systematisch in den Auffassungen der gewaltsamen Revolution zu erziehen, und wo er den Verrat der damaligen Sozialchauvinisten und Kautskyaner gerade daran festmacht, daß sie diese Agitation und Propaganda „vergessen“.

Die Propaganda der gewaltsamen proletarischen Revolution, die Propaganda des revolutionären Sturzes der imperialistischen Herrschaft kann nicht bis dahin verschoben werden, wo bereits eine revolutionäre Situation annähernd erreicht ist oder wo die Arbeiterklasse sich der unmittelbaren Vorbereitung der Konterrevolution auf ein brutales Zuschlagen gegenübersteht. Diese Propaganda muß vielmehr ständig und systematisch geleistet werden – d.h. auch hier und heute in unserem Land. Wenn wir das nicht aus der chilenischen Erfahrung herausdestillieren und möglichst großen Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes immer wieder nahebringen, dann haben wir

die wichtigste Lehre der Entwicklung in Chile und so vieler Erfahrungen vorher nicht verstanden. Die Reformisten und Revisionisten versuchen der Arbeiterklasse den Blick für diesen Weg auf allen Ebenen zu versperren – und die Aufgabe der revolutionären Linken ist es, diesen Blick auf allen Ebenen zu öffnen. Die Frage Reformismus oder revolutionäre Politik, Verbeugung vor der bürgerlichen Legalität und „Vermeidung der Konfrontation“ mit dem bürgerlichen Staatsapparat oder Ausnutzung der bürgerlichen Legalität und Hinwirken auf den revolutionären Sturz des bürgerlichen Staates – diese Frage steht überall zur Entscheidung: in den Streiks, wo die Bourgeoisie immer häufiger ihre Polizeitruppen auf die Arbeiter eindreschen läßt; in den Kämpfen gegen die faschistische Gefahr in unserem Land; in den Kämpfen gegen das Ordnungsrecht an den Universitäten usw.

In der letzten Ausgabe der Zeitschrift „Kommunismus und Klassenkampf“ des KBW wurde ein Artikel zum „Charakter der chilenischen Revolution“ veröffentlicht, in dem sich damit auseinandergesetzt wurde, ob in Chile eine neudemokratische oder eine sozialistische Revolution auf der Tagesordnung stand und steht (der Verfasser vertrat die letztere Auffassung). Zu Beginn dieses Artikels heißt es, daß sich das chilenische Volk (und auch die anderen Völker des lateinamerikanischen Kontinents) in der Vergangenheit nicht auf die Tradition und Erfahrung einer breiten Arbeiterbewegung stützen konnte, daß sich dies aber im Verlauf des Kampfes des chilenischen Volkes (unter der UP-Regierung) geändert hat – und weiter wörtlich:

„Dabei ist es in dieser Beziehung von untergeordneter Bedeutung, daß das chilenische Volk mit dem 11.9.1973 noch einmal eine Niederlage erlitten hat. Weit wichtiger ist es, daß in den drei Jahren UP-Regierung die lateinamerikanische Arbeiterbewegung lernen konnte, daß es einzig und allein die Massenarbeit auf allen Ebenen (? – auch auf der militärischen??; KB) war, die schließlich das Volk so nahe an die Macht brachte, wie es bisher noch nirgends auf dem lateinamerikanischen Kontinent der Fall gewesen ist. Ohne an dieser Stelle näher auf den Charakter dieser Massenarbeit einzugehen (!! – das ist doch gerade das wichtige!; KB), können wir feststellen, daß die Bedingungen zur revolutionären Verarbeitung der Erfahrungen des chilenischen Volkes günstig sind: ...“ (es folgt an dieser Stelle eine Aufzählung über den stattfindenden „Prozeß der Selbstkritik“ der lateinamerikanischen Linken, über die „schärfere Trennung“ der Linie der Revolution von der Linie der Reform durch das „Debakel des Re-

formismus und des Revisionismus in Chile“, und darüber, daß im Hintergrund der ideologischen Auseinandersetzung innerhalb der lateinamerikanischen Arbeiterbewegung die Krise des Imperialismus sich abzeichnet; KB).

Am Schluß dieses Artikels wird dann noch zusammengefaßt:

„Was können wir aus den Klassenkämpfen in Chile lernen, ohne daß wir mechanistisch übertragen? Es wird kein Patentrezept sein, nichts, was sozusagen inspiriert oder zu schnellen Erfolgen führt. Die wichtigste Lehre ist unserer Meinung nach die, daß die Volksmassen sich sehr schnell von ihren falschen Führern lösen können.“

(Alle Hervorhebungen von uns.)

Aus diesen Stellen spricht gleichermaßen die Borniertheit der spontanistischen Betrachtungsweise und ein ziemlich widerlicher Zynismus, der so einschneidende Niederlagen, wie die der chilenischen Arbeiterklasse mit den Zehntausenden von Ermordeten, Gefolterten und Eingekerkerten, schlichtweg aus der geheizten Studierstube heraus als „von untergeordneter Bedeutung“ bezeichnet, gegenüber dem, was nicht nur die chilenische, sondern darüberhinaus die lateinamerikanische Arbeiterbewegung unter der dreijährigen UP-Regierung doch alles „lernen konnte“. Hier wird dem Reformismus, der sich ja auch darauf stützt, die „großen praktischen und bewußtseinsmäßigen Veränderungen“ unter der Allende-Regierung auch nachträglich schillernd hochzuhalten, um von seiner tiefen Mitschuld am Sieg des Faschismus abzulenken, von „marxistisch-leninistischer“ Seite hilfreich Argumentationsunterstützung geliefert. Da fragt man sich doch tatsächlich, weshalb der KBW (wenn er sich voll mit diesen Aussagen des von ihm veröffentlichten namentlich gezeichneten Artikels identifiziert) nicht auch für Westdeutschland ein solches Unternehmen wie das der Unidad Popular offen propagiert – nach der Logik des zitierten Artikels entwickelt sich dann ja alles („automatisch“) zum Besten („das Richtige siegt“), die „Volksmassen lösen sich sehr schnell von ihren falschen Führern“ – und selbst bei einem blutigen Ende dieses Unternehmens für die gesamte Arbeiterklasse und das Volk ist es das Wichtigste, was das Volk in dieser Zeit doch alles „lernen konnte“ und die möglichen Vieltausende Opfer sind „von untergeordneter Bedeutung“.

Hier werden die Linien in der Auseinandersetzung zwischen reformistischer und revolutionärer Politik, die es gerade mit aller Deutlichkeit herauszuarbeiten gelte, völlig verwischt. Eine solche Kritik ist

auch an die Adresse des „Sozialistischen Büros“ zu richten, das in der Nr. 48 seiner Zeitung „links“ unter der Parole der „Bekämpfung des Dogmatismus“ gegen die „triumphierende ‚revolutionäre‘ Besserwisseri vieler sektiererischer Kleingruppen“ polemisiert und diesen (nachdem das SB sich auch mit der von den Revisionisten verfolgten Linie nicht einverstanden erklärt hat) in einer Nacherzählung der gängigen revisionistischen Rechtfertigungsversuche entgegenhält:

„Ist es diesen scharfsinnigen Genossen eigentlich nicht klar, daß ohne den ‚Legalitätspakt‘ mit dem Militär und der bürgerlichen Parlamentsmehrheit die Unidad Popular niemals an die Regierung gekommen oder daß sie schon frühzeitig gestürzt worden wäre? Ist es den Genossen nicht klar, daß erst diese Regierung den großen Aufschwung der chilenischen Arbeiterklasse ermöglicht hat? Begreifen die Genossen denn nicht, daß die einzige, in der konkreten politischen Situation Chiles mögliche Chance darin bestand, die politische Machtverteilung, von unten und von oben her, schrittweise zugunsten der Arbeiterklasse zu verschieben? Und sind die Genossen denn schließlich so blind und töricht, nicht zu sehen, daß gegen eine intakte Armee und Polizeistreitmacht, angesichts ihrer absolut überlegenen Bewaffnung, zwar unter bestimmten Bedingungen Guerillataktik erfolgreich sein kann, aber niemals eine bewaffnete Konfrontation zwischen der Arbeiterklasse und dem Militär insgesamt? Die guten Genossen aber verlangen im Grunde von der Unidad Popular, daß sie erst einmal die Legalität und die Militärmacht hätte zerschlagen sollen, ehe sie sich auf den Weg machte.“

Daß die „guten Genossen“ solch blödsinniges Verlangen keineswegs gestellt haben, sondern es schlichtweg demagogisch ist, dies zu unterstellen anstatt sich wirklich konkret und ernsthaft mit den tatsächlich aufgeworfenen Fragen auseinanderzusetzen, haben wir bereits dargelegt. Die Frage steht allerdings, ob der Verfasser dieses eben zitierten Artikels hier nicht mit der angeblich so erfolgreichen „Doppelstrategie“ der Jusos liebäugelt, und von daher alles, was sich weiter links bewegt, als „dogmatisch“, „sektiererisch“ und ähnliches mehr angreift? Nach unserer Einschätzung handelt es sich hier auch um eine durchgängige Auffassung des SB, sich unter Parolen wie „überfraktionelles Bewußtsein“, „Selbstorganisation“ usw. gegen jegliche revolutionäre Organisation zu wenden.

In einem anderen Artikel der gleichen von uns eben zitierten Ausgabe der „links“ wird die Frage erörtert: „Solidarität mit Chile – was ist das?“

Die Verfasser dieses Artikels schätzen dort unseres Erachtens richtig ein, daß eine „Vereinheitlichung“ der Solidaritäts-Kampagne aufgrund der teilweise recht tiefen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der westdeutschen Linken „zur Zeit nur beschränkt möglich“ ist. Sie treten aber dafür ein, daß man dennoch gemeinsame Aktionen anstreben muß, die eine „Gemeinsamkeit des Auftretens bei gleichzeitiger Vielfalt der Positionen ermöglichen“, und nennen fünf Bedingungen, bei denen die Einheit „ihre Grenze“ findet. Kurz gefaßt sind das folgende:

- daß die Ereignisse in Chile Ergebnis des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und großen Teilen der Kleinbourgeoisie einerseits und Proletariat und Bauernschaft andererseits sind;
- daß der bewaffnete Kampf der Arbeiter und Bauern gegen den Staatsstreich legitim ist und unterstützt wird;
- daß die USA trotz der Ära der Entspannungspolitik rigoros in ihrem Einflußbereich weiterhin versuchen, in die innenpolitischen Verhältnisse der armen Völker einzugreifen und die sozialen Befreiungsbewegungen zu liquidieren;
- daß in Chile deutlich geworden ist, daß die Bourgeoisie bei Gefährdung ihrer Interessen die bürgerlich-parlamentarischen Formen mit brutaler Gewalt fallen läßt und die „Freiheit der westlichen Welt“ sich damit (erneut) als die Freiheit der Herrschenden zur Sicherung ihrer Herrschaft bloßgestellt hat;
- daß schließlich wenigstens ansatzweise ein Bezug der chilenischen Ereignisse zu den Problemen unserer Gesellschaft und ihrer Bedeutung für die Menschen, die in Westeuropa und in der BRD leben, hergestellt wird.

Wir stimmen zu, daß unter solchen Bedingungen gemeinsame Aktionen durchführbar sind. Allerdings hängt dabei eben noch sehr viel davon ab, daß die Beteiligten eine solidarische Form der gegenseitigen Auseinandersetzung einhalten und die Sache, um die es geht, anstatt ihre eigene Organisation in den Vordergrund schieben. Prinzipiell das gleiche dabei ist es, wenn unabhängig von den in „links“ für notwendig erachteten politischen Bedingungen einer „Gemeinsamkeit des Auftretens bei gleichzeitiger Vielfalt der Positionen“ (was ja die politische Auseinandersetzung, auch durchaus scharf geführt, einschließt) bestimmte Organisationen von vornherein diskreditiert werden (was etwas völlig anderes ist, als eine konkrete und scharfe politische Auseinandersetzung). Das sehen wir beispielsweise darin, wenn die Verfasser

des zitierten Artikels in „links“ orakeln:

„Schwierigkeiten werden bei diesem Verfahren dort auftreten, wo Gruppen an zentrale Weisungen gebunden sind, die sie kompromißunfähig machen.“

Dies zielt eindeutig auf einen **g e n e r e l l e n** Angriff gegen die kommunistische Organisationsform, die (wie bereits mehrfach von Seiten

des SB) als „untauglich“ und ähnliches mehr für die Entwicklung des Klassenkampfes allgemein hingestellt wird.

Gerade Chile hat dagegen erneut bewiesen, daß sich das Fehlen bzw. auch die Unterentwickeltheit einer revolutionären Führung des Klassenkampfes, die von einer nicht nur dem Namen nach Kommunistischen Partei getragen wird, für die Konterrevo-

lution und nicht für die Arbeiterklasse und das Volk bezahlt macht. Mit dem Mythos einer „Selbstorganisation“ hat die Arbeiterklasse noch nirgendwo in der Welt einen Sieg über den Imperialismus errungen.

März 1974

Kommunistischer Bund

LOTTA CONTINUA

Chile – unsere 'Pariser Kommune'

Diskussionspapier

„Die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen . . .“

„Paris konnte nur Widerstand leisten, weil es infolge der Belagerung die Armee losgeworden war, an deren Stelle es eine hauptsächlich aus Arbeitern bestehende Nationalgarde gesetzt hatte. Diese Tatsache galt es jetzt in eine bleibende Einrichtung zu verwandeln. Das erste Dekret der Kommune war daher die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk . . .“

„Die Arbeiterklasse verlangte keine Wunder von der Kommune. Sie hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. Sie weiß, daß, um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben . . .“

„Die Zivilisation und die Gerechtigkeit der Bourgeoisordnung tritt hervor in ihrem wahren, gewitterschwangeren Licht, sobald die Sklaven in dieser Ordnung sich gegen ihre Herren empören. Dann stellt sich diese Zivilisation und Gerechtigkeit dar als unverhüllte Wildheit und gesetzlose Rache . . .“
(Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich)

Lehrstück Chile

Ein vorläufiger Diskussionsbeitrag zur Internationalen Chile-Konferenz in Frankfurt, 24.–27. April 1974.

Viel und von jedem Gesichtspunkt aus ist über die „Fehler“ des chilenischen Prozesses gesagt worden; oft und von jedem Gesichtspunkt aus hat man vor einem allzu einfachen Suchen nach den Fehlern „von außen“ ge-

warnt. In dieser widersprüchlichen Haltung drückt sich – gewollt oder ungewollt – eine große Unklarheit aus.

Als der Genosse Karl Marx die Geschichte der Pariser Kommune analysierte, hielt ihn kein falsch verstandener Moralismus davon ab, mit äußerster Konsequenz und Entschiedenheit die Grenzen, Fehler und Verantwortung jener Kräfte aufzudecken, die jenen revolutionären Prozeß geführt hatten – und zwar nicht als besserwissender Prediger, sondern als

einer, für den die kritische Interpretation der Wirklichkeit dazu dient, den Bewußtseinsprozeß im Proletariat und unter seinen Avantgarden zu fördern und auf dieses Bedürfnis hin ausgerichtet ist.

Marx jedoch, der mit all denen unerbittlich abrechnete, die „im Elend nichts weiter als das Elend sehen“, untersuchte die Erfahrung der Kommune zuallererst, um in der blutigen Niederlage des Pariser Proletariats einen heldenhaften Sieg des Proletariats im schweren Gang der Emanzipation zu sehen. Das mag jenen Sozialdemokraten unserer Tage zur Lehre dienen, die in der Niederlage nichts anderes als die Niederlage sehen wollen und können, die heuchlerisch dazu aufrufen, doch die vielen Toten und Verfolgten und Hungernden zu bedenken – damals, angesichts der Pariser Kommune – hätten sie wohl auch in erster Linie das Blutbad gesehen! Wer die Dinge so sieht, sucht auch die Fehler immer nur als neues und besseres Alibi, selbst immer weiter nachzugeben und jede revolutionäre Linie vollständig und entschieden aufzugeben.

Kommunisten haben, heute wie gestern, die Aufgabe, unerbittlich die Grenzen, die Fehler, die Verantwortung der Träger jeder revolutionären Erfahrung zu untersuchen, aber nur unter der Voraussetzung, daß sie sich mit der Lehre aus den Tatsachen konfrontieren, um den Weg zur Revolution besser zu erkennen; nur unter

der Voraussetzung, daß sie sich mit der Lehre aus den Tatsachen konfrontieren, um den Weg zur Revolution besser zu erkennen; nur unter der Voraussetzung, daß sie aus der Niederlage in einer Schlacht – mag sie auch noch so hart sein, wie jene die das internationale Proletariat in Chile erlitten hat – die fruchtbaren und unauslöschlichen Lehren erkennen, die darin enthalten sind.

Im chilenischen revolutionären Prozeß sehen wir die höchste Ebene des revolutionären Kampfes im kapitalistischen Westen, in der Nachkriegszeit, und von dieser grundsätzlichen Einschätzung aus bewegen wir uns in unserer Reflexion. Wenn wir von der Kommune ausgegangen sind, so deshalb, weil viele und wir unter ihnen, die Wichtigkeit der chilenischen Lektion mit jener vergleichen, die im vorigen Jahrhundert die Kommune für die revolutionäre Bewegung und den Marxismus hatte.

Dabei ist der Bezug auf die Pariser Kommune nach unserer Meinung mitnichten etwa ein emotionsgeladener, literarischer Vergleich, sondern ruft die Frage nach der allgemeinen und der besonderen, originellen Bedeutung des chilenischen Prozesses auf.

Worin liegt diese Besonderheit?

Die Frage nach dem Staat

Die chilenische Erfahrung hat die Unmöglichkeit des Überganges zum Sozialismus über die bürgerliche Demokratie gezeigt, die Unmöglichkeit der Eroberung der Macht durch das Proletariat durch die schrittweise Aneignung des bürgerlichen Staatsapparates, die Unumgänglichkeit und Notwendigkeit der gewaltsamen Zerstörung des bürgerlichen Staates und seiner Ersetzung durch die bewaffnete Macht des proletarischen Staates, der Diktatur des Proletariats.

All das aber ist keine Neuigkeit, die uns der chilenische Prozeß vermittelt. Im Gegenteil, es ist nichts anderes, als die unerbittliche und dramatische Bestätigung einer universellen Lehre der revolutionären Praxis und Theorie seit ihren Anfängen. Der Trennungsstrich zwischen Kommunisten und Revisionisten bezüglich der Staatsauffassung, den der Genosse Lenin, ausgehend von den Darstellungen von Marx und Engels und von der praktischen Erfahrung der revolutionären Massen im Laufe eines Jahrhunderts in seiner Schrift „Staat und Revolution“ exemplarisch gezogen hat, ist seither Grundsatz für jeden Kommunisten geblieben.

In einem Brief von 1852, erinnert Lenin, schreibt Marx: „Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft, noch ihren Kampf untereinander ent-

deckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1.) nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2.) daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; 3.) daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet.“

„Marx“, sagt Lenin, „hat hier das Wesen seiner Lehre vom Staat zum Ausdruck gebracht.“

Marx selbst schreibt in einem Brief am 12. April 1871: „Wenn du das letzte Kapitel meines ‚18. Brumaire‘ nachsiehst, wirst du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dieses ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent. Dies ist auch der Versuch, unserer heroischen Pariser Parteigenossen.“

„Die Kommune ist also,“ schließt Lenin, „der erste Versuch der proletarischen Revolution, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerbrechen; es ist die ‚endlich entdeckte‘ politische Form, die an die Stelle des Zerbrochenen treten kann und muß.“

Wir werden später sehen, wie die russischen Revolutionen von 1905 und 1917 in einer anderen Situation, unter anderen Voraussetzungen, das Werk der Kommune fortsetzen und die geniale Geschichtsanalyse von Marx bestätigen.“

Was uns heute betrifft, so können wir sagen, daß der chilenische Prozeß insgesamt eine Bestätigung der marxistischen Staatstheorie darstellt. Das Problem, das vor uns steht, betrifft die Art und Weise, in der das chilenische Proletariat in seiner „anderen Situation“ und unter seinen „anderen Voraussetzungen“ das Werk des gesamten revolutionären Proletariats der Welt fortgesetzt hat – mit all seinen Niederlagen und seinen Siegen.

Die Bestätigung der marxistischen Staatstheorie bedeutet eine erneute und bekräftigte Absage an die revisionistischen Auffassungen vom Staat, die die Grundlage seiner klassenversöhnlichen und dem Großkapital untergeordneten Linie darstellt. In diesem Sinn muß die chilenische Erfahrung gründlich unter den Massen diskutiert werden, um unter all den Proletariern, die von der revisionistischen Ideologie beeinflusst sind, aufzuzeigen, wie sehr sie zum Bankrott der Interessen der Arbeiterklasse führt.

Die sozialdemokratische Entstellung der marxistischen Staatsauffassung, hinter der immer stärker eine opportunistische, klassenversöhnende, schrittweise und in radikalen Krisenmomenten offen konterrevolutionäre Führung in der Arbeiterbewegung hervortritt, reicht in ihren theoretischen Wurzeln weit zurück, insbesondere auf den historischen Vater der revisionistischen Theorie, nämlich Bernstein.

Lenin hat sich dieser Entstellung unerbittlich widersetzt und aufgezeigt, wie falsch und betrügerisch die theoretische Rechtfertigung ist, mit der sie zu Felde zieht. angeblich hätte die Entwicklung des Kapitalismus „neue Bedingungen“ geschaffen – sowohl in der Struktur des Kapitalismus, als in der ökonomischen und politischen Struktur der Arbeiter. Dadurch wäre die schrittweise und legale Veränderung der Gesellschaft hin zum Sozialismus möglich geworden, meinen diese Vertreter des sozialdemokratischen Revisionismus. Die marxistische Auffassung, nach der der bürgerlich-demokratische, repräsentative Staat die beste Voraussetzung für die Entfaltung der Arbeiterbewegung in Hinblick auf die revolutionäre Zerstörung der bürgerlichen Diktatur darstellt, wird hier in ihr Gegenteil verkehrt, nämlich in die Behauptung, daß der Staat durch die politische Demokratie wirklich zum Vertreter des „Gemeinwohls“ wird und somit auf dem Weg über die legal-parlamentarische Eroberung der politischen Macht auch die schrittweise, evolutionäre und nicht revolutionäre Verwirklichung der sozialen Demokratie auch auf Wirtschaftsebene möglich wird.

Gegen diesen Verzicht auf die marxistische Auffassung von Staat und Revolution im Namen der „Neuheiten“ im Kapitalismus und seinem Wesen, wendet sich Lenin mit aller Entschiedenheit und zeigt, daß diese „Neuheiten“ im Gegenteil nur den revolutionären Standpunkt über den Staat bekräftigen und bestätigen.

„Im zitierten Absatz aus dem ‚18. Brumaire‘ beschränkt sich Marx in seiner Schlußfolgerung, der Notwendigkeit der Zerstörung des Staatsapparates, nur auf den Kontinent. Das war 1871 verständlich, als England noch das Muster eines rein kapitalistischen Landes war, aber eines Landes ohne Militarismus und in hohem Maße ohne Bürokratie. Marx schloß daher England aus, wo eine Revolution und selbst eine Volksrevolution ohne die Vorbedingung der Zerstörung der ‚fertigen Staatsmaschine‘ damals möglich zu sein schien und möglich war.“

„Jetzt, im Jahre 1917, in der Epoche des ersten großen imperialistischen Krieges, fällt diese Einschränkung von Marx fort. Sowohl England als auch Amerika, die im Sinne des

Nichtvorhandenseins von Militarismus und Bürokratismus größten und letzten Vertreter angelsächsischer Freiheit in der ganzen Welt, sind vollständig in den allgemeinen europäischen, schmutzigen und blutigen Sumpf der bürokratisch-militärischen Institutionen hinabgesunken, die sich alles unterordnen, die alles unterdrücken. Jetzt bildet sowohl für England als auch für Amerika das Zerbrechende, das Zerstören der „fertigen Staatsmaschine (die dort in den Jahren 1914 – 1917 die „europäische“, allgemein-imperialistische Vollkommenheit erreicht hat) die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution.“

Diese Geschichte hat sich in dieser Nachkriegszeit wiederholt, und zwar unter erswerenden Umständen: eine Reihe von Formeln aus den Köpfen der Revisionistenführer (wie etwa vom „Staat des ganzen Volkes“, oder „Demokratie neuer Art“, usw.) sollen dazu dienen, einen angeblich „neuen“ Kapitalismus zu bezeichnen; dabei wird die „Neuheit“ bald in jenen Staatsverfassungen identifiziert, an deren Entstehung auch „kommunistische“ Parteien mitgewirkt haben, wie in Italien; bald im Gewicht des „sozialistischen Lagers“, bald wieder in der Stärke der Arbeiterbewegung, auf Gewerkschaftsebene und im Parlament; oder gar in einer grotesk positiven Einschätzung des Staatskapitalismus (in dem die sich immer mehr ausdehnende „öffentliche Hand“ schon fast als sozialistisch gesehen wird!).

Dabei blieb trotz all dieser „Neuheiten“ nicht nur die traditionelle Machtstruktur des Staates unangetastet, sondern es vollzog sich im Gegenteil – auf nationaler und internationaler Ebene – ein Sprung nach vorn in der Militarisierung und Bürokratisierung der imperialistischen Machtmaschine der einzelnen Staaten, wie er in der Geschichte noch nicht dagewesen war – so daß Lenins Äußerungen über die „Vollkommenheit“ des Imperialismus in den Jahren 1914 – 1917 geradezu verblasen.

Wir wissen, daß der Imperialismus in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg eine beispiellose Phase der Stabilität und Expansion durchgemacht hat, von nie dagewesener Intensität und Dauer, und zwar unter der unbestrittenen Vorherrschaft der USA; die Unterdrückung der Kämpfe für nationale Befreiung und Klassenemanzipation, die entscheidende Rolle der Rüstungsindustrie und der militärischen Investitionen in der Wirtschaftsentwicklung; die innerimperialistische Konkurrenz auf Weltebene (und damit im Zusammenhang der „kalte Krieg“, Vorwand und Anlaß zum weiteren Ausbau der Rüstung) – alle diese Faktoren haben gemeinsam dazu beigetragen, die Bürokratisie-

rung und noch stärker die Militarisierung der bürgerlichen Machtmaschinerie zu beschleunigen und zu intensivieren, auf nationaler und internationaler Ebene.

Und wenn das für die direkte Militärmacht der Bourgeoisie gilt (nämlich für die Quantität und Qualität der Waffen in ihren Arsenalen), gilt das ebenso auch für die Gesamtheit des Repressionsapparates, der die ganze Gesellschaft durchzieht, mit der Allmacht seiner Spionagetätigkeit, der Infiltration, der polizeilichen „Erfassung“, der Provokation, der Korruption.

Darin also liegt die „Neuheit“ der modernen Staaten: nicht weniger Büttel, nicht weniger bewaffnete Söldner, nicht weniger Bullen und Henker, sondern mehr und besser bewaffnete. Was Lenin vor 60 Jahren den Revisionisten antwortete, gilt heute hundertmal mehr. Die chilenischen Ereignisse bestätigen das aufs klarste.

Die politisch-militärische Organisation der Volksmacht

Der chilenische Prozeß hat uns noch einmal gezeigt, wie sich in einem offen revolutionären Prozeß die direkte Initiative und Organisation der Massen gegenüber den institutionellen Organisationen der Arbeiterbewegung – Gewerkschaft und parlamentarische Partei – in neuen Formen entwickelt. Die Massen der Arbeiter, Proletarier, Halbproletarier, schaffen – je weiter und tiefer sie in die Kämpfe verwickelt sind – einheitliche Organisationsformen zur Führung ihres Kampfes und machen sich immer mehr in erster Person zu den direkten Trägern der Klassenausschöpfung.

In Chile hat die Entwicklung dieser neuen Organe der Machtausübung durch die Massen die Form der Arbeitercordones, der territorialen „comandos“, der Bauernräte – also einer tendenziell räte-artigen Form – angenommen, in denen sich die selbständige und einheitliche Demokratie des Proletariats den Organen der bürgerlichen und klassenverbindenden Vertretungsdemokratie entgegenstellten, hinter der sich bekanntlich die Klassenherrschaft der Bourgeoisie verbirgt. In diesem Prozeß und in seiner steigenden Zuspitzung zum Kampf um die Macht, äußerte sich die Möglichkeit, einen neuen Staat zu fordern, den Staat der Diktatur des Proletariats. Einige Genossen, die den Klassenkampf durch den ideologischen Filter ihrer Räte-theorien betrachten, sehen gerade in diesem Massenorganisationsprozeß die charakteristische und entscheidende Eigenheit des chilenischen Prozesses. Einige Genossen gehen in dieser ihrer ideologisierenden Gleichsetzung sogar so weit, daß sie Parallelen zwischen den „cordones“ und „comandos“ in Chile einerseits und etwa den Fabriks- und Gebietsräten (consigli di fabbri-

ca e di zona) in Italien andererseits sehen – von anderen Ländern ganz zu schweigen.

Dabei aber ist zu bedenken, daß die stürmische Entfaltung der Massenorganisationen in Chile gerade aus der prärevolutionären Krise der chilenischen Gesellschaft entstehen konnte: aus dem Machtvakuum der Bourgeoisie, deren traditionelle Herrschaftswerkzeuge bereits unzulänglich waren, während ihr neues Instrument – die Streitkräfte als die eigentliche „Partei“ der bürgerlichen Reaktion – noch nicht so weit perfektioniert war.

In diesem Machtvakuum und angesichts einer sich zuspitzenden Krise, entwickelt sich die Massenorganisation in ihrer Tendenz immer mehr zur Machtorganisation, zu einer tendenziellen und vorübergehenden Doppelherrschaft, in Erwartung des frontalen Zusammenstoßes. Wenn man diesen Gesichtspunkt aus den Augen verliert und in der autonomen Massenorganisation, im Vorhandensein der Räte und ihrer Verbreitung oder ihrem territorialen Charakter nichts anderes sieht als die „proletarische Demokratie“, die „Selbstverwaltung der Proletarier“ oder gar Aspekte einer „Kulturrevolution“ – dann verfällt man wirklich in eine Schritt-für-Schritt-Politik, in den Spontaneismus, ins reine Ideologisieren; das führt zu einer Auffassung, in der die schrittweise Herausbildung „sozialistischer Inseln“ im Schoß der alten bürgerlichen Gesellschaft an erster Stelle steht und das Problem der Machtergreifung an letzter.

In bestimmten Analysen etwa der sozialistischen Linken, dieser Maximalisten ohne Partei, wird der Putsch geradezu zu einem unmoralischen und bedauernswerten Betriebsunfall auf dem Weg der „natürlichen“ Entfaltung der Selbstverwaltung!

Wer so denkt, macht sich auf schlechteste Weise jene alte und durch die chilenischen Ereignisse neu bestätigte Lehre zu eigen, daß ein offener revolutionärer Prozeß sich durch die Entwicklung neuer und autonomer Massenorganisationsformen entfaltet, die Kampforgane für die Eroberung der Macht sind und in denen sich vor allem die Aus-

einandersetzung zwischen der zur Partei organisierten revolutionären Führung und der opportunistischen Führung der Klasse abspielt.

Der revolutionäre Charakter dieser neuen, einheitlichen Organisationsformen liegt also nicht in ihrer Form – wie es all den ewigen Anbetern des Rätefetischismus gefallen würde – sondern in den Inhalten, die sich in der neuen Form ausdrücken; autonom sowohl von der traditionellen Gewerkschaft wie auch von den traditionellen Beziehungen zwischen den parlamentarischen Parteien der Regie-

rungskoalition; ausgerichtet auf die Radikalisierung der Klasseninitiative bis hin zum entscheidenden Problem der Bewaffnung, so ansatzhaft und defensiv es auch angegangen wird. Dieser Übergang zum Aufbau der bewaffneten Macht des Proletariats ist entscheidend in jedem revolutionären Prozeß: es ist entscheidend, daß sich die Gegenmacht der Arbeiterklasse als eine politisch-militärische entwickelt. Das meinte ohne jede Möglichkeit der Mißdeutung Lenin, wenn er in den Sowjets nicht nur die Vorwegnahme der neuen Staatsordnung sah, durch die das Proletariat seine Diktatur ausüben würde, sondern die Organe des bewaffneten Aufstandes des Proletariats.

Der Klassenzusammenstoß in Chile

In der politischen Führungskrise der chilenischen Bourgeoisie während der sechziger Jahre spielten viele Faktoren mit. Im Wesentlichen hängt die Krise mit dem Übergang vom alten imperialistischen Abhängigkeitsverhältnis zu einem fortgeschrittenen Verhältnis zusammen, das durch eine massive Intervention ausländischen Kapitals gekennzeichnet war: dieser Übergang wird subjektiv von jener Fraktion der Bourgeoisie unterstützt und vertreten, welche daran als einem „Aufstieg“ von der Rückständigkeit zur Entwicklung interessiert war. Gleichzeitig ist die Krise der Bourgeoisie Ausdruck der endgültigen Degeneration der chronisch schwachen, abhängigen „nationalen Bourgeoisie“. Gerade diese Schwäche scheint der Grund für das Scheitern des bürgerlichen Reformismus unter der Regierung Frei zu sein: der Versuch, das Abhängigkeitsverhältnis zu modifizieren, zu „modernisieren“ und auf eine neue Ebene zu bringen, enthüllt und verschärft die Zerbrechlichkeit der „nationalen Bourgeoisie“ und eröffnet eine Periode gesellschaftlicher und politischer Instabilität, welche in den Sieg Allendes und in jenen „ungewöhnlichen Prozeß“ unter der UP Regierung mündet.

Aber diese Interpretation beleuchtet nur den besonderen und eigentümlichen Aspekt der Krise der Bourgeoisie in Chile; jenen Aspekt, der voll und ganz auf das Schema der Polarität zwischen imperialistischer Metropole und Satellitengesellschaft zurückgeführt werden kann. Es ist also eine Interpretation nach dem Denkmodell „Dritte Welt“ und verhüllt dadurch den allgemeinen Aspekt der Krise. Dieser allgemeine Aspekt muß in der Klassenpolarisierung gesehen werden, welche sich vom Ende der fünfziger Jahre an im gesamten imperialistischen Machtbereich zugespitzt hat, und in der Notwendigkeit des imperialistischen Kapitals, die Gren-

zen des Arbeitsmarktes auf diesen ganzen Bereich auszudehnen, um so den Druck aufzufangen, den die Arbeiterklasse in diesen Jahren in den industrialisierten Gebieten des Kapitalismus auszuüben beginnt. Diese Klassenpolarisierung, die heute schon einen Großteil Lateinamerikas und der sogenannten „Dritten Welt“ erfaßt hat, erlaubt es uns, die neue Qualität der proletarischen und Arbeiterkämpfe in diesen Gebieten der Welt zu begreifen und ansatzweise eine gemeinsame Strategie für „Metropole“ und „Satelliten“ zu formulieren. Hinter den sekundären Widersprüchen erscheint überall der Hauptwiderspruch; hinter der Krise der chilenischen Bourgeoisie steht die allgemeine Krise der imperialistischen Weltordnung.

In diesem Sinne geht die Beispielhaftigkeit des chilenischen Prozesses über die formalen Parallelen, etwa bezüglich der politischen Kräfte, ihres Ursprungs und wechselseitigen Verhältnisses, hinaus; trotzdem gibt es diese Parallelen, und sie haben gegenüber Situationen wie der italienischen und der französischen große Bedeutung. Auch die Tendenz zur Militarisierung der Macht, die sich in Lateinamerika durchsetzt, hat einen neuen Charakter angenommen. Sie ist mehr als nur Ausdruck der historischen Schwäche der einzelnen nationalen Bourgeoisien. Sie ist Ausdruck der vom Imperialismus erzwungenen weltweiten Verbreiterung der Kontrolle über die Arbeitskraft in einer Phase, in der sich die Widersprüche und Konflikte verschärfen und in der die Instabilität des bürgerlich-demokratischen Regimes der ganzen Welt wächst. In diesem Zusammenhang erhalten die politischen und institutionellen Parallelen mit dem chilenischen Prozeß für uns großen Wert.

Unter diesem Gesichtspunkt interessiert uns die Form der Krise des Staates in Chile und der Prozeß des Anwachsens und der Vereinheitlichung des Proletariats vor allem wegen der Rolle, die der Reformismus in diesem Prozeß eingenommen hat.

In Chile stellte sich das Hauptproblem eines jeden revolutionären Prozesses, der Übergang zum Aufbau der Partei und zur Bewaffnung der Massen, unter denselben Bedingungen wie in europäischen Ländern wie Frankreich und Italien: unter Bedingungen also, in denen eine starke reformistische Arbeiterbewegung und eine starke revisionistische Partei, welche die Hegemonie über die Klassenbewegung besitzt, das Feld bestimmen. Das Verhältnis zwischen der Krise des bürgerlichen Staates, der Funktion des Reformismus in dieser Krise und der Entwicklung der autonomen Bewegung sowie der revolutionären Führung des Proletariats, welche sich das Ziel der Bewaffnung der Massen stellt: das ist der Knoten, den die chi-

lenische Erfahrung nicht gelöst hat, den sie aber auf einer Ebene neu aufgeworfen hat, welche fortgeschrittener ist als jede andere revolutionäre Erfahrung im kapitalistischen Westen bisher.

Reformismus und Massenbewegung

Auf die Rolle des Reformismus in der Arbeiterbewegung und auf die Rolle der UP-Regierung in Chile hat sowohl das Proletariat als auch die Bourgeoisie in einer ersten Phase, die Revolution so wie die Konterrevolution in einer zweiten Phase, gesetzt. Über das Verhältnis zu Unidad Popular hat sich die Bourgeoisie zuerst entzweit, das Proletariat vereint. Die Massenbewegung hat zuerst den Reformismus in der Arbeiterbewegung benützt, um den Reformismus der Bourgeoisie zu besiegen und endgültig deren Programm zu liquidieren: jenes ökonomische, politische und gesellschaftliche Projekt, das der Flügel der Bourgeoisie, der sich in der PDC vertreten sah, durch Frei nicht realisieren konnte und deshalb 1970, wenn auch mit tausend Schwankungen und Widersprüchen, der Regierung von Unidad Popular anvertraute. Von einem grossen Teil der PDC und der bürgerlichen Kräfte, die sie unterstützten, wurde der Grund für Frei's Scheitern im Jahre 1970 in der mangelnden Konsequenz und Energie gesucht, mit der die Reformmaßnahmen durchgeführt wurden, sowie in der mangelnden Autorität der Regierung und der Begrenztheit ihrer gesellschaftlichen Basis: kurz, in der Unfähigkeit, die Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung nicht nur bei einzelnen, defensiven Gelegenheiten zu suchen und zu benützen, sondern mit Hilfe dieser Zusammenarbeit jenes organische Reformprogramm zu definieren und „durchzusetzen“, das in der Parole „Revolution in der Freiheit“ zusammengefaßt war. Gerade diese Sektoren (vorwiegend neue Technokratie) hielten es 1970 für möglich, der UP-Regierung die Aufgabe anzuvertrauen, jene reformistische Operation durchzuführen, an der Frei gescheitert war und deren Ziel es war, durch Nationalisierungen und Agrarreform die Grundlagen für einen Staatskapitalismus zu legen und dadurch eine Entwicklungsdynamik einzuleiten, die das System aus seiner chronischen Stagnation herausführen sollte.

Die Maßnahmen, die das Programm von UP vorsah, entsprachen dieser Notwendigkeit, der Konsens der Volksmassen, auf den die Linke zählen konnte, sollte der Regierung die Autorität sichern, welche sie brauchte, um die Initiative der Massen zu kanalisieren und zu kontrollieren; die Zusicherung, die bürgerlichen Institutionen beizubehalten, vor allem was

die Rolle des Parlamentes (Zurückweisung jeder „parallelen Macht“ von unten) und der Streitkräfte (Verbot der Bildung einer Volksmiliz) betrifft: das war das Feld, auf dem die Begegnung zwischen bürgerlichem Reformismus und Arbeiterbewegung stattfinden sollte.

Die gewaltsame Spaltung und die Schwankungen, welche diese Hypothese in den Reihen der Bourgeoisie hervorruft, schwächt und verunsichert putschistische Versuche und erleichtert anfänglich die Durchführung des Experimentes. Selbst Frei, der zuerst die Karte des Komplottes ausgespielt und verloren hatte, verlegt sich auf die Taktik der Unterhölzung; er ist überzeugt, daß die UP-Regierung, nachdem sie die Kastanien aus dem Feuer geholt hat, bei den Massen ihr Prestige verlieren und von alleine zusammenbrechen würde, so, wie „eine reife Birne vom Baum fällt“, wie es die früheren Volksfronterfahrungen in Chile gezeigt hatten. Erst später, als der Reformplan von UP bereits endgültig gescheitert war, ohne daß die Regierung „wie eine reife Birne vom Baume“ fiel, ließ Frei von dieser Taktik ab, um sich dem Ziel des gewaltsamen Umsturzes anzuschließen, das zu dieser Zeit schon von der gesamten Bourgeoisie gemeinsam verfolgt wurde.

Warum konnte sich das Verhältnis zwischen bürgerlichem Reformismus und Arbeiterreformismus in Chile nicht verfestigen, und warum war es bereits Ende 71 (also nach einem Jahr relativer wirtschaftlicher Stabilität, Produktionssteigerung und Eindämmung der Inflation, was für UP eine mehr als schmeichelhafte Bilanz gegenüber den Jahren der Regierung Frei war) schon mehr belastet als im Jahre zuvor? Die Antwort auf diese Frage verweist auf das Verhältnis zwischen der UP-Regierung und der Massenbewegung, das sich bereits im ersten Jahr im Wesentlichen so abzeichnete, wie es dann die ganze Zeit hindurch blieb. Die Massenbewegung belastet die Regierung schwer, sie reißt innerhalb der Regierung, der einzelnen Parteien, aus denen sie besteht und innerhalb der Gewerkschaften Widersprüche auf, die der Reformismus nicht lösen kann. Die Regierung kann ihr Programm nicht verwirklichen, ohne der Masseninitiative Spielraum zu gewähren. Sie kann nicht, wie Frei es getan hatte, von oben die Reformmaßnahmen durchführen und gleichzeitig die Gewalt des Staates gegen die Massen entfesseln, sobald diese sich die Reformen aneignen und so deren Tragweite und Folgen vergrößern. „Die Erfolge der Regierung in der Wirtschaftspolitik“, sagt Corvalán in einem Überblick über die „erste Phase“ von UP, „konnten nicht verhindern, daß die Streik- und Agitationsbewegung, welche unter der Regierung Frei begon-

nen hatte, während der Jahre 71 und 72 weiterbestand.“ Darin sehen die Führer der PCCh, vor allem ihre „Wirtschaftsexperten“, den Hauptwiderspruch in der Verwirklichung des Programms.

Wenn also die Klassenbewegung auf dem Lande, in den Städten und Fabriken gegenüber der Regierung ihre Autonomie entwickelt, so kann sich die Regierung doch nicht soweit von der Bewegung „autonom machen“, daß sie sich ihr hätte frontal gegenüberstellen können. Die organische Verbindung zwischen den reformistischen Organisationen und der Klasse wirkt sich in der Phase des Aufstiegs der Bewegung zugunsten der proletarischen Autonomie aus.

Auch der Radikalismus, den die Regierung im ersten Jahr entwickelte, und den später die Führung der PCCh als Hauptgrund für die Verschlechterung der Beziehung zur Opposition denunzierte, wobei sie die „maximalistischen“ Abweichungen scharf angriff und sogar den Rücktritt des Wirtschaftsministers Pedro Vukovich erzwang, war ein Reflex dieser Beziehung zu den Massen: die Massenkämpfe verstärken den Maximalismus innerhalb der reformistischen Organisationen, während sie die Notwendigkeit und die Voraussetzungen für eine revolutionäre Führung heranreifen lassen. Die beeindruckende Entwicklung der Sozialistischen Partei von den Wahlen im April 71 an und der wachsende Einfluß einer maximalistischen Linken innerhalb der Partei sind das Zeichen der Kraft, aber auch der Grenzen der Bewegung.

Das Verhältnis zwischen der Regierungstätigkeit und der Masseninitiative wird von der Bourgeoisie als Bedrohung ihrer eigenen vitalen Interessen empfunden. Die politische Vertretung der bürgerlichen Linken steht in kurzer Zeit verunsichert und isoliert den Sektoren gegenüber, die sie vertreten will. Der bürgerliche Reformismus ist bereits 71 besiegt. Es beginnt ein rascher Vereinheitlichungsprozeß der Bourgeoisie. Das Projekt der „Verfassungs-Garantien“ von Hamilton-Fuentealba vom Oktober 71, das vom reformistischen Flügel der UP und einem Teil der PDC noch als „kleinster gemeinsamer Nenner“ zwischen Regierung und Opposition angesehen wurde, auf den man immer noch zurückkommen könne (bis zum August 73 berufen sich alle Vorschläge Allendes zur Wiedereröffnung des „Dialoges“ auf dieses Projekt), ist bereits überwunden, da es als Vorschlag gegen die Offensivlinie gedacht war, auf die sich die Bourgeoisie bereits zu einigen begann. Die Kampagne gegen den Besuch Fidel Castros und der „Marsch der Kochtöpfe“ sind die wirklichen Fronten, auf denen bereits damals der Angriff geführt wurde. Innerhalb der PDC hat die Zen-

trums-Gruppe um Fuentealba bereits die Kontrolle über die Partei verloren, die wieder in die Hände von Frei und Aylwin übergeht. Ab Juli werden im Zusammenhang mit diesem Kampf um die Kontrolle der Partei die linken Gruppen (die sich später in der Izquierda Cristiana organisieren) aus der Partei ausgestoßen.

Mit dem Wahlabkommen zwischen der Nationalen Partei und der PDC (das der Entstehung der CODE im nächsten Jahr vorausging) und mit dem Beginn der „unsichtbaren Blockade“, die von den USA angeführt wird, entstehen rasch die Bedingungen für den Zusammenstoß in den Monaten Juli bis September 71. Von diesem Augenblick an werden die folgenden Offensiven der Bourgeoisie mit dem Ziel geführt, die städtischen Mittelschichten für die reaktionäre Front zu gewinnen.

Massenführung und Avantgarde-Aktion

Unter allen Kräften, die an der UP-Regierung teilnehmen, ist die Kommunistische Partei die erste, welche mit großer Konsequenz eine Bilanz des ersten Regierungsjahres zieht und daraus einige grundlegende Schlüsse für die zukünftige Linie ableitet, welche sie den anderen Parteien und Allende aufzuzwingen sucht. Übereinstimmend mit ihrer allgemeinen Strategie, sieht die Kommunistische Partei die Aufgaben der neuen Phase in einer zentralisierten ökonomischen Führung und in der „Eliminierung“ der sozialen Disziplinlosigkeit.

Das erste Ziel sollte durch die „Konsolidierung“ der „area social“ und deren strenge Beschränkung auf die „Schlüsselindustrien“, die bereits unter staatlicher Kontrolle waren, erreicht werden. „Konsolidierung“ bedeutete für die PCCh Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Leitung der verstaatlichten Betriebe, wodurch die gesamte Wirtschaft einer einheitlichen Programmierung und Orientierung unterworfen werden sollte. Die Beschränkung des Staatseigentums sollte den privaten Unternehmern Stabilität garantieren und Vertrauen auf den „Wirtschaftsplan“ einflößen, um sie zu Investitionen anzuregen.

Die Eliminierung der sozialen Disziplinlosigkeit ist die Hauptbedingung für die Verwirklichung des ersten Zieles, und sollte den Kräften aus „der Wirtschaft“ den Profit sichern, indem die Produktivität in allen Sektoren erhöht wird, während der staatliche Sektor fähig werden sollte, für die restliche Wirtschaft die Führung zu übernehmen. Beide Aufgaben erfordern eine Verstärkung des Staatsapparates. In diesem Projekt spiegelt sich voll und ganz der sogenannte „chile-

nische Weg zum Sozialismus" wider. Besonders klar erscheinen darin die Grundpositionen, die der Revisionismus gegenüber drei zentralen strategischen und theoretischen Problemen einnimmt:

1. Das Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie, zwischen Klassenkampf und Produktionsfragen.
2. Die Frage des Staates.
3. Das Verhältnis zwischen nationalen gesellschaftlichen und politischen Kräften und der internationalen Lage, die vom Imperialismus beherrscht wird.

Die revisionistische Position kann mit der alten Definition Lenins wiedergegeben werden: für die Revisionisten „folgt die Politik zahn der Wirtschaft“. Die Errichtung eines staatlichen Wirtschaftssektors wird als objektive Veränderung des materiellen Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen verstanden, dem sich die politische Lage spontan anpassen muß.

Die Machtfrage wird in dem Maße als gelöst betrachtet, als das Proletariat in der Führung der Gesellschaft auf die Kontrolle über einen entscheidenden Wirtschaftssektor zählen kann. Aus der proletarischen Führung der Gesellschaft wird so die Fähigkeit des verstaatlichten Sektors, innerhalb des Wirtschaftsplanes die Führung über den privaten Sektor zu übernehmen!

Das Verhalten der Privatkapitalisten wird ebenfalls nach diesem Schema interpretiert. *„Der Kampf zwischen Altem und Neuem drückt sich auf wirtschaftlicher Ebene als Verstärkung des staatlichen Sektors und dessen wachsender Vorherrschaft aus. Das setzt nicht das Verschwinden des Privatsektors voraus, sondern im Gegenteil seine Erhaltung, und zwar in einem Verhältnis harmonischer und nicht widersprüchlicher Abhängigkeit von der „area social“ (Corvalan, Bericht an das Zentralkomitee vom März 73).*

Dieses Verhältnis muß also in der Produktionssphäre seine Lösung finden. Auf den Investitionsstreik der Unternehmer sollen die Arbeiter mit der „Produktionsschlacht“ antworten.

Innerhalb dieses Schemas wird die Frage des Staates einfach übergangen. Es herrscht kein Widerspruch zwischen der „fundamental bürgerlichen“ Natur des bestehenden Staatsapparates, die von den Theoretikern des PCCCh zugegeben wird, und der Notwendigkeit seiner Verstärkung, wie sie in den Konsolidierungsthesen verlangt wird. Denn wenn sich einmal die proletarische Führung in der ökonomischen Sphäre verfestigt haben würde, würde sich der Staat als Folge davon verändern und schrittweise seine repressiven Merkmale verlieren. Nicht nur wird das Problem der Zerstörung des Staates nicht gestellt, sondern sogar die „demokratische Re-

form“ des Staates wird als zweitrangig abgestempelt: zweitrangig gegenüber der primären Aufgabe, die ökonomische Überlegenheit der verstaatlichten Betriebe zu sichern, den Wirtschaftsplan funktionsfähig zu machen.

Was den Unterschied der proletarischen Revolution gegenüber allen anderen Revolutionen der Geschichte, besonders gegenüber der bürgerlichen Revolution, ausmacht, daß nämlich die Arbeiterklasse sich nicht zuerst die wirtschaftliche Herrschaft sichern kann, um sich später des Überbaues zu bemächtigen, gerade dieser Unterschied verschwindet in der Theorie des „chilenischen Weges“. Diese Theorie, welche dem staatlichen Wirtschaftssektor die entscheidende Rolle im „Übergang zum Sozialismus“ einräumt, begreift das Wesen der Verbindung zwischen chilenischer Bourgeoisie und Imperialismus nicht und sieht den Einfluß und die Intervention des Imperialismus als einfachen Störfaktor und als zufälliges Eingreifen, ohne das es auch abgehen konnte.

In der Übergangstheorie des PCCCh und in den Aufgaben, welche die Partei nach der „Überprüfung“ des ersten Regierungsjahres aus ihr ableiten, wird der Hauptwiderspruch des Augenblickes im Kampf zwischen den „anarchischen“, „spontaneistischen“, „maximalistischen“ Vorstößen der Bewegung, welche von einigen „auseinanderstrebenden Tendenzen“ innerhalb der UP-Parteien aufgenommen und theoretisiert werden, und dem planmäßigen Fortschreiten des „Programmes“ gesehen. In der bürokratischen Optik dieser Konsolidierungstheoretiker erscheinen das konkrete Fortschreiten des Klassenkampfes, das Verhalten des Proletariats auf der einen und der Bourgeoisie auf der anderen Seite, als „Fehler“, die sich gegenseitig bedingen. Es handelt sich darum, beide Seiten über ihre „wahren“ Interessen aufzuklären. Die Suche nach den Heilmitteln, nach den Voraussetzungen für eine harmonische Lösung der Konflikte, wird immer auf dem Boden der ökonomischen Kompensation geführt.

In der Versammlung der UP-Parteien im Lo Curro im Juni '72 faßt Orlando Millas dieses Urteil folgendermaßen zusammen:

„Charakteristisches Element der jetzigen Situation ist die Tatsache, daß sich das Kräfteverhältnis zu Ungunsten der Arbeiterklasse und der Volksfrontregierung verändert hat. Das ist eine Folge der ökonomischen und politischen Fehler, die man zusammenfassend dadurch beschreiben kann, daß man feststellt, daß die UP über ihr Programm hinausgegangen ist (...) Es wäre für uns tödlich, die Reihen unserer Feinde zu vergrößern: wir müssen deshalb Konzessionen machen. (Siehe El Siglo, 7.-8. Juni '72)

In Lo Curro setzt die PCCCh ihre Revision der politischen Linie in der Regierung durch, die sich in der Parole zusammenfassen läßt: „consolidar para avanzar“ gegenüber der Parole der Linken: „avancar para consolidar“. (Diese zweite Linie war damals wie auch später subaltern, und zwar nicht nur wegen der Kräfteverhältnisse zwischen den Regierungsparteien. Wenn die „Linke“, vor allem der linke Flügel der PS völlig richtig den Akzent auf die Masseninitiative und den Klassenkampf setzte, so delegierte sie doch von Mal zu Mal die Aufgabe der Führung an die Regierung oder an die Massen selbst. Diese Position ist wirklich maximalistisch und opportunistisch; sie übt auf institutioneller Ebene Druck aus und wirkt als „Transmissionsriemen“ für den Druck, der von den Massen kommt, während sie auf Klassenebene eine Radikalisierung bewirkt, ohne aber die Aufgabe der politischen Führung zu übernehmen.)

Als Ergebnis der Aussprache unter den Regierungsparteien wird der maximalistische Pedro Vukovich vom Wirtschaftsministerium entfernt, wo nun Orlando Millas die Nachfolge antritt.

Von diesem Augenblick an wird die Wirtschaftspolitik direkt von der PCCCh geführt. Die Politik von Millas zielt auf die Unternehmerbourgeoisie und auf die kleine und mittlere Bourgeoisie im Distributionsbereich mit dem erklärten Ziel, durch ökonomische Konzessionen die Grundlagen jenes Bündnisses wiederherzustellen, das im Verhalten der gesellschaftlichen Subjekte schon keinen Widerhall mehr fand. „Bereichert euch!“, die alte Parole Bucharins während der NEP wird von Millas wiederaufgenommen, um dieses Bündnis zustande zu bringen, gerade zu der Zeit (29. Juni 72), in der noch einmal die Verhandlungen mit der DC gescheitert sind.

Aber schon in dieser Parole erscheint der widersprüchliche Charakter der Wirtschaftspolitik der Regierung in dieser Phase: während das Programm der Strukturreformen und die These von der Führungsrolle der „area social“ eine dirigistische Politik voraussetzt, welche die zentralisierende Rolle des Staates in der Wirtschaft verstärkt, wird die Wirtschaftspolitik kurzfristig ganz den spontanen Mechanismen des Marktes überlassen, wodurch der Inflation und der Spekulation freie Bahn geschaffen wurde. Die industrielle und kommerzielle Großbourgeoisie führt ihren Investitionsstreik weiter und stürzt sich kopfüber in die Spekulationsmanöver, auch mit Hilfe der Finanzmittel, welche die Entscheidungspolitik der Regierung in den Händen der reaktionärsten Sektoren konzentriert hatte, in erster Linie der Großgrundbesitzer. So wird die „Planbarkeit“ der Wirtschaft, angefangen bei der „area so-

cial", in kurzer Zeit über den Haufen geworfen. Die Konjunkturpolitik von Millas untergräbt also selber die Voraussetzungen, auf die sie sich stützen wollte: auf wirtschaftlicher Ebene, weil sie die Voraussetzungen für jede Planung gefährdet, und auf gesellschaftlicher Ebene, weil sie der reaktionären Großbourgeoisie, welche den Markt beherrscht und manipuliert, die Mittel gibt, um sich die kleine und mittlere Bourgeoisie zu unterwerfen.

Dieser scheinbare Widerspruch in der Wirtschaftspolitik der Regierung in dieser Phase hat seine tiefe politische Wurzel im Verhältnis zwischen der Regierung und den Massen. Die Reformisten werden sich bewußt, daß man, um „die soziale Disziplinlosigkeit zu eliminieren“, die Massen unterdrücken muß, aber sie wissen auch, daß die direkte Repression durch die Gewalt des Staatsapparats, sofort alle latenten Widersprüche innerhalb der Bewegung sowie innerhalb der Regierung aufbrechen würde. Die Ereignisse von la Hermida und Concepcion im Juli – August '72 bewiesen das. Die Reaktion innerhalb der Linksparteien und auch die Haltung Allendes, der nach den Zusammenstößen in La Hermida persönlich in die „poblacion“ geht, um dort die Scherben wieder zusammenzuflicken, bezeugen, daß die Regierung eine frontale Gegenüberstellung zur Bewegung nicht aushält, daß sie zerbricht und ihre Flanken dem bürgerlichen Angriff bloßlegt. (1) Deshalb vertraut der Reformismus den „Gesetzen der Marktwirtschaft“ die Aufgabe an, die Massen zu unterdrücken, auch auf die Gefahr hin, daß er sich gegenüber dem Hauptfeind schwächt, der die Gelegenheit benutzt, die ihm dargeboten wird, auch voll auszunützt.

Die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik von Millas und Matus treten wenig später in ihrer ganzen Deutlichkeit ans Tageslicht:

die Inflationsrate steigt nun vom August '72 an um 20 % monatlich. Am 20. und 21. August kommt es zum ersten Streik der Händler und die gewaltsamen Zusammenstöße, die darauf folgen, kündigen den Oktobersturm schon an. Wenn das Ziel der liberalen Wirtschaftspolitik von Millas die Gewinnung der kleinen und mittleren Bourgeoisie ist, so wirft er sie in Wirklichkeit in die Klauen der Großbourgeoisie, der Millas die Mittel bietet, sie ökonomisch zu kontrollieren und ideologisch aufzuwegen, um

schließlich aus ihr im Oktober die Sturmtruppen gegen die Regierung zu machen. Die politische Radikalisierung, die darauf folgt, könnte für die Bourgeoisie nicht günstiger sein. Diese kann nun, nachdem sie die Hegemonie über die Mittelschichten erlangt hat, zur ideologischen Offensive im Heer übergehen und so das Instrument des Putsches vorbereiten.

Vom aufständischen „Streik“ der Bourgeoisie im Oktober '72 bis zum Putsch am 11. September '73 verliert die UP-Regierung endgültig jede Fähigkeit, die Kontrolle über die Ereignisse zu bewahren und eine einheitliche politische Linie zum Ausdruck zu bringen. Die PCCh selbst ist immerzu beständiger. Der reformistische Sektor der Regierung reagiert auf die bürgerliche Offensive mit einem energischen Versuch zum Dirigismus. Es macht sich eine Tendenz breit, die die Notwendigkeit einer kurzfristigen Verstärkung der bürokratischen Staatsmaschinerie behauptet, um den bürgerlichen Angriffen zu begegnen. Auch die Überwindung des „Oktoberstreiks“ durch das Eingreifen des Militärs stützt diese Position. Es scheint, als wolle man die Theorie der Neutralität des Staates und des Heeres durch eine Theorie ersetzen, nach der der militärische und bürokratische Apparat, gerade wegen der Rolle, die er in der Gesellschaft einnimmt, eine Elite bildet, die über den Klassen steht und bereit ist, sich auf die Seite derjenigen Klasse zu stellen, die die nationalen und allgemeinen Interessen ausdrückt, also in diesem Fall der Arbeiterklasse, gegen die partikularistischen Interessen der dem ausländischen Imperialismus unterworfenen „reaktionären Fraktionen“ der Bourgeoisie. Diese neue Ideologie, der die Zeit zur Reifung gefehlt hat, ist vor allem in der PCCh präsent und wird zur Linken („die harte Linie“) gegenüber dem von Millas und seiner Tendenz vertretenen Liberalismus.

Der Eintritt der Militärs am 3. November in die Regierung wird von dieser Seite als ein Sieg der UP eingeschätzt, als eine Verstärkung der Regierungsautorität und als schwerer Schlag gegen die Umsturzpläne der Bourgeoisie.

Am 5. November beenden die Schichten, die „den Streik“ geführt haben, ihre Agitation; scheinbar akzeptieren sie, ohne irgendwelche Zugeständnisse erreicht zu haben, die Drohung des Generals Prats, des neuen Innenministers.

Die Rechte scheint sich geschlagen zurückzuziehen, nachdem die militärische Führungsspitze zum ersten Mal in diesen zwei Jahren linker Regierungskoalition aus ihrer Neutralitätsposition hervorgetreten ist und selbst direkt Regierungsfunktionen übernommen hat. Aber zwischen dem 12. Oktober und dem 3. November ist etwas passiert, dessen Bedeutung scheinbar niemand richtig einzuschätzen vermag. Am 21. Oktober hat das Parlament den vom Christdemokraten Juan de Dios Carmona, dem ehemaligen Verteidigungsminister Freis, eingebrachten Gesetzesentwurf zur „Waffenkontrolle“ verabschiedet. Es ist ein Gesetzesentwurf, der schon seit langem dem Parlament vorlag, und über den Allende selbst gesagt hatte, er würde, falls er zur Verabschiedung kommen sollte, sein Veto aussprechen. Am 21. Oktober wird das Gesetz aber verabschiedet, und das Veto des Präsidenten kommt unerklärlicherweise verspätet, nach Ablauf der Einspruchsfrist, im Parlament an. Die Verspätung wird auf bürokratische Schwierigkeiten zurückgeführt. Wahrscheinlich ist es aber der Preis, den die Regierung für den Eintritt der Generale in die Regierung zahlen muß. Es ist erwiesen, daß viele UP-Abgeordnete für das Gesetz gestimmt haben.

Macht und Machtergreifung

Im Oktober 1972 beginnt das „Machtvakuum“, das die UP-Regierung zwei Jahre lang „verwaltet hatte“, ausgefüllt zu werden. Die Bourgeoisie hat nunmehr alle Voraussetzungen geschaffen, um ihren Angriff zu starten – nur eine fehlt noch: die Säuberung im Heer. Die „ley de armas“ wird zum praktischen Werkzeug dieser Säuberung. Die „zwei Taktiken“ der Bourgeoisie – die Zermürbungstaktik und der Bewegungskrieg – gehen eng ineinander über.

Dabei dient die eine Linie durchaus der Entwicklung der anderen: die christdemokratische „Taktik der russischen Generale“ (womit die russische Strategie im Kampf gegen Napoleon gemeint war) wird zur Funktion der Taktik der Nationalpartei und der „Patria y Libertad“, die auf die chilenischen Militärführer und ihr aktives Eingreifen setzt.

Die erste Regierungserfahrung der Militärs, gemeinsam mit sozialistisch-

(1) Genauso beispielhaft ist die Konfrontation, die sich im Anschluß an die Besetzung der „Pevlak“ durch die Arbeiter Ende Juni entwickelt. Die Arbeiter antworten der Regierung, die über die PCCh und den kommunistischen Arbeitsminister zur Räumung aufgefordert hatte, mit der Blockade

aller anliegenden Straßen und mit permanenten Streikposten. Die Regierung gibt nicht nach und stellt ein Räumungsurteil für den 30. Juni aus, aber am frühen Morgen des 30. Juni stellen sich viele sozialistische Führer an die Spitze eines Demonstrationszuges von 50.000 Arbeitern, dessen

Ziel die Moneda ist. Noch bevor der Zug am Präsidentenpalast ankommt, wird der Räumungsbefehl aufgehoben und die Regierung beschließt die Beschlagnahmung der Fabrik. Aus dieser Kraftprobe heraus entsteht der erste Industriegürtel von Santiago, der „Coron Cerrillos“.

en und kommunistischen Ministern, erlaubt es ihnen, sich in die Aufgaben der Staatsverwaltung einzuarbeiten und den Feind von innen her kennenzulernen und auszuforschen. Es ist kein Zufall, daß die Opposition schon damals im November und dann wieder im August 1973 ständig darauf dringt, daß Militärs in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung eingesetzt werden. In den „Verpflegungsausschüssen“ z.B. ist der Anteil der Militärs von November bis April sogar vorherrschend.

Die andere Karte, das „Waffenkontrollgesetz“, wird erst später – nach dem „tancazo“, dem Versuchsputsch – ausgespielt. Der „tancazo“ ist nämlich mitnichten ein gescheiterter Staatsstreich, sondern ein Scheinputsch. Seine Zielrichtung liegt vor allem innerhalb der Streitkräfte. Und von da an breitet sich auch die systematische Anwendung der „ley de armas“ aus, die ebenfalls eine zweifache Stoßrichtung – innerhalb und außerhalb der Armee – hat.

Das „Machtvakuum“ des Staates, ansatzweise schon im Oktober beendet, findet sein wirkliches Ende mit den „tancazo“. Wie die Bourgeoisie von da an den Reformismus an der Regierung benutzt, schafft das keine Spaltungen innerhalb der Bourgeoisie, sondern nur noch Widersprüche im Proletariat.

Auf der entgegengesetzten Seite bringt auch das Proletariat seinen Machtanspruch in neuer Weise zum Ausdruck. Wenn die Reaktion ihr Vorbild in den Ereignissen von La Hermida (jenem beispielhaften Polizeieinsatz unter dem Vorwand der Anwendung des Waffenkontrollgesetzes) findet, entdeckt das Proletariat seine Organisationsform in der Volksversammlung von Concepcion. Im Oktober werden diese beiden exemplarischen Ansätze von den beiden entgegengesetzten Lagern aufgenommen: die zwei Antworten auf die Frage der Macht.

Die Bourgeoisie setzt auf die Streitkräfte, um die uneingeschränkte Verfügung über die Staatsmacht wieder in die Hand zu bekommen.

Die Krise des Staates in Chile war nie eine organische Krise gewesen, sondern immer nur Krise des Funktionierens. Der Repressionsapparat des Staates, seine bürokratische und militärische Struktur, haben keinen Zersetzungsprozeß mitgemacht (wie etwa in den europäischen Staaten am Ende des ersten Weltkriegs), sondern sind intakt geblieben. Die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie, die Entfaltung der Klassenbewegung, ihr vorläufiges Ergebnis in der Bildung der UP-Regierung haben den Staat teilweise daran gehindert, den Massen gegenüber „normal“ zu funktionieren: so konnten die Massen ihre Initiative teilweise und relativ von der staatlichen Repression geschützt ent-

wickeln. Das „Machtvakuum“ ist also ein vorübergehender Zustand, der das Aufkommen der Doppelherrschaft begünstigt – und in diesem Sinn und in dieser Richtung wird er von den Massen verwendet.

Im Oktober besteht die proletarische Antwort auf die bürgerliche Offensive in einer beispiellosen Entfaltung der Organisation der Massen, die anfänglich als Koordinationswerkzeug mit vorwiegend „administrativen“ Aufgaben entsteht und dann, nach und nach, den Bereich ihrer „Zuständigkeit“ und ihres autonomen Eingreifens erweitert.

Diese Ausdehnung erfolgt nicht schrittweise, sondern sprunghaft. Nach den ersten und relativ vereinzelten Erfahrungen von Concepcion und des „cordon Cerrillo“ im Juli 1972, entwickeln sich im Oktober mit zunehmender Intensität und Verbreitung die „Koordinierungskomitees“ und die ersten übergeordneten, räte-artigen Strukturen, die „cordones“ und „comandos“, die Aufgaben der Versorgung und der Selbstverteidigung übernehmen. Nach dem Ende des „Streiks“ der Bourgeoisie weitet sich zwar die Bewegung der Besetzungen privater Betriebe aus, aber die Entwicklung der Massenorganisation in der Form von Organisationen, die sich allgemeinpolitische Aufgaben stellen, bleibt auf der Stelle und geht zum Teil sogar zurück. In dieser Phase kommt es auch dazu, daß die PCCh und die Gewerkschaften die neue Massenorganisationsform im Rahmen ihrer „Produktionsschlacht“ akzeptieren.

Die Klassenbewegung hat dabei – zuerst in „spontaner“ Weise, dann zunehmend durch ihre ansatzhaften Organisationsformen – zur Regierung und den revisionistischen Kräften ein Verhältnis bewahrt, das sich direkt aus den Charakteristiken des Klassenzusammenstoßes ableitete. Die Massen haben den Reformismus zuerst verwendet, um die Spaltung der Bourgeoisie zu nutzen, dann um auf ihre Schläge zu antworten. Aber damit haben sich die Massen noch nicht vom organisatorischen und politischen Gewicht des Revisionismus und von seiner Führung freigemacht. Die Beziehung zwischen Klassenbewegung und Reformismus blieb – so wie sie sich in Chile mit der UP-Regierung entwickelte – weiterhin eine organische Beziehung. Denn wie die Arbeiterklasse sich die durch den Reformismus geschaffenen Freiräume zunutze macht, kann man noch nicht als bewußte Taktik bezeichnen: solange die Klassenautonomie ohne Partei ist, fehlt ihr auch die Taktik.

Der MIR hat zwar, – in dem Maße, als er imstande war, das Wesen dieser Beziehung zwischen der proletarischen Klassenautonomie und des Reformismus an der Regierung

zu erfassen – seine Initiative darauf aufgebaut und sich bemüht, führend in diese Beziehung einzugreifen, eine Taktik und eine Perspektive hineinzu legen.

Aber die Etappen einer solchen Parteaufbauarbeit lassen sich eben nicht nur aus der Dynamik der Klassenbewegung und ihres Anwachsens heraus bestimmen. Die Zeitpunkte im Klassenzusammenstoß werden von derjenigen Klasse und von derjenigen Kraft bestimmt, die die höchste Einheit, Organisation und politische Führung aufzuweisen hat.

Wenn man unter diesen Gesichtspunkten die Zeit vor dem Putsch untersucht, und zwar die Periode zwischen dem „tancazo“ und dem 11. September, dann fällt vor allem das Fehlen einer taktischen Ausrichtung der Massen, ja geradezu die Lähmung der Bewegung auf taktischer Ebene, auf. Und dies ist nichts anderes als die Auswirkung eines Fehlens politischer Führung, die gerade dann akut spürbar wird, sobald der Zusammenstoß hereinbricht.

Jene Lähmung des bürgerlichen Staates, die bis dahin eine so breite Entfaltung der Masseninitiative gestattet hatte, schlägt nun um in eine Lähmung der Massen.

Die Regierung, die bis dahin das Machtvakuum der Bourgeoisie verwaltet hatte, lastet nun auf den Massen wie eine ungelöste innere Krise. Man kann nicht sagen, daß sich die Bewegung im Rückschritt oder in der Defensive befand; nie hatte es eine so schnelle und intensive Entwicklung gegeben, wie in den letzten zwei Monaten, in einem Wettlauf mit der Zeit, der den Proletariern – wenn auch widersprüchlich und oft undeutlich – bewußt ist. Aber es bleibt eben jenes Mißverhältnis: der Abstand zwischen dem Terrain, auf dem die Massen ihre Positionen gefestigt und auch ihre Schützengräben errichtet haben und dem Terrain, auf dem die Bourgeoisie ihren Angriff führt.

Das Terrain der Massen ist das „poder popular“, verstanden als Selbstverwaltung, Selbstorganisation, Selbstverteidigung – und in diesem Sinn nunmehr auch von den revisionistischen Parteien akzeptiert; der Regierung bleibt es überlassen, der Bourgeoisie auf politisch-institutioneller Ebene zu begegnen und ihre Offensive abzuschwächen; und womöglich zurückzudrängen. Diese Art Arbeitsteilung, die in der Vergangenheit zugunsten der proletarischen Autonomie funktioniert hatte, besteht auch jenseits einer Schwelle weiter, hinter der diese Arbeitsteilung sich zugunsten der Bourgeoisie auswirkt.

Nach dem „tancazo“ verteidigt sich das Proletariat, indem es auf dem ihm eigenen Terrain angreift;

aber es geht nicht darüber hinaus, um bis in die Hochburg des Feindes hinein vorzustoßen. Im Juli und August breiten sich Fabriks- und Landbesetzungen aus, das Band zwischen Fabriken und sozialem Hinterland wird enger, es setzt ein Prozeß der Volksbewaffnung und der militärischen Organisation ein: es wird „poder popular“ geschaffen. Aber die Massendemonstrationen, die noch drei- viermal in den letzten Monaten stattfinden (am 29.6. nach dem „tancazo“, am 9.8. nach der neuen Regierungsbildung mit den Militärs, am 4.9. dem Jahrestag des Allende-Wahlsieges), drücken wiederholt ein nur noch defensives Verhältnis gegenüber dem Revisionismus aus – trotz und mit der ganzen Einheit und Stärke, die aus dem Bewußtsein der drohenden Gefahr erwächst.

Die richtige Losung in dieser Phase, „golpear el golpe“, den „golpe“ schlagen, wird weder auf der Ebene der Massen noch der bewußtesten und organisiertesten Avantgarden konkret umgesetzt.

Die Gegenantwort auf der spezifischen Ebene, auf der die Bourgeoisie angreift, unterbleibt und wird nicht einmal ansatzweise angedeutet; kein Gegenschlag erfolgt gegen die faschistischen, quasi-aufständischen „Streiks“ gegen die Anschläge und Morde durch „Patria y Libertad“, gegen die faschistischen Säuberungen im Heer, usw.

Der faschistische Arzt, der die proletarischen Kinder in den Krankenhäusern einfach sterben läßt, kann zwei Monate lang ebenso ungestört „wirken“ wie die Anführer der schwarzen „gremios“ oder die faschistischen Banden.

Die Frage nach der politisch-militärischen Initiative

In der neuen Dynamik der Massenbewegung entwickelt sich die revolutionäre Hegemonie über das aktive Proletariat, aber nicht soweit, daß dadurch der mehrheitliche Einfluß der organisierten reformistischen Führung gestürzt werden könnte. Zwischen der Stärke der reformistischen Organisation und der Entwicklung einer revolutionären Führung bleibt ein deutlicher Abstand, in den der Klassenfeind mit seiner Initiative einzugreifen vermag. Damit stellt uns der chilenische Prozeß mit aller Deutlichkeit und Dringlichkeit vor das Problem der Verantwortung der revolutionären Partei für die selbständige Initiative. Historisch zwar in der Minderheit, kann und muß die revolutionäre Führung sich taktisch den zweifachen Widerspruch zunutze machen, der sich zwischen Bourgeoisie und reformistischer Organisation des Proletariats einerseits und zwischen Reformisten und Proletariat andererseits entwick-

kelt, um innerhalb einer anhaltenden Machtkrise das Heranwachsen der Massenbewegung und -organisation zu gewährleisten, und darin die Entfaltung ihrer eigenen Verankerung und ihres vorherrschenden Einflusses. Sie kann sich aber nicht der Illusion hingeben, daß es sich vermeiden ließe, daß sich die Krise – auf Initiative der Bourgeoisie – zuspitzt und ihrer Entscheidung entgegengeht, noch bevor sich das Kräfteverhältnis zwischen Reformisten und Revolutionären im Proletariat zugunsten dieser letzten verändert hat.

Die Initiative ergreifen heißt noch nicht siegen. Aber es heißt zu verhindern, daß der Klassenfeind sich den Sieg unter den für ihn günstigsten Bedingungen holt.

Wenn die Krise und die Bürgerkriegsvorbereitung vonseiten der Bourgeoisie sich zuspitzen und überstürzen, dann stellt der Bruch und die Ergreifung einer autonomen Initiative für die revolutionäre Führung eine Notwendigkeit dar, auch wenn sie in der Minderheit ist.

Und es besteht kein Zweifel, daß die Art und Weise, in der sich der chilenische Putsch ereignet hat, für das chilenische Proletariat und seine Organisationen die härteste und tragischste war. Die proletarische Reaktion auf den Juni- „tancazo“, der Beginn eines Massenbewaffnungsprozesses sind die Höhepunkte des chilenischen Prozesses. Von da an wird es allen klar, daß der Zusammenstoß nun seiner Entscheidung entgegengeht. Nur die weitere Entfaltung der Bewaffnung der Arbeiter und des Volkes hätten das Kräfteverhältnis auf der Ebene der bewaffneten Macht – wo das bürgerliche Übergewicht erdrückend war – verändern können. In der reformistischen Linie aber, die darin ihren ganzen, fürchterlichen Bankrott äußert, werden die Arbeiterklasse und die proletarischen Schichten im besten Fall als Hilfstruppen gegen den Putsch gesehen, als militärische und politische Ergänzung zum „demokratischen“ Teil der Berufstreitkräfte. Und da sich diese Erwartung – nämlich die vertikale Spaltung der Streitkräfte zwischen „Demokraten“ und Putschisten – nicht erfüllt, schwindet damit jegliche Möglichkeit, sich dem Putsch militärisch zu widersetzen und die Arbeiterklasse wird der blutigen Reaktion unbewaffnet ausgeliefert. (Auch darin zeigt sich eine klare Parallele zur „antifaschistischen“ Linie unserer Revisionisten, die in jedem Fall auf die Verfassungstreue der hohen Militärs schwören. Auch hier erweist sich die revisionistische Linie selbst in der bürgerlich-demokratischen Logik, in der sie wurzelt, als ausweglos. Zugleich stellt sich – in Chile wie in Italien – das zentrale und historisch entscheidende Problem der politischen Intervention im Heer aufs neue und in neuer Form.)

Der revolutionäre Prozeß

Die chilenische Lektion bestätigt uns die marxistische Lehre über das Wesen des Staates, über die Notwendigkeit der Revolution und der Diktatur des Proletariats, über die revolutionäre Rolle der autonomen politisch-militärischen Organisation der Massen und über die Notwendigkeit der revolutionären Partei. All das ist eine Bestätigung von ungeheurem Gewicht, wenn man damit die Besonderheit, die Originalität verbindet, mit der die chilenische Erfahrung diese Bestätigung liefert.

Historisch hat die allgemeine Krise des Kapitalismus und des Imperialismus auf internationaler Ebene ihre höchste Äußerung jeweils im Zusammenhang mit dem innerimperialistischen Krieg erreicht. Die Entfaltung der revolutionären Bewegung hat ihre Höhepunkte immer im Zusammenhang mit innerimperialistischen Kriegen und den besonderen Formen, die durch diese Kriege die allgemeine Krise des Imperialismus annahm, erreicht. Schon die erste Erfahrung proletarischer Machtergreifung, nämlich die Pariser Kommune, kann sich aus dem französisch-preußischen Krieg und der bonapartistischen Niederlage entfalten. Der intensivste und höchste Zyklus revolutionärer Prozesse im Westen geht von 1917 bis 1920; er stellt die proletarische Antwort auf die allgemeine Krise des Imperialismus dar, die zum ersten Weltkrieg geführt hatte. Die siegreiche Revolution in Rußland ist die Umwandlung eines Krieges zwischen Staaten in Bürgerkrieg.

Es sind immer wieder Kriege, in deren Verlauf die Voraussetzungen für die proletarische Eroberung der Macht entstehen: Machtkrise der National-Staaten, geschwächte Kontrolle der kapitalistischen Internationalen über bestimmte Weltgegenden, Bewaffnung des Proletariats. Und im Zusammenhang mit innerimperialistischen Kriegen entwickeln sich die revolutionären Heere in Asien, China, Korea, Vietnam und ganz Indochina (dessen Volkskrieg, der bis zur Gegenwart andauert, seine Wurzel zuerst in den Kolonialkriegen und dann im zweiten Weltkrieg hat). Was in Europa einen neuen Zyklus revolutionärer Bewegung entfacht, ist wiederum der innerimperialistische zweite Weltkrieg: die Proletarier richten die Waffen, die ihnen der Krieg in die Hände gedrückt hat, gegen Faschismus und Kapitalismus, aber die internationale Kontrolle durch den Imperialismus ist schon verschärft und durch die Absprachen von Teheran und Yalta abgesichert. Der Volkskrieg kann sich in Albanien und Jugoslawien durchsetzen, wird in Italien entwaff-

net und in den Rahmen einer bürgerlich-demokratischen Restauration zurückgeführt, in Griechenland isoliert und geschlagen. Von da an wird die Teilung der Welt zwischen imperialistischen und sozialimperialistischen Mächten – unter militärischer und ökonomischer Vorherrschaft der USA – äußerst verfestigt. Das Proletariat der „westlichen“ Sphäre nähert sich der Möglichkeit einer Machtergreifung bis auf die gegenwärtigen Jahre nicht mehr; erst jetzt gerät die aus dem zweiten Weltkrieg entstandene Weltordnung entschieden in Krise.

Im Lauf dieser Zeit mußten die Revolutionäre die so entscheidende Frage, wie denn der Prozeß aussieht, der zur Machtergreifung führt, in einer neuen und äußerst schwierigen Lage stellen. Die unzulänglichen Antworten, die auf diese Frage gegeben wurden, stellen einen langwierigen, mutigen, unvermeidlichen Klärungsversuch dar.

Im Gegensatz zu den Revisionisten, die diese Frage einfach beiseite geschoben haben, blickte die revolutionäre Bewegung im Westen lange Zeit hindurch auf das bolschewistische Modell im Sinn der Dritten Internationale; auf einen unwiederholbaren Weg zum Aufstand – unwiederholbar, weil die Voraussetzungen fehlen, unter denen er heranreifen konnte, von der offenen allgemeinen Krise des Imperialismus (bis zum Krieg), zum Zusammenbruch des herrschenden Regimes, zur Bewaffnung des Proletariats durch den Krieg. Andere wieder sahen mehr oder weniger klar, daß dieser Weg nicht gangbar ist und hoben deshalb – in Hinblick auf die revolutionäre Erfahrung der Zwanziger Jahre – nicht die Rolle der Partei im bewaffneten Aufstand, sondern die politische Rolle der Massenorganisationen, der „Sowjets“, der Räte, hervor; in diesem Wiederaufschwung der Räte-Ideologie vereinigten sich allerdings die Unfähigkeit, auf das Problem der Machtergreifung eine Antwort zu finden, mit dem Ansatz zu einem neuen philosophischen Idealismus und einer Schritt-für-Schritt-Politik, in der bald die „Vorwegnahme“ des proletarischen Staates an die Stelle der Zerstörung des bürgerlichen Staates trat.

Die Kenntnis der chinesischen Revolution, die internationale Hegemonie der chinesischen kommunistischen Partei und das Gewicht des Kampfes in Vietnam schienen – zusammen mit der Reflexion über die Partisanenkämpfe im antifaschistischen Widerstand – eine breitere Antwort als die europäischen Erfahrungen nach dem ersten Weltkrieg abzugeben. So sahen viele statt des Aufstandes den langdauernden Volkskrieg als Modell des revolutionären Prozesses, das eher den Zügen der gegenwärtigen kapitalistischen Krise zu entsprechen schien, in

der nicht mehr von einem plötzlichen hereinbrechenden Zusammenbruch die Rede sein kann, sondern es um eine anhaltende und gewissermaßen kontrollierte Form der Krise geht.

Aber im revolutionären Prozeß Chinas – der sich historisch durch die Niederlage des Arbeiteraufstandes in den Städten und durch die Verankerung des kommunistischen Wirkens auf dem Lande entwickelt hat – kommt dem Krieg als Voraussetzung eine entscheidende Bedeutung zu: damit verliefen auch die jeweiligen Grenzen und Fronten beweglich, und die Kontrolle durch die verschiedenen und miteinander konkurrierenden imperialistischen Kräfte war – ebenso wie in den europäischen Partisanenkriegen – ungesichert. Im revolutionären Prozeß, in dem die Machtergreifung die Form des Volkskrieges annimmt, ist der Klassenkampf eine territoriale Auseinandersetzung, die mehr oder weniger ähnlich verläuft wie ein regelrechter Krieg, in dem ein bestimmtes Gebiet in der Hand des Feindes ist und ein anderes – wenn auch noch so unsicheres und sich veränderndes Gebiet – in der Hand des Volkes ist und eben das befreite Territorium, die roten Basen darstellt.

Eine derartige Voraussetzung, die unter anderem den Übergang vom Partisanenkampf zur Bildung eines Volksheeres mit einbezieht, ist in den westlichen kapitalistischen Ländern gänzlich undenkbar: wenn schon, kann ein solcher Zustand das Ergebnis eines „Vietnamisierungsprozesses“ (wenn gleich unter sehr veränderten Umständen) sein, aber niemals der Ansatzpunkt für einen Prozeß der politischen und militärischen Organisation des Proletariats.

Wenn in diesem Ansatz zum politisch-militärischen Problem des revolutionären Prozesses die kommunistische oder Partisanentradition überwiegt, hatte eine andere Auffassung hingegen mehr Einfluß unter der Generation der Sechziger Jahre: die Auffassungen von der „Guerilla“. Wenn in den Demonstrationen von 1967-68 „Krieg nein, Guerilla ja“ zu hören war, fand sich darin gewiß mehr ein Hinweis auf Kuba und Südamerika als auf Vietnam. Die lange Erfahrung der Guerilla in Lateinamerika – die durch den begeisterten Sieg in Kuba zur allgemeinen Strategie geworden schien und sich in der Figur des „Che“ zusammenfassen ließ – brachte in den Augen mancher Revolutionäre eine neue und treffende Antwort auf das ungelöste Problem des revolutionären Prozesses.

Die starke anti-imperialistische Bewegung, der Ausbruch der Studentenkämpfe, das Elend des grauen revisionistischen Bürokratismus, die noch ansatzhafte neue Arbeiterautonomie – all dies gab einen mächtigen Anstoß in noch stark voluntaristischer Richtung, aber es wurde eben wieder die

alte Frage nach der Revolution und Machtergreifung durch das Proletariat in ihrer ganzen Unmittelbarkeit auf die Tagesordnung gesetzt. Wer damals sagte, „die erste Pflicht eines jeden Revolutionärs ist es, Revolution zu machen“, sagte nicht etwas Sinnloses oder Selbstverständliches, sondern stellte die fruchtbare Reaktion auf den langen revisionistischen Einfrierungsprozeß des revolutionären Bewußtseins dar.

In Lateinamerika hat ein langwieriger und heldenhafter Prozeß durch die Kämpfe, die Überlegungen dazu, die Niederlagen den Weg des „Guerilla-Krieges“ gezeichnet, von der Landguerilla zur Stadtguerilla, bis zum plötzlichen und harten Zusammenstoß mit den chilenischen Ereignissen und der neuen und höheren Ebene der Probleme, die dadurch aufgeworfen werden. Dieser Prozeß war zur Niederlage bestimmt, aber unvermeidlich, und reich an politischen Lehren und militanten Revolutionären. Ohne die Vielfalt und Reife dieses Prozesses auf eine banale, schematische Betrachtungsweise reduzieren zu wollen, kann man dennoch ein wesentliches und kennzeichnendes Element hervorheben: das Problem der anti-imperialistischen und sozialistischen Revolution wurde einseitig auf das Problem der Machtübernahme eingengt. Und darin liegt letztlich auch die Wurzel jedes „Voluntarismus“ und „Militarismus“ in der revolutionären Bewegung. Dabei ist doch das Problem der Revolution – und damit der revolutionären Organisation – immer zugleich das Problem der Rolle des Proletariats in der Revolution („die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selber sein“), das Problem der Strategie (des kommunistischen Gehalts der proletarischen Revolution) und das Problem der Stärke, der Machtergreifung. Die Massenlinie und die strategische Klarheit unterzubewerten, ist eine typische avantgardistische Abweichung.

Worin liegt also das Spezifische am chilenischen revolutionären Prozeß und zugleich seine allgemeine Bedeutung? In der Tatsache, daß das Proletariat im Westen zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg imstande war, die durch die imperialistische und kapitalistische Krise geschaffenen neuen Voraussetzungen – und ihren „anhaltenden“ Charakter – zu nützen, um einen Prozeß der Masseninitiative, der Selbstorganisation der Massen, der Massenbewaffnung einzuleiten. Die UP-Regierung war Ausdruck einer Situation, in der „das Proletariat zwar noch nicht imstande war, Chile zu regieren, die Bourgeoisie es aber auch nicht mehr zu regieren vermochte“; diese Regierung hat die Entfaltung eines revolutionären Prozesses ermöglicht, aber zugleich dessen Grenze bezeichnet.

Lotta Continua

Bestellt !

UNSER WEG Sondernummern

Anzahl

- ☐ **Zum Nahost-Problem**
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF
50 Seiten 2. erweiterte Auflage DM 2,--
- ☐ **Zur Politik des KBW (NRF)**
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF
und UNSER WEG,
75 Seiten DM 3,--
- ☐ **Chile: vom „friedlichen Übergang“ zur faschistischen
Militär-Diktatur**
3. geänderte und erweiterte Auflage DM 4,--
- ☐ **Der Metallarbeiter-Streik in Schleswig-Holstein 1956/57**
Eine ausführliche Analyse der Flensburger KB-Gruppe
16 Seiten DM 1,--
- ☐ **Amis raus aus Indochina!**
Nachdruck von KB-Reden, ARBEITERKAMPF-Artikeln
und wichtigen Dokumenten
2. erweiterte Auflage, 26 Seiten DM 0,50
- ☐ **Wem nützen die Bomben bei Springer?**
Nachdruck von Referaten auf der Großveranstaltung des
KB anlässlich der Baader-Meinhof-Kampagne der Bour-
geoisie
32 Seiten DM 1,50
- ☐ **Von Pinelli zu Feltrinelli – politischer Mord in Italien**
In einer präzisen politischen Analyse wird die „kapitalistische
Strategie der Bomben, der Provokation und Bepitzelung,
des geplanten politischen Mordes und Einsatzes faschisti-
scher Kommandos“ im Kampf gegen die kommunistische
und Arbeiterbewegung am Beispiel Italien enthüllt
44 Seiten DM 1,50
- ☐ **Wohnungsprobleme in Westdeutschland**
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITER-
KAMPF seit März 72
Eine 4. erweiterte Auflage
64 Seiten (Kleinformat) DM 1,50

- ☐ **Die Emanzipation der Frau in Palästina**
Von uns kommentierte und übersetzte Propaganda-
Broschüre der PFLP zu diesem Thema
24 Seiten DM 1,--
 - ☐ **Zum Aufbau eines sozialistischen Studentenbundes Teil 2**
40 Seiten DM 1,50
 - ☐ **Nachdrucke von Artikeln der KAB-Arbeiterzeitung zu
zentralen Fragen der Arbeiterbewegung**
Teil 1 58 Seiten DM 2,-
Teil 2 62 Seiten DM 2,-
- UNSER WEG**
Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu Fragen
der Arbeiterbewegung
- ☐ **15 Ausführliche Analyse der Metalltarif-
runde 1971**
Zur Diskussion im Kommunistischen
Bund
28 Seiten DM 1,50
 - ☐ **16/17 Zur Auseinandersetzung mit den
AGB-München**
40 Seiten DM 1,50
 - ☐ **18 Kampf zweier Linien in der KP-China**
Die Leitungstätigkeit und den Arbeits-
stil verbessern
Die politische Arbeit im Stadtteil
28 Seiten DM 1,-
 - ☐ **19 Zur Faschismuskussion**
32 Seiten DM 1,-
 - ☐ **20/21 Zum 1. Mai 1973**
Zur chinesischen Kulturrevolution
62 Seiten DM 2,-
 - ☐ **22 Schädliche Illusionen über den Kampf
der arabischen Völker**
Kritik eines griechischen Genossen
Neue antikommunistische Broschüre
der Hamburger IG Chemie
Lohnrahmenverhandlungen 73
Zum Betrugsversuch des NRF (KBW)
am IRA-Komitee
Zeitungsboykott
37 Seiten DM 2,50

Bücher und Broschüren

- ☐ **Palästina**
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah,
PFLP und PFLP-Allgemeine Führung
120 Seiten DM 6,-
- ☐ **Die chinesische Kulturrevolution**
in Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln
der „Peking Rundschau“ aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten DM 8,-
- ☐ **UNSER WEG Revisionismuskritik**
160 Seiten DM 4,50
- ☐ **Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen !**
250 Seiten DM 6,-
- ☐ ***Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft**
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITER-
KAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von
Staat und Gesellschaft
160 Seiten DM 4,50
- ☐ **Kampf dem Faschismus**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwan-
ziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten DM 6,50
- Preise zuzüglich Portokosten

Abonnement

ARBEITERKAMPF

Zeitung des Kommunistischen Bundes

- ☐ für 6 Ausgaben DM 4,80
☐ für 12 Ausgaben DM 9,60
☐ Förderabo für 6 Ausgaben ab DM 6,-
☐ Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12,-

DIE INTERNATIONALE

Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen
Internationalismus

- ☐ für 6 Ausgaben DM 4,80
☐ für 12 Ausgaben DM 9,60
☐ Förderabo für 6 Ausgaben ab DM 6,-
☐ Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12,-

UNSER WEG

Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der
Arbeiterbewegung

- ☐ für 6 Ausgaben DM 8,-

Anschrift: _____

Zahlungen bitte im voraus auf das Post-
scheckkonto Hamburg 2405 95. 203
an Verlag ARBEITERKAMPF, J. Reents,
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35

IMPRESSUM

Verlag ARBEITERKAMPF
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Verantw. Redakteur

Kai Ehlers

Auflage: 4.000

Erscheinungsdatum: 26.6.74

DEUTSCHE REVOLUTION VON 1918 BIS 1923



Der 1. imperialistische 'Weltkrieg' beschleunigte gesellschaftliche Umwälzungen in zahlreichen Ländern Europas. In Rußland stürzte das von den Bolschewiki geführte Proletariat den Zarismus und forderte alle kriegführenden Staaten zu einem sofortigen Friedensschluß ohne Annexionen auf. Das Vorbild der russischen Oktoberrevolution von 1917 wirkte stark auf das Proletariat der ganzen kapitalistischen Welt.

Wie in Rußland machten in Deutschland im November 1918 die Arbeiter und Soldaten dem imperialistischen Krieg ein Ende und stürzten die Monarchie. Anders als in Rußland endete die deutsche Revolution aber nicht mit einem Sieg des Proletariats, sondern nur mit der Errichtung einer bürgerlichen Repu-

blik. Die Texte in diesem Buch behandeln die Novemberrevolution von 1918 und den Hamburger Aufstand von 1923, mit dem die Nachkriegs-Periode bewaffneter Klassenzusammenstöße ihren Abschluß fand.

Die Aneignung der historischen Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung und hier besonders ihrer revolutionären Kämpfe, ist ein wichtiger Faktor, um heute in einer Situation sich verschärfender Klassenkämpfe und einer sich immer klarer abzeichnenden Krise des Imperialismus die Schaffung einer politischen Partei des Proletariats, die Schaffung der Kommunistischen Partei, voranzutreiben, die die kommenden Kämpfe zum Sieg zu führen vermag.

ca. 200 Seiten